

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement - Preis pro Nummer 10 Pf. monatlich 30 Pf. vierteljährlich 1.00 Pf. halbjährlich 1.80 Pf. jährlich 3.30 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf. Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (letztgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeluche und Schließel-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 6. März 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## An unsere Abonnenten.

Die Auflage unserer Zeitung ist dank der Tätigkeit unserer Genossen in erfreulicher Zunahme begriffen. Während wir am 1. Januar eine Auflage von 123 000 Exemplaren zu verzeichnen hatten, beträgt dieselbe heute **138 000**. Seit dem 1. Januar 1906 gibt das Wachstum des „Vorwärts“ folgendes Bild:

1. Januar 1906	99 800	Exempl.
1. April	108 000	„
1. Juli	112 000	„
1. Oktober	116 000	„
1. Dezember	121 000	„
1. Januar 1907	123 000	„
1. Februar	130 000	„
5. März	138 000	„

Mit dieser erfreulichen und in diesem Grade kaum erwarteten Steigerung der Abonnenten steigt natürlich die Schwierigkeit der frühzeitigen Fertigstellung des Blattes. Die Vorwärts-Druckerei hat bereits im Mai vorigen Jahres in Erwartung des weiteren Wachstums der Abonnentenziffer eine neue große Maschine bestellt; diese sollte Ende Februar geliefert werden, kann aber von der Maschinenfabrik erst Ende März zur Verwendung gebracht werden. Damit ist die Hoffnung, daß wir unseren Abonnenten den „Vorwärts“ vom März ab frühzeitiger liefern können, abermals vertagt, wir müssen im Gegenteil unsere Genossen und Leser um Nachsicht bitten, wenn infolge der gesteigerten Auflage am einen oder anderen Tage einmal eine Verspätung in der Zustellung erfolgen sollte. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß unsere Leser im Verständnis dieser technischen Schwierigkeiten etwaige Verspätungen entschuldigen werden.

Verlag und Expedition des „Vorwärts“.

## Die zweite Reichsduma.

Im Verlaufe des beispiellosen Kampfes auf Tod und Leben zwischen Revolution und Absolutismus hat die zarische Regierung nun die zweite Reichsduma zusammengerufen müssen. Alle Umstände hatten sich vereint, um den Anschein zu erwecken, als könnte die Regierung nach der Auflösung der ersten Duma die „niederträchtige Konstitution“ völlig liquidieren: Die Periode der Arbeiterstreiks war zu Ende, die Bauernrevolten hatten aufgehört, das schäumende Meer der Unzufriedenheit in Armee und Flotte schien sich beruhigt zu haben — mit einem Worte: der „Aufbruch“ war „niedergebrochen“, eine Restauration der alten autokratischen Staatsordnung mit gänzlicher „Aufhebung“ der Reichsduma schien mühelos ausführbar. Doch — „le mort saisit la vie“: die Toten klammern sich an die Lebenden, die Vergangenheit sperrt den Weg und hemmt die Schritte der Reaktion. Die Bureaucratie hat es noch frisch im Gedächtnis, wie aus dem Boden der alten Staatswirtschaft, aus diesem nach dem Bekenntnisse des Stolypinschen Leiborgans „Kossia“ „unterwühlten, schwankenden und vielfachen Umbau und Verbesserung dringend erheischenden Boden“, eine mächtige revolutionäre Bewegung erwachsen ist; sie hat es nicht vergessen, wie sie inmitten des wogenden Volksgetriebes plötzlich ganz isoliert dastand und wie alle ihre krampfhaften Bemühungen, eine Stütze und Anhängerschaft — wenn auch nur unter den „gemäßigten“ Bevölkerungsgruppen — zu gewinnen, kläglich gescheitert sind. Denn daß Mörder- und Räuberbanden, Pöbel und ein Häuflein bornierter Junker, daß all diese nach unbeschränkter Selbstherrlichkeit verlangenden „echt russischen Männer“ nicht imstande sind, dem halbzerlegten Kadaver des Absolutismus neues Leben einzuflohen, darüber macht sich sogar die russische Kamarilla keine Illusionen. Zu seinem politischen Vantrott hat der russische Staat nun zugleich den Kredit bei den ausländischen Kapitalisten eingebüßt, mit deren Zuschüssen er einen großen Teil seiner Ausgaben zu bestreiten genötigt ist. Frankreich, mit dessen Willkür der russische Absolutismus bisher sein Dasein fristete, borgt keinen Centime mehr. Der vor einem Monat dort eingefädelt Anleiheversuch ist mißlungen. Der Reaktion fehlt es nun an Geld für ihre dringenden Bedürfnisse. Als deutlicher Beleg dafür kann der Umstand dienen, daß der russische Finanzminister seine Zuflucht zu den inländischen privaten Kreditanstalten genommen hat, bei denen kleine Anleihen im Betrage von 25—30 Mill. Rubel gemacht werden — eine in Rußland bisher unerhörte Erscheinung. Also hochgradiger Geldmangel und völlige Vereinzelmung, das sind die Faktoren, die selbst den schwachen Köpfen der Bureaucratie den Gedanken der Unvermeidlichkeit einer nochmaligen Einberufung der Volksvertreter aufzwangen.

Ohne Mittel und ohne den Mut, das Gespenst der Konstitution aus dem Felde zu jagen, wandte die Regierung alle ihre Kräfte der Aufgabe zu wenigstens eine „gefugige“

Duma zu schaffen, die sich als neues Werkzeug zur Anrechnung des Volkes handhaben ließe. Es wurden alle Mittel, alle Schliche angewandt, auf die nur irgend raffinierte asiatische Schlaueit und mittelalterliche Barbarei verfallen konnten. Durch die Senats-„Erläuterungen“ und ministeriellen „Instruktionen“ war ein unerhörtes Wahlsystem geschaffen worden, das den konstitutionellen Charakter der Duma völlig illusorisch zu machen drohte. Die Wahlverhältnisse waren derart, daß sie einem Plebeus Ehre gemacht hätten: die freie Presse erdroffelt, Verbände und Parteien — auch die gemäßigten — aufgelöst, Wahlversammlungen auf ein lächerliches Minimum reduziert. Im ganzen Reiche wüteten die schändlichen Feldgerichte, und die Satrapen, unter deren Willfür die Provinzen stöhnten, wirtschafteten in den „ihrer Fürsorge anvertrauten“ Distrikten wie in erobertem Feindeslande und suchten die Bevölkerung durch systematischen Terror einzuschüchtern. Der Weg zu den Urnen führte die Staatsbürger durch Spalttüren bewaffneter Soldaten und Banden gemieteter Raubmörder, die nur auf einen Wink harrten, um auf den regierungsfeindlichen Wähler mit Waffen und Fäusten loszugehen. Es versteht sich von selbst, daß Stolypin und sein Kabinett dem Wahlkampfe der reaktionären Parteien nicht nur keine Hindernisse in den Weg legten, sondern sogar unbehindert Vorkühn leisteten: Es ist erwiesen, daß Stolypin die Reaktionäre mit sehr beträchtlichen Geldsummen unterstützt hat, durch die es ihnen möglich wurde, ganz Rußland mit den Agitatoren und den „literarischen“ Nachwerkern der schwarzen Hunderte zu überschwemmen. Dazu kamen schließlich noch all die gesetzwidrigen Gewaltmaßnahmen, durch die man den monarchistischen Wahlmännern ersten und zweiten Grades zum Siege verhelfen wollte.

Und nun hat sich all das als verlorene Liebesmüh herausgestellt! Ungeachtet der Vernichtung der oppositionellen Presse und der oppositionellen Organisationen, ungeachtet der Massenhinrichtungen durch die Feldgerichte und der bestellten konterrevolutionären Pogrome, ungeachtet der weitest gehenden Protektion der reaktionären Parteien hat die Regierung ihren Zweck nicht zu erreichen vermocht: — keine gefugige Duma steht zu ihren Diensten. Statt mit der aufgelösten rein oppositionellen hat sie es jetzt mit einer oppositionell-revolutionären Duma zu tun! Das ist denn auch keineswegs ein Mirakel. Nur eine kurzfristige Reaktion konnte die im letzten halben Jahre herrschende relative Stille als Zeichen dafür auffassen, daß es mit der Revolution zu Ende sei, nur eine einseitige Höflingschar konnte aus jenem Symptom die Diagnose auf „gänzliche Erschöpfung der Volksenergie“ stellen. Es bedarf gar keines großen Einblicks in die Lehren der Geschichte, um zu erkennen, daß von einem Abschluß der Revolution so lange nicht die Rede sein kann, als die Ursachen, die sie erzeugt haben, weiter wirken. Daß diese Ursachen in Rußland aber noch keineswegs beseitigt sind, das wird aus dem weiteren Verlauf der Dinge bald noch klarer werden, wenn auch schon die Resultate der diesjährigen Dumaarbeiten an sich bereits genug dafür sprechen. Nicht mehr bloß Fürsprecher, sondern Vorkämpfer hat das Volk in die zweite Duma geschickt, um die endgültige Liquidierung der ständemonarchischen Staatsordnung zu vollziehen.

Man vergesse nicht, daß die russische Reichsduma keinem westeuropäischen Parlamente gleichgestellt werden darf. Diese verfügte über bestimmte, wie auch immer geartete Rechte und entfaltete ihre gesetzgebende Tätigkeit in Perioden „gefestigter Rechtsordnung“. Die Duma ist aber nichts anderes als ein Parlament ohne Rechte und ohne Macht. Ein weiterer Umstand darf nicht außer acht gelassen werden: Das russische Oberhaus, der Staatsrat, und der Träger der höchsten Staatsgewalt, deren Gutheißung erst den Schritten der Duma die rechtliche Sanction verleiht, können und werden gewiß wieder jede gegen den alten Staat gerichtete Maßnahme der Duma paralytisieren. Ein Kind der Revolution, in einer wirren Uebergangsperiode empfangen und gezeugt, kann die Duma aber nur die Sache der Revolution verfechten. Das Arbeitsprogramm wird ihr der geschichtliche Moment diktieren. Die dem Zusammentritt der zweiten Duma vorausgegangenen Wahlkämpfe haben die jegliche politische Lage grell beleuchtet. Sie haben unzweideutig dargetan, daß die Macht nach wie vor in den Händen der selbstherrlichen Bureaucratie ruht. Es ist alles beim alten geblieben: Weder die Agrarfrage, noch die nationale, noch die politische, keine einzige von den Streitfragen, die zum Kriege zwischen dem alten und dem neuen Rußland geführt haben, ist bisher irgendwie befriedigend gelöst. Unter solchen Umständen kann der neuen oppositionell-revolutionären Duma nur eine Aufgabe zufallen: — die Organisation des Volkes für den Kampf zur Lösung jener Lebensfragen Rußlands, für die Wiederaufnahme und den Abschluß der Revolution. „Die Duma soll eine Tribüne der demokratischen Agitation werden; nicht nur bei den Deputiertenreden und Interpellationen, sondern auch bei den Gesetzentwürfen; sie soll eine Leuchte werden, die dem Volke die Stützpunkte zur Organisation und die Wege zum organisierten Kampfe zeigt; sie soll mit einem Worte nach der Rolle eines politischen Zentrums der im Organisationsprozesse befindlichen Revolution streben“ („Disk.“ Nr. 1, S. 28). „Sie (die Duma) soll das Gleiche tun“, so heißt es im Zentralorgan der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, „was die Legislative

und der Konvent der großen französischen Revolution, was ihre „legale“ Kommune in derselben Sache getan haben.“

Die zweite Duma wird gleich der ersten trotz dem hysterischen Gezeter der liberalen Bürgerchaft, die nicht müde wird, nach einer „schmerzlosen“ Wiedergeburt des Landes zu jammern, zu einem Werkzeuge der Revolution werden. Dafür bürgt die ganze Logik der Weltgeschichte. Diese Aufgabe der Duma — die Organisation und politische Heranbildung der Massen — ist durch eine ganze Reihe in das Ministerium Stolypin fallender Ereignisse wesentlich erleichtert worden: eine in 44 Gouvernements wütende furchtbare Hungersnot, haarsträubende Mißbräuche bei der Verproviantierung des hungernden Volkes, denen der Standal Gurko-Libval die Krone aufsetzte, eine schonungslose Erhebung der Abgaben in den Dörfern, mit den brutalsten Kriegsgesetzen durchgeführt, und schließlich die Stolypinsche feldkriegsgerichtliche Politik — alles das erzeugte in den weitesten Kreisen Unzufriedenheit, klarte das proletarische Bewußtsein der Massen und häufte neues politisches Brennmaterial zusammen.

Wäge die zweite Reichsduma sich ihrer ruhmvollen historischen Aufgabe gewachsen zeigen und die Befreiung Rußlands vom Jarenjoch für immer erkämpfen.

**Petersburg, 5. März.** Das Straßenleben bietet heute das gewöhnliche Bild: Die Häuser sind nicht besetzt; starke Truppenaufgebote aller drei Waffen durchziehen die Stadt. Die oppositionellen Morgenblätter bringen äußerst scharfe Artikel. Der Verband des russischen Volkes beschloß, mit seinen Abgeordneten vor der Duma einen demonstrativen Aufzug zu veranstalten. Die Zeitung „Telegraf“ ist auf Anordnung des Stadthauptmanns unterdrückt worden.

**Petersburg, 5. März.** Um die Mittagsstunde ist schönes Wetter, in den Straßen herrscht reges Leben. Der Zugang zum Zarsischen Palais ist durch Polizei und Gendarmen abgesperrt; alle Straßen in der Nähe des Dumapalastes sind voll Menschen, welche die Abgeordneten, die sich zur Eröffnung der Duma dorthin begeben, mit Hurras und dem Rufe „Amnestie!“ begrüßen. Die Abgeordneten ihrerseits danken mit Hutabnehmen.

Der Eröffnung der Duma geht ein feierliches Te Deum voraus, das vom Metropoliten Antonius mit den beiden Bischöfen Platon und Eulogius, die Mitglieder der Duma sind, gelebt wird. Als dann hält der Metropolitan eine Ansprache, in der er die Abgeordneten beschwört, ihre Meinungsverschiedenheiten zu vergessen, für das Heil des leidenden Vaterlandes zu arbeiten, und sie zu Frieden und Eintracht ermahnt. Eine Gruppe von Deputierten verlangt die Nationalhymne, die darauf vom Chor angestimmt und unter Hurraufen zweimal abgesungen wird. Dem Gottesdienst wohnen der Ministerpräsident und sämtliche Minister bei.

**Petersburg, 5. März.** (Reichsduma.) Die Sitzung wird um 1 Uhr durch den Vizepräsidenten des Reichsrats Soloweff eröffnet. Als der Staatssekretär den kaiserlichen Erlaß über die Einberufung der Duma verliest, erheben sich die Mitglieder der Rechten, die in Stärke von nahezu 100 Mitgliedern anwesend sind, von ihren Sitzen und rufen mehrere Male: „Es lebe der Kaiser!“ Die übrigen Mitglieder bleiben sitzen und hören in tiefem Schweigen zu. Nach Beendigung der Verlesung bringen die Mitglieder der Rechten nochmals Hurras aus, wobei alle Minister sich erheben. Sodann leisten sämtliche Abgeordnete den Eid. — Die Sozialdemokraten beteiligten sich an den Eröffnungsfeierlichkeiten nicht, sondern betraten den Sitzungssaal erst zur Vereidigung.

**Petersburg, 5. März.** Zum Präsidenten der Reichsduma ist mit 331 Stimmen Solowin (Radetz) gewählt worden. Komjajow erhielt 91, Kusmin-Karawajew 3, Stachowits 2 und Teslenko 1 Stimme.

**Petersburg, 5. März.** In dem Entwurf des Staatsbudgets für 1907, welches der Finanzminister heute nebst einem Exposé in der Duma eingebracht hat, sind die ordentlichen Einnahmen in 9 Abteilungen und in 35 Paragraphen geteilt. Die Ausgaben sind in folgende 8 Gruppen zusammengefaßt: Hof, höchste Regierungsinstitutionen, Kirche und Geistlichkeit, Zivilverwaltung, Landesverteidigung, Kronoperationen, Staatsschulden, Pensionen und Belohnungen für Staatsbeamte. Das Ausgabebudget enthält 431 Paragraphen. In dem Exposé werden die bis zum 1. Januar 1907 gedeckten Kriegsausgaben auf 2 Milliarden 608 Millionen Rubel beziffert, und es wird der Nachweis geführt, daß im Jahre 1906 die Einnahmen die Ausgaben um mehr als 30 Millionen überstiegen haben. Demzufolge sind die außerordentlichen Ausgaben und das Defizit von 1906 gedeckt; außerdem konnten noch die 1906 emittierten kurzfristigen Schatzwechsel getilgt werden.

**Petersburg, 5. März.** (Reichsduma.) Die Wahl Solowins zum Präsidenten der Duma wurde von der Linken und dem Zentrum mit Beifall, von der Rechten mit Still-schweigen ausgenommen. Er erhielt 336 Stimmen und nicht 331 Stimmen, wie zuerst gemeldet, während 102 Stimmen gegen ihn abgegeben wurden. Solowin hielt eine kurze Ansprache, in der er sich an alle Parteien der Duma wandte. Er sagte darin folgendes: „Wie groß auch die Verschiedenheiten der Meinungen sein mögen, die die Dumaabgeordneten trennen, die Duma ist durch den einen Beweggrund geeint, für das Wohl der Nation zu arbeiten, die ungeduldig den Zusammentritt der zweiten Duma erwartet hat. Die neue Duma wird arbeiten, und sie hofft, daß es ihr gelingen wird, im Verein mit dem Monarchen die Wohlthaten der Verfassung und der sozialen Gesetzgebung auf den durch die erste Duma vorgezeichneten Wegen zu verwirklichen. Die Einrichtung der Volksvertretung wird niemals verschwinden; nachdem sie

einmal ins Leben gerufen ist, wird sie nicht aufhören, zu bestehen. — Diese Rede Golowins machte einen günstigen Eindruck und rief einige Beifallsäußerungen auch auf den Banken der Rechten hervor. Nachdem Golowin dann noch die Mitteilung gemacht hatte, daß er morgen vom Kaiser in Audienz empfangen werde, wurde die Sitzung geschlossen.

## Die russische Revolution.

### Regierungs-Wandver.

Die „Russische Korrespondenz“ erhält das nachstehende Telegramm:

Petersburg, 4. März. Um eine Organisation der oppositionellen Dumamitglieder unmittelbar nach Eröffnung der Duma zu verhindern, zahlte die Regierung die Reisegelder für die Abgeordneten erst in diesen Tagen aus. Die meisten treffen daher in Petersburg heute ein. Kadetten und Arbeiterpartei beschloßen deshalb, sofort nach Präsidentenwahl Prüfung der Wahlmandate zu beantragen, so daß die verschiedenen Gruppen inzwischen taktische Vereinbarungen treffen können.

Vom 5. März erhält die „Russische Korresp.“ aus Petersburg folgendes Telegramm:

Wie ich feststellen konnte, herrscht in allen oppositionellen Parteien die Absicht, die Duma so lange wie möglich am Leben zu erhalten. Dennoch wird man mit einer Auflösung schon in allerfrühester Zeit zu rechnen haben. Es herrscht begründeter Anlaß zu der Besorgnis, daß ein Staatsstreich, insbesondere seitens hoher militärischer Kreise betrieben wird. Abwarten! —

### Noch einmal die Folterungen in Riga.

Die Nachrichten über die grauenhaften Folterungen und Mißhandlungen in der Rigaer Geheimpolizei haben sogar die abgestumpfte, blasierte bürgerliche Gesellschaft Westeuropas aufgereizt. Die baltische Junkerpresse muß traurig und niedergeschlagen konstatieren, daß selbst ihre Freunde und Gönner in Deutschland kein Verständnis für die haarsträubenden Scheußlichkeiten haben, die von den baltischen „Kulturträgern“ begangen werden! Es bleibt ihr nichts übrig, als die Tatsachen wegzuleugnen und zu versuchen, die öffentliche Meinung Westeuropas irrezuführen. Natürlich hat sich auch ein deutsches bürgerliches Blatt (die „Vossische Zeitung“) gefunden, welches der baltischen Junkerpresse in ihrer Bedrängnis zu Hilfe gekommen ist und, ohne den geringsten positiven Gegenbeweis zu führen, die Nachrichten über die Rigaer Greuel einfach als erlogen hinstellt!

„Folterungen sind nicht vorgekommen!“ so ruft die junkerliche Presse, weil sie weiß, daß über 100 Revolutionäre, die die Schrecken der Folterkammern in Riga erlitten haben, im Laufe des Jahres für ewig verstorben sind und in den Sandbergen verscharrt liegen. Sie vergißt aber, daß auch noch lebende Zeugen da sind! So z. B. die Genossen Karlsohn, Djuguse, Friedmann u. a., die Ende Januar von der Kampfsorganisation der lettischen sozialdemokratischen Partei aus der Geheimpolizei befreit wurden und so dem sicheren Tode entgangen sind. Karlsohn zeigte seinen blutigen, zerfleischten Rücken und erzählte, daß die sozialen Henker das von ihm unterschriebene Protokoll, in welchem er erklärte, jede Aussage zu verweigern, ihm auf den Rücken gelegt und darauf solange mit bleigefüllten Gummistöcken geschlagen hätten, bis die Papierfetzen ins Fleisch eintrangen! Djuguse wies seine zerstückelten Brust und seine vielen Wunden, die von den Marterwerkzeugen herrührten. Die beiden halten sich jetzt in Amerika auf und können jederzeit die schaurigen Vorgänge in der Rigaer Folterkammer bestätigen.

In Rußland selber ist die Richtigkeit der Darstellung von den bestialischen Folterungen zu Riga öfter bezeugt worden. Die Folterungen wurden öffentlich konstatiert bei der Verhandlung des Prozesses der „98 Kampfgenoßen“ (Juli 1906), worauf der russische Publizist Wladimirov in der „Russ“ eine Beschreibung dieser Folterungen lieferte, die bis jetzt von niemand entkräftet worden ist, so daß an der furchtbaren Wahrheit nicht zu zweifeln ist. Besonders grausam waren die Folterungen Grünings und Genossen (Anfang Dezember), von denen ja auch Nachrichten in die Öffentlichkeit gedrungen sind. (Grünings Brief z. B., der in der Presse veröffentlicht wurde.) Zehn von Grünings Genossen wurden nach überstandenen Folterungen sogleich handrechtlich erschossen, Grüning selbst und Enifer vorläufig zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt. Man brachte Grüning für ein paar Tage nach dem Zentralgefängnis, wo ihn seine Freunde sahen: mit gebrochenem Rückgrat, versengten Körperteilen und ausgerissenen Kopf- und Barthaaren! Grüning war damals schon dem Tode geweiht, und er konnte seinen Freunden nur noch erzählen, daß bei den Folterungen wirklich zwei baltische Barone sowie auch Mitglieder des baltischen Selbstschutzes zugegen gewesen seien. Und ein herbender russischer Revolutionär wird wohl nicht lügen erzählen!

Als jenes nun in die Öffentlichkeit drang, beschloß man, sich der unbehaglichen Zeugen zu entledigen: Grüning und Enifer wurden ohne jegliches gerichtliche Urteil aufs Land hinausgeführt und dort erschossen! Von da an wurden überhaupt alle umgebracht, die von den erlittenen Qualen etwas erzählen könnten. So wurde z. B. in diesen Tagen ein gewisser Belasew (Sohn eines Staatsrates) erschossen, der auf der Folterbank seine Kameraden angeben hatte und deshalb nicht zum Tode verurteilt worden war.

Außer den oben erwähnten sind aber auch noch andere lebende Zeugen aus der letzten Folterungsperiode vorhanden. Z. B. die Genossen L., die mit Grüning zusammen in der Geheimpolizei war und ihn gesehen und gesprochen hat. Sie sah in der Nähe der Folterkammer und hörte jede Nacht, wie die politischen Gefangenen gemartert wurden. Die niederjauenden wuchtigen Schläge, die heiseren Stimmen der Gregus, Dawus und der anderen Henker, das gedämpfte Seufzen der Gepeinigten raubten ihr Nacht für Nacht den Schlaf.

In der letzten Zeit wurden die Rigaer Greuel überdies in Petersburger Wahlversammlungen öfters zur Sprache gebracht und in einigen Zeitungen, z. B. im „Telegraph“, veröffentlicht. Die Behörden fühlten sich gezwungen, Einhalt zu tun, und einige von den Henkern (Hohmann, Gregus u. a.) wurden nach Petersburg beordert. Auch wird berichtet, daß der Chef des Polizeidepartements, Trussowitsch, sich nach Riga begeben hat, um die dortige Detektivabteilung zu revidieren. Die Revision hatte zur Folge, daß einige Schränke, in denen verschiedene Waffen und Marterwerkzeuge aufbewahrt wurden, aus der Geheimpolizei entfernt und an einen anderen Ort übergeführt wurden.

Die „N. Z. u. M.“ besäht die brave Woffin. Jene bringt in ihrer Ausgabe vom 5. März unter dem Titel „Torturen im Gefängnis von Riga“ folgende Mitteilung:

„Ueber Torturen in den Gefängnissen von Riga berichtet ein russischer Revolutionär in Veröffentlichung der seinerzeitigen Berichte der „N. Z. u. M.“ vom 5. März.“ War wollte von ihm ein Geständnis erlangen

und brachte ihn in das zu diesem Zwecke hergerichtete Marktzimmer des Gefängnisses. Er wurde entkleidet und auf einen Tisch gebunden, dann warf man ihm ein nasses Tuch auf den Rücken, damit die Haut empfindlicher werde. Er wurde dann so lange geschlagen, bis ihm das Blut aus Mund und Nase strömte. Als er die Bestimmung verloren hatte, wurde er mit kaltem Wasser wieder ins Leben gerufen und dann neuerdings mit einer Kautschukpeitsche auf Kopf und Rücken geschlagen. In der folgenden Nacht wurde er von neuem gemartert. Er versuchte dann in seiner Zelle ein Fenster zu zerbrechen und sich die Pulsadern aufzuschneiden, war aber zu schwach dazu. Mit zwei anderen Gefangenen wurde er später in ein abgelegenes Dorf gebracht. Seine Kameraden wurden erschossen, er selber aber entkam. In einem Zeitraum von zwei Monaten wurde er siebenmal geschlagen. Er erzählt, daß man vielfach Peitschen verwendet, in welche Draht geflochten ist, daß die Wunden mit Salzwasser gewaschen werden, und daß man den armen Opfern oftmals Haare und Zähne ausreißt.“

Die „Vossische Zeitung“ hätte es sich wirklich ersparen können, gedankenlos zu apportieren, was ihr von irgendwelchen lettischen Reaktionsären zugeworfen worden ist. Wie die erste Duma sich mit der Pogrom-Schande beschäftigt hat, so wird die zweite sich hoffentlich unter anderem auch mit der Rigaer Folterkammer befassen. Wir werden dann ja hören, wie insam die Freunde der „Vossischen Zeitung“ gelogen haben. —

Die Konferenz der Sozialrevolutionäre in Petersburg, deren Verhaftung das offiziöse „Informationsbureau“ meldet, hat überhaupt nicht stattgefunden! Die am 17. Februar im XI. Auditorium der Petersburger Universität versammelten Personen, deren Verhaftung die Polizei für nötig hielt, hatten sich eingefunden, um ein Referat über die Tätigkeit der neuen Duma anzuhören. Die Versammlung war durch öffentlichen Ausbruch am Eingang für Unübersichtlichkeit bekannt gemacht! Die Polizei bereitete die Abhaltung des Referats und nahm die Anwesenden fest. —

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. März 1907.

### Des Kampfes Ende.

Es war kein würdiges, geistig befriedigendes Ende, das der achtstägige Kampf zwischen dem „nationalen Bloch“ und der Opposition heute fand. Zunächst versuchte der Abgeordnete Paasche, noch eine Mohrenwäsche an der nationalliberalen Partei vorzunehmen. Der erste Reichstagsstige reagierte gegen die Beschuldigung v. Hertlings, die Nationalliberalen hätten zu Bismarcks Zeiten Nebenregierungsansprüche gehabt. Er vertieg sich dabei sogar zu der Behauptung, der Nationalheros habe in seinen Memoiren nicht die Wahrheit gesagt, wenigstens meinte er, Bismarck würde „keine Beweise für seine diesbezüglichen Behauptungen“ erbringen können! Den Gipfel der — Harmlosigkeit erklomm Paasche aber, als er, einer der Führer der Fraktion „Drehscheibe“, die Scheinopposition des Zentrums kritisierte, das immer erst in der dritten Lesung Regierungsforderungen bewilligt habe. Ueberhaupt bildeten die gegenseitigen Vorwürfe über die Wahlkniffe der bürgerlichen Parteien für diese den blamabelsten Teil der Etatsdebatten.

Der Abgeordnete Erzberger freuzte noch einmal die Ringe mit dem Chef der Reichstanzlei, Herrn v. Loebell, und beide trugen unschöne Schmissen davon. Für jeden Verständigen ist es klar, daß Registraturnotizen vom Schlage derjenigen, auf die sich v. Loebell berief, nie klaren Aufschluß geben werden, wenn zwei Unterhändler Mogeleyen beabsichtigten oder auch wirklich ausführten. Herr v. Loebell mußte übrigens selber zugeben, daß die von Erzberger angezogenen Registraturnotizen zur Klärung nicht genüge. Drei von Mogeleyen ist keine der bürgerlichen Parteien — wozu also der Lärm?

Der Abgeordnete v. Ardcher, seines Reichens Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses, legte ein höchst un diplomatisches Zeugnis seiner Feindschaft gegen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ab. In einem Atemzuge leugnete er diese Feindschaft und gab doch zu, das allgemeine Wahlrecht in Wahlreden scharf kritisiert zu haben! Das letztere tat er auch heute; er bezeichnete das geheime Wahlrecht als verderblich, weil es „berichtigte Einflüsse“ — so die des Vaters gegenüber dem Sohne usw. — verhindere! Mit vollendeter Schläue sagte der „starke“ Mann: „Abchaffen will ich das Wahlrecht nicht, aber was ich denke, sage ich nicht.“ Natürlich erdröhnte darüber schallendes Gelächter durchs Haus. Seinen gesinnungsverwandten Genossen gegenüber, die sich ganz offen gegen das Wahlrecht ausgesprochen haben, äußerte er seine Mißbilligung darüber, daß sie „einen Wunsch aussprechen, der augenblicklich nicht zu erfüllen ist“. Wäre eine Mehrheit wie die des Kartells von 1887 diesmal in den Reichstag gewählt worden, dann wäre der rechte Augenblick für die Ströcker und Konforten gekommen.

Der freisinnige Abg. Neumann-Hofer polemisierte in seiner Jungferrede wider die Uebermacht Preußens, der gegenüber die kleinen und mittleren deutschen Staaten ein Märtyrerdasein führten. Als Grund hierfür führte er die wachsenden Schwierigkeiten an, die Etats der Kleinstaaten im Gleichgewicht zu halten. Uns dünkt, Herr Neumann-Hofer hat die Sache von der falschen Seite angefaßt. Das Uebel wird bestehen bleiben, so lange die Kleinstaaterei besteht.

Gegenüber dem Abgeordneten Campy, der heute wohl sehr breit, aber eindrucklos auf die gestrigen Ausführungen des Grafen Posadowsky antwortete, betonte dieser noch einmal mit aller Schärfe: trotz aller gehässigen, giftigen und verleumderischen Angriffe werde er ein Staatssekretär für Sozialpolitik bleiben, während jene Angreifer einen Staatssekretär gegen Sozialpolitik haben wollten!

So endete die Etatsberatung. In der darauf folgenden Diskussion des Gesetzentwurfs, die Berufs- und Betriebszählung betreffend, wünschte der Abg. Dröcher als erster Redner regelmäßige Zählungsperioden in schnellerer Reihenfolge. Diesen Wunsch teilten alle nachfolgenden Redner. Der freisinnige Abgeordnete Doorman beklagte, daß die für die Zählung an die statistischen Ämter ausgegebenen Fragebogen nicht auch den Abgeordneten zugestellt worden seien.

Genosse Hoch sagte die Angelegenheit weiter; er betonte, daß schon 1905 von unserer Seite ein Antrag gestellt wurde auf Verkürzung der Fristen, — eigentlich sei bei der schnellen wirtschaftlichen Entwicklung schon eine zehn-jährige Frist zu lang — und er montiert, daß das einschlägige Material für die Invalidenversicherung noch nicht beschlägt ist. Die Arbeitslosenstatistik so führte Hoch aus, müsse ebenfalls von der Zählung profitieren und darüber werde in der Kommissionsberatung noch manches andere anzuregen sein. Dem Antijemiten Schack, der den freien Gewerkschaften die Lehre geben wollte, sie hätten sich über

die Berufszählung auch ohne die Befragung informieren können, ließ Hoch eine knappe, aber sachlich scharfe Abfertigung zuteil werden.

Der Regierungskommissar van der Borcht versicherte, es sei sein ernstes Bestreben, die Arbeitslosenstatistik auszubauen; es würden 1908 durch Behörden Erhebungen in Verufen angestellt werden, die besondere Bedeutung für die Arbeitslosenstatistik haben. Daß Arbeiterorganisationen, wie Hoch gerügt hatte, nicht befragt worden seien, gab der Kommissar zu, aber auch Unternehmerorganisationen usw. seien nicht befragt worden, weil diese Befragung nicht gelinge.

Der Gesetzentwurf wurde an eine vierzehngliedrige Kommission verwiesen.

Mittwoch: Nachtragsetats. —

### Zur Dreiklassenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat am Dienstag die Etatsberatung auf kurze Zeit unterbrochen, um die konservative Interpellation betreffend Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der evangelischen Geistlichen durch weiteren Ausbau der Pfarrbesoldungsgehalte und durch Neuregelung des Ruhegehaltsverfahrens zu besprechen. Die Interpellanten verlangen, daß von dem Gelde der Steuerzahler der verschiedenen Konfessionen noch mehr als heute für kirchliche Zwecke ausgegeben werde, und die Regierung versprach die Erfüllung dieses Wunsches! Selbstverständlich ist es, daß das Zentrum die Gelegenheit benutzte, auch für die katholischen Geistlichen etwas einzubringen — ein Wunsch, dessen Erfüllung Herr v. Studt gleichfalls in Aussicht stellte. Für die Zusammensetzung des Hauses ist es charakteristisch, daß auch nicht ein einziger Redner einen prinzipiell ablehnenden Standpunkt gegenüber den Forderungen der Geistlichkeit einnahm. In Preußen ist eben die Religion nicht zur Privatsache erklärt, im Gegenteil: sie dient in der Hand der herrschenden Klassen als Mittel zur Unterdrückung des Volkes.

Ohne wesentliche Debatte erledigte das Haus sodann den Etat der Verwaltung der direkten Steuern und trat darauf in die Beratung des Etats des Finanzministeriums ein. Gegenüber einer Anregung des Abg. Dr. v. Böttinger (natl.): bei der Offenlegung der Listen zu den Gemeindevahlen das Steuergeheimnis der einzelnen Wähler zu wahren, bemerkte der Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben, daß das unter der Herrschaft des Dreiklassenwahlsystems sehr schwer sei. Er sieht vorläufig noch keinen Ausweg, um hier Wandel zu schaffen, es sei denn, daß man das Dreiklassenwahlsystem abschaffen wolle, und das wolle die Regierung nicht! Es ist nicht das erste Mal, daß sich Herr v. Rheinbaben als warmer Befürworter des plutokratischen Dreiklassenwahlsystems erwiesen hat.

Ein zu diesem Etat gestellter Antrag Herold (Z.) v. Pappenheim (L.), der die Regierung ersucht, dafür zu wirken, daß bei Einführung einer Wertsteuer des Grund- und Bodens in den Gemeinden für Grundstücke, welche dauernd land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken zu dienen bestimmt sind, in der Regel der Ertragswert zugrunde gelegt werde, gelangte nach unerheblicher Debatte zur Annahme.

Am Mittwoch beginnt die Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung. —

### Die Hintertreppenpolitik des Zentrums.

Die Regierung hat die Taktil, die Herr Dernburg bereits vor der Reichstagsauflösung dem Zentrum resp. seinen Kolonialpolitikern Koeren und Erzberger gegenüber eingeschlagen hatte, in den letzten Tagen durch Herrn v. Loebell gegenüber Erzberger fortsetzen lassen. Wie Herr Dernburg dem Zentrum Hintertreppen- und Pressionspolitik vortrug, so diesmal auch Herr v. Loebell. Der Erfolg der Regierung ist diesmal der gleiche gewesen, wie damals. Die ganze konservative, nationalliberale und freisinnige Presse beschäftigt Herrn v. Loebell, daß er den Hintertreppenpolitiker Erzberger gründlich habe ablaufen lassen.

Nun ist es ja richtig, daß die Herren Koeren und Erzberger bei diesen Debatten recht schlecht abge schnitten haben. Nur liegt der Grund ihrer Blamage in ganz anderen Umständen, als von dem neuen Dottedtententententent behauptet wird. Es ist nichts als eine namenlose Heuchelei, wenn gerade von bürgerlicher Seite den Koeren und Erzberger vorgeworfen wird, sie hätten eine Pressions- und Hintertreppenpolitik betrieben und dadurch auf die Regierung einen illegitimen Einfluß ausüben wollen. Daß gerade die Herren von der Rechten, namentlich aber von der Reichspartei, eine ungleich unverfrorenere Pressionspolitik in kolonialen Angelegenheiten nicht nur ausüben verstanden, sondern tatsächlich ausgeübt haben, beweisen hinlänglich die Erörterungen über die Fälle Peters und Stäbel. Auch die Herren Koeren und Erzberger haben nichts weiter getan, als den Praktiken der Reichsparteiler zu folgen. Nicht also darin, daß sie sich gewisser unbehaglicher Kolonialbeamter, die angewidert durch den Kolonialstumpfsinn des kolonialen Kuglasalles vorzunehmen suchten, annahmen, liegt die Schuld der Herren Koeren und Erzberger, sondern vielmehr darin, daß sie sich dieser Beamten zu wenig energisch angenommen haben, daß sie zu verführten und invidielles Unrecht gutzumachen verführten, statt dem ganzen kolonialen Korruptionssystem in der parlamentarischen Öffentlichkeit mit aller Klugheitslosigkeit zu Leibe zu gehen!

Auch wie haben ja die Herren Koeren und Erzberger keineswegs mit Rosen überschüttet. Auch wie haben ihre Hintertreppenpolitik gegeben, aber nicht deshalb, weil sie der Regierung ein „laubisches Joch“ zu errichten versuchten, sondern weil sie viel zu schonend mit der Regierung verfahren! Nicht ihrer angeblich illegitimen Pressionsversuche wegen griffen wir die Herren Koeren und Erzberger an, sondern wegen ihrer Versuche, bei der Vertuschung der Kolonialskandale der Regierung Hehlerdienste zu leisten! Wobei allerdings erklärt werden muß, daß Herr Koeren von Herrn Erzberger durch sein ehrliches Temperament außerordentlich vorteilhaft abfällt. Uebrigens Herr Koeren in seiner früheren Kritik die denkbar größte Zurückhaltung, während Herr Erzberger in zahlreichen Broschüren, Flugblättern und unzähligen Zeitungsartikeln und Versammlungsreden geradezu als der Herkules sich gebärdete, der die Kolonialkorruption gründlich auszuwischen zu wollen erklärte. Und gerade Herr Erzberger ist bei den erwähnten Reichstagsberatungen vor der Auflösung des Reichstages noch unendlich würdevoller zu Kreuze gezogen, als Herr Koeren!

Trotz alledem geschähe dem Herrn Erzberger bei all seinem Verhalten doch ein Unrecht, wenn man ausschließlich ihn, nicht aber vornehmlich die Zentrumspartei selbst für die schändlichen Zentrumskorruptionen verantwortlich machen wollte. Hat doch das Zentrum vom ersten Augenblick an, wo sich durch Dernburgs Eingreifen die Situation zwischen ihm und der Regierung zuzuspitzen drohte, seine Kolonialspezialisten preisgegeben. In beispielloser Weise hat das Zentrum seine Vertrauenspersonen auf dem Gebiete der Kolonialpolitik versenkt. Es hat einfach er-

klart, die Herren Koeren und Erzberger handelten und sprachen als Privatpersonen auf eigene Verantwortung. Dabei hat es aber jahrelang ruhig geduldet, daß gerade diese Abgeordneten namens des Zentrums die kolonialpolitischen Fragen behandelten. Und diese jesuitische Taktik hat auch Herr v. Hertling, der Zentrumsdiplomat, in seiner letzten Rede beobachtet, als er erklärte: „Was gehen mich die Herren Boepflau und Wisuba an!“ Natürlich, Herr Hertling, der sich niemals um kolonialpolitische Interna gekümmert hat, der die Nachprüfung der Kolonialstandale den Herren Koeren und Erzberger überließ, kennt die Herren Boepflau und Wisuba nicht. Er hat keine Ahnung davon, welche Bewandnis es mit deren Material hat! Aber gerade deshalb hätte er zugleich mit der von der Fraktion den beiden Abgeordneten aufgedrungenen Arbeit auch die Verantwortung über die Ergebnisse dieser Arbeit auf die Zentrumsfraktion übernehmen müssen. Das Zentrum schüttelte jedoch abermals die Herren Koeren und Erzberger von seinen Rückschritten ab, aus keinem anderen Grunde, als um die Rücksichtnahme der Regierung, die sich in dem Fernbleiben Bälows von den Staatsverhandlungen und in der Nichtverantwortung der Zentrumredner deutlich genug äußerte, durch gleiche Konzession zu erwidern. Das Zentrum bramarbasiert zwar gegen die Regierung, hütet sich aber vor, durch irgend welche Taten der Regierung unangenehm zu werden!

Herr Erzberger hat heute wieder erklärt, daß er künftig alles Material über kolonialpolitische Standale, das zu seiner Kenntnis gelange, im Plenum des Reichstages vorbringen wolle. Wir fürchten nur, daß künftig Herr Erzberger das ihm unterbreitete Material nicht mehr mit der Sorgfalt prüft, wie das früher geschah. Dieser wortgewaltige „Entthüller“ wird sich künftig der diplomatischen Taktik des Herrn Hertling fähig unterwerfen! —

## Deutsches Reich.

### Das triumphierende Zentrum und der laufende Reichslanzler.

Fürst Bälow hat in den letzten Tagen den Reichstag geflissentlich gemieden, um dort unliebhaften Auseinandersetzungen mit dem ihm früher so eng verbundenen Zentrum zu entgehen. Offenbar wollte er weitere Familienzwistigkeiten vermeiden, da er an eine wirkliche Scheidung nicht denkt. Das Zentrum freilich nützt einseitigen Bälows Flucht vor der Öffentlichkeit weidlich aus. So schreibt die „Germania“:

„Der Reichslanzler Fürst Bälow ist auch am Montag im Reichstage nicht erschienen; der Platz des Angeklagten am Bundesratstisch blieb leer. Man hatte am Montag erst recht darauf gerechnet, daß der Reichslanzler erscheinen werde, zumal es ihm nicht unbekannt geblieben sein konnte, daß der Abg. Freiherr v. Hertling sprechen würde. Aber vielleicht hat Fürst Bälow sich gerade deshalb ferngehalten. Fürst Bismarck entfernte sich bekanntlich in den achtziger Jahren aus dem Reichstage, wenn der freisinnige Abgeordnete Eugen Richter zu sprechen begann, heute aber sind die Freisinnigen so regierungstreu geworden, daß ein Reichslanzler deshalb den Reichstag nicht zu meiden versucht sein könnte. Offenbar sind es jetzt die Redner der Zentrumsfraktion, die den jetzigen Reichslanzler den Reichstag meiden lassen. Fürst Bälow kann sich freilich dabei nicht beklagen, wenn seine Abwesenheit und seine Weigerung, gegenüber den Anklägern Rede und Antwort zu geben, als eine Furcht vor dem Reichstage ausgelegt wird. Mit zwei wohlvorbereiteten Reden gegen das Zentrum und gegen die Sozialdemokratie kann doch der einzige verantwortliche Beamte der Reichsregierung seine amtliche und seine persönliche Rechtfertigung unmöglich als erledigt betrachten. Man wird und muß trotz alledem auch weiterhin von ihm die öffentliche Rechtfertigung erwarten, die er den gegen ihn erhobenen Anklagen dem Innern wie dem Ausland gegenüber schuldig ist.“

Schließlich erklärt die „Germania“ noch, daß man auf der Journalistentribüne nach der Rede des Freiherrn v. Hertling den Eindruck gehabt habe, daß damit die „letzten Fäden zerschnitten worden seien, die das bereits zur Genüge zerschnittene Verhältnis zwischen dem Fürsten Bälow und dem Zentrum noch irgendwo habe erkennen lassen“.

Das sieht beinahe aus, als ob das Zentrum dem Fürsten Bälow trotz seines Wahlsieges nur für eine sehr vorübergehende Erscheinung hielte. Vielleicht freilich handelt das Zentrum auch nur nach dem Sprichwort: Was sich liebt, das neckt sich!

### Freisinniger Schwindel.

Die „Freisinnige Zeitung“ verachtet sich aufgeregt dagegen, daß sie erst jetzt nach der Wahl wieder ihren antiagrarisches Standpunkt entdeckt habe. Es sei unrichtig, daß sie „im Interesse der Wahl den prinzipiellen freisinnigen Standpunkt betreffend der Fleischnot mehrere Monate lang verheimlicht“ habe. Das sei eine grobe Unwahrheit, habe sie doch „in den Wochen nach der Reichstagsauflösung beispielsweise in Nr. 448, 451, 452 und 453 des Jahrgangs 1906 unter der Rubrik „Volkswirtschaft“ Fragen behandelt, die sich auf die Fleischversorgung bezögen, und zwar in derselben Weise behandelt, wie bis dahin.“ Ebenso sei es im Januar gewesen.

Durch diese lächerliche Ausrede wird die „Freisinnige Zeitung“ niemals die Tatsache aus der Welt schaffen, daß sie es geradezu ängstlich vermieden hat, während der Wahlkampagne den prinzipiellen freisinnigen antiagrarisches Standpunkt agitatörisch auch nur im mindesten hervortreten zu lassen! Doch der von uns während des Wahlkampfes wiederholt geschehen Bestätigung dieser freisinnigen Jammerlichkeit hat die „Freisinnige Zeitung“ sich stets darauf beschränkt, hat den Kampf gegen das Agrarierturn zu führen, ihre prinzipiellen Gewissensbedenken an möglichst unbedenklicher Stelle in Gestalt mächtigst unbedenklicher Notizen niederzulegen. Ja sogar nach der Wahl hat es die „Freisinnige Volkspartei“ den Rednern der Freisinnigen Vereinigung bei der Eintragsdebatte überlassen, den antiagrarisches Standpunkt des Freisinnigen zu vertreten, wofür der freisinnig-volksparteiliche Fraktionsredner Wiemer, zugleich Redakteur der „Freisinnigen Zeitung“, denn auch das Lob der „Kreuzzeitung“ geerntet hat, daß er „besonnen und maßvoll“ geredet hat!

Wenn die „Freisinnige Zeitung“ weiterhin die Unverschämtheit besitzt, zu bestreiten, daß sie in der „Freisinnigen Zeitung“ in kolonialpolitischer Beziehung seit dem Austausch von Dornburgs einen grundsätzlichen Wechsel vollzogen habe, so verdient diese dreiste Zeugnung angesichts der von uns wiederholt beigebrachten Beweise in Gestalt von Zitaten aus der „Freisinnigen Zeitung“ keinerlei neue Widerlegung. Mag die „Freisinnige Zeitung“ munter daraufhin schwindeln, die Beweise für ihren jammervollen Gesinnungswechsel werden wir ihr ja noch mehr als einmal zu Gemüte führen!

8 193.

Gotha, den 4. März.

Der seltsame Fall, daß einem Redakteur in Ausübung seines Berufs der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches (Wahrnehmung berechtigter Interessen) vom Reichsgericht zugebilligt wird, ist in einem Verleumdungsprozeß des hiesigen Stadtrats gegen den früheren Redakteur des „Gothaischen Tageblatts“ Walter zu verzeichnen. Walter war wegen seiner allzu freisinnigen Anschauungen Gegenstand fortgesetzter Angriffe der vereinigten Liberalen (einschließlich der nationalliberalen und agrarliberalen) Parteien in Gotha, die das „Gothaische

Tageblatt“ für den gemäßigten Liberalismus zu gewinnen suchten. Sie gelangten kurz vor den Reichstagswahlen zum Ziel. Walter wurde trotz langfristigen Vertrages entlassen, und das „Gothaische Tageblatt“ trat für die Wismarschloßabhandlung Hohenhausen ein. In den vorausgegangenen Kämpfen hatte Walter heftige Angriffe gegen den Gothaer „Küngel“ gerichtet. Er kämpfte dabei, wie das Urteil der Strafkammer anerkannte, nicht nur für seine politische Überzeugung, sondern auch um seine Existenz. Er spielte in einem seiner Artikel auf die Beziehungen an, die hier in Gotha zwischen der Beamtenschaft der großen Bauinstitute und den maßgebenden politischen Persönlichkeiten bestehen. Diese Beziehungen, die dem politischen Leben in Gotha ein besonderes Gepräge geben, äußern sich u. a. darin, daß der Oberbürgermeister als Aufsichtsrat der Lebensbank und als Schlüsselbewahrer der Lebensbank, der Feuerbank und der Privatbank beträchtliche Nebeneinnahmen hat. Auch der Bürgermeister, mehrere Stadträte, eine Anzahl Stadtverordnete und eine Reihe anderer einflussreicher Persönlichkeiten beziehen Gelder aus Bankinstituten, während andererseits die Bankdirektoren eine bedeutende Rolle im kommunal-, landes- und reichspolitischen Leben der Stadt Gotha spielen. Daß diese Wechselbeziehungen eigenartige Zustände herbeiführen, liegt auf der Hand. Walter kritisierte in einem gegen den freisinnigen Reichsverein gerichteten Artikel diese Verhältnisse sehr scharf. Darauf stellte Oberbürgermeister Liebetrau im Namen der städtischen Körperschaften, die sich getroffen fühlten, Strafantrag und erzielte die Verurteilung Walters zu einem Monat Gefängnis durch die hiesige Strafkammer. Das Reichsgericht hob jedoch das Urteil auf, weil Walters sämtliche Beweisanträge von der Strafkammer abgelehnt waren, und weil ihm der Schutz des § 193 versagt blieb. In letzterer Beziehung sagt die Begründung des Reichsgerichts:

„Hat der Angeklagte nach der Anschauung der Strafkammer, wenn er auch nicht von der Begründetheit der von ihm erhobenen Vorwürfe überzeugt war, doch mit der Möglichkeit, sie könnten begründet und erweislich sein, gerechnet, oder hat er sie leichtsinnigerweise erhoben, ohne daran zu denken, wie weit sie begründet sein könnten, so dürfte ihm der Schutz des § 193 nicht lediglich um deswillen versagt werden, weil er nicht von ihrer Begründetheit überzeugt war. Es ist nicht richtig, daß Voraussetzung für die Anwendung des § 193 des Strafgesetzbuches die Überzeugung des Verleumdeters von der Begründetheit und Erweislichkeit seiner Vorwürfe ist; der Schutz des § 193 kann vielmehr auch demjenigen zugute kommen, der behauptende Behauptungen aufstellt, deren Begründetheit und Erweislichkeit er nur für möglich hält oder hinsichtlich deren Begründetheit oder Erweislichkeit er sich überhaupt keine weiteren Gedanken gemacht hat.“

Die Angelegenheit wird demnächst vor der hiesigen Strafkammer zur erneuten Verhandlung kommen.

### Wahlwahl in Mecklenburg?

Gegen die Wahl der Abgeordneten Dr. Dröschner (Schwerin-Wismar) und Lind (Rostock) ist zwar kein Protest eingelaufen, aber bei Prüfung der Wahlakten in der Abteilung stellten sich so viele Unregelmäßigkeiten heraus, daß die Abteilung beschloß, die Wahlakten der Wahlprüfungskommission zur Entscheidung über die Gültigkeit der Wahlen abzugeben. —

Interessant zu machen sucht sich die „Information“, die durch die Abgabe vom Selbstgehele Wehels und Singers bekannt geworden, durch die Mitteilung, daß sie gegen Wehel die Verleumdungs-Klage angehängt habe wegen der Behauptung, die „Information“ sei die Korrespondenz des Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie und wegen der Bezeichnung „Kloake“. So teilt diese ehrenwerte Korrespondenz für 5 Pf. die Zeile ihren Abonnenten mit. Hinzu setzt sie die erschütternde Drohung: „Wie es sich aber mit den noblen Passionen einzelner Obergangenen verhält, darüber wird die Verhandlung die erforderliche Klarheit bringen.“ Das kann ja fürchterlich werden.

Im übrigen ist die Unverschämtheit zu bemerken, mit der der oder die Macher des ehrenwerten Unternehmens sich als die grundlosere Weise Gebrannten hinzustellen wagen, während sie selbst noch nicht einmal die elementarste Anstandspflicht, die unabweisende Zurücknahme der Selbstklage erfüllt haben, geschweige daß sie sich entschuldigt hätten. —

Gegen nationale Arbeiterkandidaturen zum Reichstage, die der „Evang. Arbeiterbote“ gefordert hat, zieht die „Post“ vom Leber. Sie resümiert:

„So lange die christlichen Arbeiterorganisationen gleich der Sozialdemokratie auf dem engen Klassenstandpunkte verharren, so lange können sie nicht erwarten, daß die Parteien, welche die Ansicht verfechten, daß keine Klassenvertreter in Parlamenten vom Webel sind, solchen Vertretern in den Reichstag zu helfen.“

Die Industriellen sind natürlich nach der „Post“ nicht „reine Klassenvertreter“, sondern eignen sich ganz besonders auch zur Vertretung der Arbeiterinteressen. —

Eine Begnadigung. Wie aus Karlsruhe gemeldet wird, hat der Großherzog von Baden den wegen verurteilter Verleitung zum Meinid zu einem Jahre Zuchthaus verurteilten katholischen Pfarrer Gaiserl aus Gündelwang, dessen Prozeß vor einigen Monaten allgemeines Aufsehen erregte, zu sechs Monaten Gefängnis begnadigt. —

## Ausland.

### Frankreich.

#### Schweigegeschichte.

Paris, 5. März. (B. L. W.) Die radikalen Kreise fordern die Regierung immer dringender auf, die bei Montagnoni beschlagnahmten Papiere zu veröffentlichen. Senator Ranc erklärt in der „Aurore“, man wundere sich bereits darüber, daß die Veröffentlichung dieser Schriftstücke noch nicht erfolgt sei und man frage sich nach dem Grunde dieses Zauderns, da doch allgemein der Wunsch ausgesprochen worden sei, daß über die Antriebe des Vatikans und die Mithilfe, die er dabei in Frankreich gefunden habe, volles Licht verbreitet werde. Ranc setzt hinzu: „Es laufen Gerüchte um, daß dieses Zaudern, ja, besser gesagt, dieser Widerstand vom Ministerium des Auswärtigen ausgehe, wo noch starke kirchliche Einflüsse maßgebend seien und wo man gewisse gefährdete Beamte retten wolle. Nach der Veröffentlichung der Papiere Montagnonis wäre dies nicht mehr möglich. Wenn dieses Gerücht wahr ist, dann rechnen wir darauf, daß der Minister des Auswärtigen, Michon, diesen Nachrichten mit Entschiedenheit ein rasches Ende bereiten wird.“

Wir glauben, der Grund für die „Nachsicht“ gegen Rom liegt tiefer. Man hat ganz einfach an der Seine ebensowenig ein gutes Gewissen wie der heilige Vater am Liber. Ist doch bereits dem „Echo de Paris“ aus Rom gemeldet worden, daß der Vatikan besitze Schriftstücke, deren Veröffentlichung der französischen Regierung sehr unangenehm werden könnte, unter anderem Papiere, aus denen hervorgehe, daß die französische Regierung nach dem Abbruch der Beziehungen zum Vatikan bei Montagnoni unter vagen Friedensversprechungen vertrauliche Schritte unternommen habe, um den Vatikan zur Annahme der französischen Forderungen zu veranlassen.

Was für Karten sonst noch der „heilige Vater“ in der Hinterhand haben mag, das läßt sich natürlich nur ahnen. Die „hohe Politik“ ist doch ein zu schönes Metier! —

## England.

Die Wahlbeteiligung bei den Londoner Grafschaftswahlen war entsprechend dem ganzen Charakter dieses eigenartigen Kampfes größer als in früheren Jahren. Sie betrug 52,66 Prozent gegen 45 Prozent im Jahre 1904. Die Progressisten erhielten zwar 360 301 Stimmen gegen 337 304 im Jahre 1904, aber die Stimmenzahl der Gemäßigten stieg von 275 257 auf 509 000! Seit dem Bestehen des Grafschaftsrates ist es — nebenbei bemerkt — das erste Mal, daß die Gemäßigten die Mehrheit erhalten haben. (Um das Wahlergebnis übrigens ganz würdigen zu können, ist es notwendig, hinzuzufügen, daß jeder Wahlberechtigte zwei Stimmen hat.)

Gestern (Dienstag) hat bereits die erste Sitzung des neuen Grafschaftsrates stattgefunden. Man darf auf die Wirksamkeit der Gemäßigten-Majorität gespannt sein; denn die siegreichen Gegner des Municipalsozialismus wollen ihre antisozialen und antiliberalen Ideen sehr schnell in Taten umzusetzen suchen. Die ganze städtische Verwaltung soll umgekrempelt, „reformiert“ werden. Der Londoner Bürger wird — ganz wie der deutsche Michel — nicht eher einsehen, welche Dummheit er beging, daß er den konservativen Gemäßigten zum Siege verhalf, als ihm von den Männern des neuen Kurzes die Rechnung präsentiert werden wird. —

## Schweden.

Die Untersuchung über den Tod Tschernials und der anderen drei Passagiere des „Claf Björk“ sind von dem schwedischen Generalkonsul in Brüssel und dem Vizekonsul in Antwerpen so nachlässig betrieben worden, daß sich sowohl unser Parteigenosse Prantling wie auch der liberale Professor Warberg veranlaßt fühlten, am Freitag in der Zweiten Kammer die Angelegenheit zur Sprache zu bringen. Obwohl der Dampfer schon am 12. Februar in Antwerpen eintraf, meldete der Vizekonsul die Sache erst am 14. bei der Antwerpener Polizei an, und der Generalkonsul bequeme sich erst am folgenden Tage dazu, die kurze, knapp eine Stunde dauernde Fahrt von Brüssel nach Antwerpen zu unternehmen. Und doch handelte es sich, abgesehen von Tschernial und dem Franzosen, noch um den Tod zweier schwedischer Staatsbürger und um die schwedische Handelsinteressen gefährdende Behauptung: durch einen wichtigen Exportartikel, die Zündhölzer, sei der Tod der Passagiere verursacht. Dazu kamen die verdächtigen Umstände, die auf ein Verbrechen hindeuteten und auch jetzt noch nicht aufgeklärt sind, was zu einem guten Teil darauf zurückzuführen ist, daß die Vertreter Schwedens die Untersuchungen lediglich unter der Voraussetzung führten, daß ein Unglücksfall vorliege.

Der Minister des Äußeren antwortete auf die Angriffe Warbergs und Prantlings, daß er Anweisung gegeben habe, die Untersuchung nach allen Richtungen hin zu führen. Er erging sich dann in der Beschuldigung, Prantling und die belgische Sozialistenpresse habe nicht dazu beigetragen, das Ansehen des schwedischen Konsuls zu stärken. Daß auch die bürgerliche liberale Presse das Verhalten des Konsuls scharf kritisiert hatte, erwähnt er nicht besonders. Schließlich versprach er, daß alles getan werden solle, um Klarheit in der Angelegenheit zu schaffen. Seien Fehler begangen worden, so sollten die verantwortlichen Personen zur Rechenschaft gezogen werden.

Stockholm, 5. März. (B. L. W.) Durch die polizeiliche und chemische Untersuchung in Gothenburg wegen der Tschernial-Affäre ist untrüglich festgestellt, daß die Katastrophe nicht durch Gase der Ladung oder Heizung herbeigeführt wurde. Die vorgefundenen Arsenikreste deuten auf Vergiftung durch Arsenikgase, die wahrscheinlich „auf dem Lampengase und Heizrohr in Tschernials Kabine entwickelt“ wurden. —

## Holland.

### Für die Verkürzung der Arbeitszeit.

Amsterdam, 2. März. (Fig. Ver.)

Der Landes-Propaganda-Kongreß zur Beförderung eines stärkeren Kinderschutzes, Beschränkung der Arbeitszeit Erwachsener und Abschaffung bezw. Beschränkung der Nachtarbeit tagte am heutigen Sonnabend zu Amsterdam. Der Kongreß war von der Sozialdemokratischen Partei Hollands und dem Niederländischen Verband der Gewerkschaften gemeinschaftlich veranstaltet und kann als Zeichen des Einflusses und der erhaltenden Einigkeit des Klassenbewußten Proletariats Hollands angemerkt werden. Vertreten waren 300 Organisationen, während 80 weitere ihre Sympathie und Zustimmung zu dem Ziele des Kongresses mitgeteilt und nur wegen Verhinderung keine Abgeordneten gesandt hatten. Vertreten waren insgesamt 90 000 organisierte Arbeiter, wozu der Verband der Gewerkschaften mit 26 000, die S. D. A. P. mit 7500, der Typographenverband mit 2500, der Schiffs- und Bootarbeiterverband mit 2500, der Verband der Niederländischen Volksschullehrer mit 7000, der Amsterdamer Verband der Gemeindegewerkschafter mit 1400, der Verband des Elektrischen Eisenbahn- und Tramwaypersonals mit 1200 und der unter bürgerlichem Einflusse, dem der Freisinnig-Demokraten, stehende Allgemeine Arbeiterverband mit 3200 Mitglieðern. — Auch die Regierung war, bei Verhinderung des Ministers für Handel, Landbau und Gewerbe, durch einen Referendar vertreten, wie der Vorstehende Henri Polak bemerkte, in Holland wohl zum ersten Male auf einem von Arbeitern veranstalteten Kongresse. Ferner waren anwesend zwei Arbeitsinspektoren mit mehreren Beamten der Arbeitsinspektion, während der Arbeitsinspektor des 9. Bezirks u. a. m. wenigstens ihre Sympathie schriftlich bezeugt hatten. Die sozialdemokratische Kammerfraktion war durch Genossen van Kol vertreten.

Der Vorstehende wies darauf hin, daß dieser Kongreß als Ausgangspunkt einer kräftigen Aktion für die Erzielung der Verkürzung der Arbeitszeit gelten müsse, ohne daß hierdurch irgendwie die Agitation für den Achtstundentag abgeschwächt werde oder der internationale Standpunkt in bezug auf den letzteren verlassen sei, wie seitens der Anarchisten behauptet worden war. Die Anarchisten und die unter ihrem Einflusse stehenden Gewerkschaften, einschließlich des Nationalen Arbeitssekretariats, sowie alle christlichen Arbeitervereine waren dem Kongresse ferngeblieben.

Nach den Referaten der Genossen Troelstra, Wibaut, Henri Polak, Dr. Heermans, Oudegeest, Schielman und nach der Diskussion wurden die dem Kongresse vorliegenden Resolutionen betr. den Achtstundentag, die Nachtarbeit und die Kinderarbeit angenommen, nachdem in der Resolution für den Achtstundentag noch ein Amendement Aufnahme gefunden hatte mit der Forderung eines wöchentlichen Ruhetages von 36 aufeinanderfolgenden Stunden.

## Amerika.

### Volksschule.

Eine Empfehlung Roosevelt's an die Schulen geht dahin, daß Exerzieren mit dem Schießgewehr zum Unterricht für die Knaben gehören sollten. Eine Spezialkommission war eingesetzt worden, um diesen Vorschlag genau zu prüfen. Der nunmehr veröffentlichte Kommissionsbericht spricht sich zugunsten einer solchen Erneuerung aus. Durch Experimente mit 10 000 Schülern höherer Klassen in New York wurde festgestellt, daß sie nur ein Viertel der Zeit brauchten, die Männer notwendig hatten, um in der Handhabung des Gewehrs gut geübt zu sein. Im Falle eines Krieges sind die Vereinigten Staaten auf Freiwillige angewiesen, und da ist es doppelt vorteilhaft, wenn die Freiwilligen gleich mit der wichtigsten Waffe umzugehen verstehen.

In Philadelphia fanden kürzlich die Wahlen für die Stadtbeamten statt. Der sozialistische Kandidat für das Bürgermeisteramt erhielt 1649 Stimmen, genau eine Stimme weniger als vor einem Jahre. Es bedeutet das einen ziemlich starken Rückgang gegen die Stimmen bei den Staatswahlen im November 1906, wo 2555 sozialistische Stimmen abgegeben wurden. Der Prozentsatz für unsere Partei ist in Philadelphia noch sehr gering. (Bei der letzten Wahl fielen für die Bürgermeisterkandidaten zusammen 230 220 Stimmen!)

## Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

### Achtung, Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Vereins!

Die am 3. d. M. vorgenommene Wahl von Bureauangestellten ergab folgendes Resultat: Gültige Stimmen sind abgegeben 7894. Es erhielten:

Horn	4982 Stimmen
Jacobson	4507 "
Mahle	4387 "
Wolfram	4320 "
Wans	4183 "

Die übrigen Kollegen haben die notwendige absolute Majorität nicht erreicht. Es muß deshalb für weitere drei Kollegen am 10. März Stichwahl stattfinden. Hierzu werden gemäß unseren Beschlüssen die vier Kollegen, welche die nächsthöchste Stimmenzahl bekommen haben, zugelassen. Es sind die Kollegen Geisler, Heinemann, Joseph und Hillekamp. Das Rätchen über die Stichwahlen wird im Informativteil des „Vorwärts“ bekannt gegeben. Die Drückverwaltung.

### Achtung, Metallarbeiter!

In Brüssel (Belgien) streiken seit vier Wochen die Arbeiter der Glockenschmiedfabriken. Wir ersuchen, den Zugang nach dort fernzuhalten.

Außerdem bitten wir um Mitteilung, wenn sich in irgend einem hiesigen Betriebe Streikarbeit für Brüssel zeigen sollte.

Deutscher Metallarbeiter-Verein.  
Ortsverwaltung Berlin.

**Rohrleger und Helfer!** Die Differenzen bei der Firma Volk u. Wittmer auf dem Bau den Linden, Ecke Pariser Platz, sind beigelegt und ist dort die Sperre aufgehoben.

Deutscher Metallarbeiter-Verein. Ortsverwaltung Berlin.

### Ein Erfolg der Lohnbewegung der Herrenmaschinisten.

Die Ortsverwaltung des Schneiderverbandes hatte gestern die Arbeitgeber, namentlich die nicht dem Arbeitgeberverbande angehörenden, zu einer Besprechung über die vorgelegten Lohnsätze eingeladen, die in den „Arminialhallen“ stattfand. Gegen 80 Arbeitgeber waren der Einladung gefolgt. Die Besprechung führte zu einem guten Ergebnis. Irgendwelche nennenswerte Opposition gegen die Tarifvorschläge der Arbeitnehmer trat nicht hervor. Das Bestreben nach Lohnserhöhung wurde als durchaus berechtigt anerkannt, und mehrere Arbeitgeber sprachen ihre Verwunderung darüber aus, daß der Arbeitgeberverband auf Grund der Forderungen nicht verhandeln will und sie als unerschwinglich und unerfüllbar bezeichnet. Die anwesenden Arbeitgeber erklärten sich bereit, die folgende Erklärung zu unterzeichnen:

„Der Unterzeichnete erkennt hiermit den Lohnsatz . . . Klasse in der vorliegenden Form für sich als rechtsverbindlich an.

Sollten an demselben etwaige Änderungen bei den gemeinschaftlichen Verhandlungen mit der hiesigen Ortsgruppe des Arbeitgeberverbandes vorgenommen werden, so erhält der Unterzeichnete den mit dem Arbeitgeberverband abgeschlossenen Tarif.

Für den Fall, daß wesentliche Veränderungen vorkommen sollten, haben in Bezug auf die Zuteilung in die Tarifklasse erneute Verhandlungen stattzufinden.“

Es wurde schließlich eine Kommission von Arbeitgebern der verschiedenen Tarifklassen gewählt, die über die Angelegenheit weiter beraten soll und in einer neuen Zusammenkunft der Arbeitgeber am Donnerstag Bericht erstatten wird. Von einem Teil der Anwesenden wurde die obige Erklärung sofort unterzeichnet.

### Das Aussperrungsverbot in Berlin.

Jetzt drohen auch die Unternehmer im Leitergerüstbau mit Aussperrung. Eine Generalversammlung des Vereins der Leitergerüst-Interessenten Berlins und Vorort tagte gestern abend im Prälaten, Alexanderplatz, in welcher die Forderungen der Arbeitnehmer den einzigen Punkt der Tagesordnung bildeten. Die langen Verhandlungen zeitigten den einstimmigen Beschluß, jede Lohnzulage abzulehnen. Sollten Streiks in einzelnen Betrieben ausbrechen, sind sämtliche Arbeiter in allen Betrieben auszusperrn.

### Terror.

Auf einem vom Holzarbeiter-Verbande gesperrten Bau in der Malmerstraße sind vier Einseher als Arbeitswillige beschäftigt. Ein ausgesperrter Tischler ging auf diesen Bau, gab sich den Anschein eines Arbeitstüchtigen und hatte so die Möglichkeit, mit einem der Leute ins Gespräch zu kommen. Mit ruhigen Worten suchte der Aussperrte dem Arbeitswilligen klar zu machen, daß es eine Schädigung der gemeinsamen Interessen sei, wenn die Einseher auf dem gesperrten Bau arbeiten. Dieser durchaus ruhige Mahnung an die Pflicht der Solidarität beantwortete der Arbeitswillige mit den Worten: „Geh weg oder ich schmeiße dich weg!“ Der Aussperrte sah ein, daß hier kein Reden half. In begreiflicher Bitterkeit rief er dem Arbeitswilligen zu: „Du bist ja nicht wert, daß Du erschossen wirst!“ Nun geriet der Arbeitswillige in maßlose Wut. Er schlug Lärm und schrie: „Kollegen, Kollegen! Hier ist einer, der uns erschießen will!“ Der Aussperrte hatte sich bereits zum Gehen gewandt. Vor der Tür holten ihn die vier Arbeitswilligen ein, stürzten mit erhobenen Armen — einer schwang einen Hammer — auf den Aussperrten und riefen aus Leibeskräften nach dem Bauherrn, immer verflüchend, hier sei einer, der sie erschießen wolle. Der Bauherr kam, wies die vier an, den Aussperrten so lange festzuhalten, bis ein Schutzmännchen zur Stelle. Mit rohen Häufeln wurde der Aussperrte gepackt und ins Gefängnis geschleppt. Der Bauherr kam in Begleitung eines Schutzmännchens angestürzt und wieder hieß es: „Hier ist einer, der uns erschießen will.“ Zum Glück für den bedrohten Aussperrten war der Schutzmännchen ein besonnenere Mann. Er fragte zunächst: Hat denn der Mann einen Revolver? Als eine Durchsuchung ergab, daß der Aussperrte nicht im Besitz einer Schusswaffe war, sagte der Schutzmännchen: Na, was wollen Sie denn von dem Mann? Der Aussperrte konnte seiner Wege gehen und die Sache war damit erledigt, wenigstens vorläufig, denn der mißhandelte Aussperrte wird nunmehr eine Anzeige gegen seine Reingeren erstatten, die ihn der Freiheit herab, beleidigt und geschlagen haben. Es wird sich zeigen, welche Stellung die Staatsanwaltschaft, die gegen streikende Arbeiter stets schnell und forsch vorgeht, in diesem Falle den Arbeitswilligen gegenüber einnimmt.

Das „gedehliche Verhältnis“ im Arbeitsnachweis der Glaser.

Die bekannte Streiksache über die Geschäftsordnung des paritätischen Arbeitsnachweises für das Glasergewerbe fand gestern vorantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Informativteil vorantw.;

endlich vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts ihre Erledigung, jedoch nicht in der Weise, wie es das Kuratorium vor acht Tagen vorge schlagen hatte. Wohl hatten die Arbeitnehmer die Vorschläge des Kuratoriums, wonach der § 9 der Geschäftsordnung für die Innungen nicht mehr gelten sollte, die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes jedoch den unverfärgten Tarifvertrag einzeln unterschreiben sollten, anerkannt, aber die Generalversammlung des Verbandes der Glaserien und verwandter Gewerbe hatte diese Vorschläge abgelehnt, und zwar einstimmig, wie der Vorsitzende des Verbandes Herr Köhlich vor dem Einigungsamt erklärte.

Auffallend war es, in welcher Weise die Kuratoriumsvorschläge den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes von ihren Vertretern bekanntgegeben worden waren, nämlich so:

Die Vorberhandlungen im Kuratorium des Arbeitsnachweises bezüglich des § 9 des Regulativs haben folgendes in Vorschlag gebracht:

Der Arbeitgeberverband soll während der Dauer des geschlossenen Lohnvertrages unter Anerkennung des § 9 seine Arbeitskräfte von dem Arbeitsnachweis, welcher nach der Formannstraße verlegt wird, ausschließlich beziehen.

Es sollen ferner die Mitglieder des Verbandes sich durch Unterschrift verpflichten, keine andere Arbeitsnachweiskeule zum Bezuge von Arbeitskräften zu benutzen.

Die Innung dagegen soll berechtigt sein, sich einen neuen Arbeitsnachweis zu gründen, in welchem die unorganisierten Gesellen vermittelt werden.“

Diese Sätze entsprachen, wie auch der Vorsitzende des Einigungsamtes Dr. Prerauer hervorhob, keineswegs den vom Kuratorium gemachten Vorschlägen. Wohl steht im Tarifvertrag, den die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes einzeln unterzeichnen sollten, daß die Arbeitgeber sich verpflichten, Arbeitskräfte nur durch Vermittelung des Nachweises zu beziehen, jedoch „mit Ausnahme der Werkführer“, und ferner wird im § 12, bei Zustimmung des Kuratoriums, auch das Annoncieren zugelassen, wenn im Nachweis nicht mehr genügend Arbeitskräfte verzeichnet sind. Nach dem sonderbaren Bericht, den sie von ihren Vertretern erhalten hatten, mußten die Arbeitgeber aber annehmen, daß sie nun ganz ausschließlich und unter allen Umständen an den Nachweis gebunden sein sollten. Das konnte natürlich die, offenbar gewünschte, Wirkung nicht verfehlen. Indem die Arbeitgeber in ihrer Generalversammlung die Kuratoriumsvorschläge ablehnten, folgten sie einem Beschluß ihres Vorstandes, und dieser Vorstandesbeschluß wurde dem Gehilfenvertreter Jahn von Herrn Köhlich wie folgt mitgeteilt:

„Wenn bei den Verhandlungen des Lohnvertrages feinerzeit beräumt worden ist, die einzelnen Paragraphen des Regulativs im Plenum durchzuerörtern, und die Aufsichtsbehörde jetzt mit dem Bescheide des Oberpräsidenten die Ausführung des § 9 unterlagert, vielmehr überschreibt, um ein gedehliches Verhältnis herzustellen, also d. h. ohne Unterschied „ob organisiert oder unorganisiert“ zu vermitteln, so will der Arbeitgeberverband sich nicht als einzelnen stehende Gruppe der vertragsstehenden drei Körperschaften hinstellen lassen und die Hand dazu bieten, alle die unliebamen Folgen heraufzubeschwören, welche zwei Arbeitsnachweise mit sich führen, wie es vor dem Vertragsabschluss die Erfahrung gelehrt hat.“

Der Vorstand hält fest daran, und wird das Einverständnis seiner Mitglieder in einer demnächstigen Generalversammlung einholen, nicht Einzelbestimmungen des mit den Innungen zusammen abgeschlossenen Vertrages einzugehen oder zu übernehmen, vielmehr geschlossen mit denselben den Vertrag zu halten und sich gleichfalls die Vorschriften der Aufsichtsbehörde zu eigen machen. Sollte die Gesellenorganisation sich dieser Ansicht nicht anschließen können und beharrt sie auf Erfüllung des § 9, so geben wir anheim, den Lohnvertrag jetzt schon wieder zu kündigen.“

Diesem etwas davorstehenden Sätzen entsprach die Haltung der Arbeitgebervertreter vor dem Einigungsamt. Einmal über das andere erklärten sie, daß sie den Tarifvertrag „voll und ganz“ erfüllen wollten, wie er am 23. August 1906 abgeschlossen worden sei, aber ebenso hartnäckig lehnte der Nachsah wieder, daß sie die bekannte Bestimmung des § 9 gestrichen wissen wollten und sich an die Entscheidung des Oberpräsidenten gebunden fühlten, obwohl es doch oft genug gesagt worden war, daß diese Entscheidung für den Arbeitgeberverband keine Geltung hat. Bei dieser unersöhnlichen Haltung der Arbeitgeber konnten die Verhandlungen selbst natürlich zu keinem Ergebnis führen. Sie fühlten sich bei der großen Arbeitslosigkeit, unter der jetzt die Gehilfenschaft zu leiden hat, viel zu stark, um den Tarifvertrag wirklich „voll und ganz“ ausrechtzuhalten. Nach längeren Beratungen der Parteien mit ihren Vertretern im Einigungsamt kam jedoch folgender Vergleich zustande, der von den Parteien unterzeichnet wurde:

Die Parteien sind miteinander einverstanden, daß im § 9 der Geschäftsordnung des paritätischen Arbeitsnachweises der Satz: „In erster Linie werden die Arbeitgeber und Arbeitnehmer der vordem genannten Organisationen berückichtigt“ gestrichen wird. Die Parteien sind ferner einig, daß am 18. März 1907 der paritätische Arbeitsnachweis nach den Räumen des Zentralarbeitsnachweises in der Gormann- und Rüdertstraße verlegt wird und folgende Bezeichnung erhält: „Paritätischer Facharbeitsnachweis für das Glasergewerbe und diesem verwandte Berufe zu Groß-Berlin, des Verbandes der Glaserien und verwandter Gewerbe von Berlin und den Vororten, der Innungen zu Berlin und Charlottenburg und des Zentralverbandes der Glaser.“

Die Arbeitgeber des Glasergewerbes haben also mit Hilfe des Eingriffes der Gewerbe-Deputation in den Tarifvertrag und der Entscheidung des Oberpräsidenten, sowie begünstigt durch die schlechte Konjunktur ihr Ziel gewissermaßen erreicht. Aber schwerlich wird das berühmte „gedehliche Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen“ auf die Dauer gefördert werden dadurch, daß sie die ihnen günstige Zeit ausnützen, den Tarifvertrag zu brechen und der Gehilfenschaft ihren Willen gleichsam aufzuzwingen.

### Die Frage der Verschmelzung des Stukkateurverbandes mit dem Maurerverband

wurde am Montag in einer Mitgliederversammlung des Stukkateurverbandes diskutiert. Wie der Präsidialvorsitzende Krebs ausführte, hat der in Leipzig abgehaltene Verbandstag der Stukkateure einen Beschluß gefaßt, der sich für die Einleitung von Verschmelzungsverhandlungen mit dem Verbandsvorstand der Maurer ausdrückt und die Verschmelzung unter gewissen Voraussetzungen befürwortet. Im Hinblick auf diesen Verbandstagsbeschluß solle nun die Verschmelzungsfrage erörtert werden. Im einzelnen führte der Redner aus, daß einerseits die nahe Verwandtschaft der beiden Berufe, das Zueinandergreifen der Arbeiten, sowie andererseits der Zusammenfassung der Unternehmer im Baugewerbe zu großen Organisationen für die Verschmelzung der beiden Berufsgruppen im Maurerverband spreche. Namens der Ortsverwaltung empfahl der Redner folgenden Antrag: Die Filiale Berlin des Verbandes der Stukkateure stimmt einer Verschmelzung mit dem Verband der Maurer zu, sofern folgende Grundbedingungen beim Uebertritt zugesichert werden: 1. Selbständige Sektionsleitung mit Zahlstelleneinrichtung. 2. Anerkennung des zurzeit einer Verschmelzung bestehenden Filialfonds als selbständigen Massenbestand der Sektion. 3. Selbständige Entscheidung zwischen Akkord- oder Lohnarbeitsmethode nach eigenem Entschluß, sowie überhaupt freie Bestimmung über alle sonstigen Arbeitsbedingungen. Nach eingehender Diskussion wurde der Antrag angenommen. — Ferner beschloß die Versammlung, daß mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse im Stukkateurberuf vom 5. März an bei unterglasten Fenstern gearbeitet werden darf.

Die Gefährlichkeit der arbeitswilligen Chauffeure

für das Publikum ist durch eine Reihe von Unfällen in den letzten Tagen in ein scharfes Licht gestellt worden. Außer dem von

und gemeldeten Fall am Wittenbergplatz ist am Sonntag am Zoologischen Garten ein Brautpaar von einem Bedagfahrer überfahren worden, und in der Nacht zum Montag fiel eine Frau der Ungeschicklichkeit eines Arbeitswilligen von der Firma Durmeister zum Opfer. Die ausgesperrten haben wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die Charlottenburger Polizei die Fahrschule, die dort zu ihrem Gebiet gehört, in einer Weise begünstigt, welche geeignet ist, die Sicherheit des Publikums zu gefährden. In jener Fahrschule werden mit großem Eifer Arbeitswillige ausgebildet und ihre Ausbildung ist gewöhnlich eine sehr mangelhafte. Die Polizei, die in Berlin in solchen Dingen sehr streng ist, läßt in Charlottenburg den mangelhaft ausgebildeten Fahrern gegenüber große Nachsicht und läßt sich um einen Fahrschein nicht lange bitten. Daß im Interesse der Verkehrssicherheit hier eine strenge und genaue Prüfung eines neuen Autoführers vorgenommen werden sollte, ist das Publikum berechtigt zu verlangen.

Am Dienstagmorgen ist ein Mann am Schöneberger Ufer von dem Wagen 609 der Firma Durmeister überfahren worden. Der schwer verletzte Mann wurde nach der Charité gebracht, wo er bald darauf verstarb. Auch hier handelte es sich um einen Arbeitswilligen, der sich damit zu entschuldigen suchte, daß die Bremse nicht funktioniert habe. Es zeigte sich jedoch, daß die Bremse in Ordnung war und die Schuld den Arbeitswilligen trifft. Die geliebten Fahrer sperren mon aus und ungeübt, die für das Publikum geradezu eine Gefahr bedeuten, werden angestellt. —

### Achtung, Schuhmacher!

Die Arbeiterschaft der Firma Haase u. Bruh in Nowabes bei Potsdam hat den abgeschlossenen Tarif vom 1. April 1907 gekündigt. Forderung: Neunstundentag. Lohnserhöhung. Wir bitten, dies zu beachten! Die Ortsverwaltung.

### Achtung, Kleber! gesperrt sind:

Wagner, Linienstraße, Bau Pariserstr. 19 (Kaiser).  
Völligke, Oranienstr. 187; Bauten: Schivelbeinerstraße 16/17; Wilmersdorferstr. 78; Leipzigerstr. 109; Karlshorst, Köpenicker- und Trebbow-Allee Ecke; Bau Schön, Arminiusplatz.  
Brand, Südende, Bau Horkstraße Bonifazius-Gemeinde.  
Dehmel, Göbenstr. 2; Bau Richterfelde, Fortunastraße.  
Küller, Kochowstraße; Bauten: Tempelhof, Borussiastraße 7-9, Westend, Häfelerstr. 1-4 und 10, Charlottenburg, Steimplatz 4, Wilmersdorfer, Rainerstr. 23.  
Schmarbeck, Landgrafenstraße; Bau Pariserstraße Ecke Leibnizstraße.  
Steinhorn, Dresdenerstr. 84; Bauten: Zehlendorf, Goethestraße; Berlin, Urbanstr. 63.

Müller, Winterfeldstr. 17; Bau Bismardstr. 115.

Schmidt, Friedenau; Bau Cranachstr. 15 und Wenzelstraße 24/25.

Klatt, Simeonstraße; Bauten: Bornholmerstraße Ecke Schönhauser Allee; Westend, Häfelerstraße, Genossenschaftsbaus.

Die Sperre über die Bauten der Firma Schulz, Oberschöne-weide, ist aufgehoben. Die Verbandsleitung.

Die Berliner Wirker und Stricker wollen in eine Lohnbewegung eintreten. Die überaus und andauernd günstige Konjunktur, das verständige Verhalten einzelner Unternehmer und vorwiegend aber der vorzügliche Stand der Organisation zeitigten unter Rücksichtnahme auf die bestehende Lebensmittelteuerung und den stabil gebliebenen niedrigen Lohn diesen Beschluß. Die Vorbereitungen dazu nahen sich ihrem Abschluß und wird die Arbeiterschaft der Betriebe resp. die Organisationsleitung dann mit den Fabrikanten in Verbindung treten. Die Erfolge der Berufs Kollegen in der Provinz, denen die großstädtische Arbeiterschaft bedauerlicherweise in mancher Beziehung nachsteht, machen dies Vorgehen zu einer absoluten Notwendigkeit. Die Löhne sind im allgemeinen zu niedrig, in der Strumpffabrikindustrie aber geradezu jämmerlich.

### Deutsches Reich.

Die Damenschneider aus Elberfeld und Barmen sind in eine Lohnbewegung eingetreten; sie haben ihren Firmen bereits einen Tarifvertrag vorgelegt.

Die Holzarbeiter von Barmen sind in eine Lohnbewegung eingetreten. In einer stark besuchten Versammlung der drei Verbände, des Holzarbeiter-Verbandes, des Hirsch-Dunderschen Gewerkevereins und des christlichen Holzarbeiter-Verbandes wurden folgende Forderungen aufgestellt: Neunstündige Arbeitszeit bei gleichem Lohn; die Mittagspause soll 1½ Stunden betragen; die ersten zwei Ueberstunden (abends von 6 bis 8 Uhr) sollen mit 25 Proz. weitere Ueberstunden, Sonn- und Feiertagsarbeit mit 50 Proz. Zuschlag vergütet werden; auswärtige Montage soll mit mindestens 2,50 M. pro Tag vergütet werden, Fahrgehalt soll für Billets dritter Klasse bewilligt und die Fahrzeit als Ueberstunden berechnet werden; Montage innerhalb der Stadt unterliegt der freien Vereinbarung. Die Forderungen wurden den Arbeitgebern mit dem Ersuchen überreicht, bis spätestens zum 9. März zu antworten. Wenn die Forderungen abgelehnt werden, soll der Ausstand erklärt werden.

### Ausland.

Die Hafnarbeiter von Triest beschloßen mit Rücksicht darauf, daß sie den Streik als Protest gegen die widerrechtlich auftretenden Privatunternehmer proklamiert haben, jedoch deshalb nicht das ganze Handelsleben schädigen wollen, und weiter mit Bezug auf die den Kohlenverladern seitens der Handelskammer gemachten Zusicherung, daß die Kohlenhändler nach Lösung der bestehenden Verträge nur die Genossenschaft der Kohlenverlader berücksichtigen werden, die Arbeit wieder aufnehmen. Gestern früh begaben sich auch die Hafnarbeiter zur Arbeit; als sie aber bemerkten, daß die Kohlenverlader, die nach wie vor die Entfernung des Unternehmers Vobar verlangen, die Arbeit nicht aufgenommen hatten, verließen auch alle Hafnarbeiter wieder die Arbeit und begaben sich ins Volkshaus. Es verlautet, daß die Hafnarbeiter die Arbeit wieder aufnehmen werden.

Ein Ausstand der Schriftsetzer ist in Moskau ausgebrochen. In den größten Druckerien sind die Streikenden sofort abgelohnt worden.

### Die Polizei als „Friedenshüterin“.

Dreihundert ausländische Maurer in Madrid versuchten Arbeitstüchtigen zur Einstellung der Arbeit zu bewegen. Als Gendarmen dazu kamen; erfolgte ein Zusammenstoß, in dessen Verlauf ein Ausländer durch Schüsse getötet und mehrere andere verwundet wurden.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Neue Fälle von Genickstarre.

Rln, 5. März. (B. L. B.) Bei vier Soldaten des 7. Fußartillerie-Regiments, die ins Garnisonlazarett gebracht worden sind, ist amtlich Genickstarre festgestellt worden. Einer der Kranken ist bereits gestorben. Ein neuer Erkrankungsfall wurde heute bei einem Soldaten des 65. Infanterie-Regiments festgestellt.

Rln, 5. März. (B. L. B.) In Elberfeld wurde, wie die „Nölnische Volkszeitung“ meldet, im Kinderheim ein Fall von Genickstarre festgestellt.

Reichstag.

10. Sitzung vom Dienstag, den 5. März 1907, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: v. Stengel, Dernburg, Graf Posadowsky.

Abg. Dr. Paasche (natl.): Das Zentrum ist während des Wahlkampfes leider nicht dem erfahrenen Parlamentarier Freiherrn v. Hertling gefolgt... (Große Heiterkeit.)

Abg. v. Kröcher (l.): Herrn David gegenüber bemerke ich, ich habe mich nicht für die Befreiung des Reichstagswahlrechts ausgesprochen... (Große Heiterkeit.)

Abg. Erzberger (z.): Herrn Paasches Vorwürfe gegen uns laufen darauf hinaus, daß wir den Vorlagen der Regierung nicht sofort mit dreimaligem Hurra! zustimmen... (Große Heiterkeit.)

Chef der Reichskanzlei v. Löbel: Herr Abg. Müller-Sagan hat sein Material dem Reichskanzler übergeben und um eine Untersuchung gebeten... (Große Heiterkeit.)

Kriterien eines harmlosen Wanderers zutreffen. Wenn Sie objektiv prüfen, werden Sie mich von jeder Schuld freisprechen... (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Neumann-Doster (Hosp. d. fr. Bg.): Ich will hier die Behauptung des Abg. v. Kröcher zurückweisen, daß nur die Sozialdemokraten das beurteilen, was Herr v. Kröcher „behördliche Beeinflussungen“ nennt... (Große Heiterkeit.)

Abg. Gamp (Rp.) verbreitet sich zunächst, auf der Tribüne zum Teil unverständlich, über die Frage des Reichsdiskonts... (Stürmischer Beifall links und im Zentrum.)

Staatssekretär Graf Posadowsky stellt gegenüber dem Abg. Gamp nochmals fest, daß die sozialpolitischen Bundesratsberatungen nach sorgfältiger Vernehmung der betr. Verwaltungs- und Regierungsbehörden, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer erfolgen... (Beifall bei den Polen, im Zentrum und links.)

Abg. Fürst Radziwiłł (Pole) bedauert, daß Staatssekretär Graf Posadowsky sich dazu hergegeben habe, die Polenpolitik der preussischen Regierung zu verteidigen... (Beifall bei den Polen, im Zentrum und links.)

Hiermit schließt die Beratung. Der Etat geht nach gemeinsamem Antrage sämtlicher Fraktionen in die Budgetkommission.

Zu Mitgliedern der Reichsschuldenkommission werden auf Antrag Graf Pompej (z.) per Akklamation gewählt die Abg. Ortel (natl.), Schmidt-Warburg (z.), Erzberger (z.), Henning (l.), Rugdan (fr. Bp.), Dr. Arendt (Rp.).

Darauf wird die erste Lesung der Vorlage über die Vornahme einer Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1907 vorgenommen.

Abg. Dröschner (l.): Aus den grotesken Alpen der Staatsberatung begeben wir uns jetzt in die nächstern, aber darum nicht unschöne Heidebläuelhaftigkeit einer statistischen Vorlage... (Große Heiterkeit.)

Abg. Determann (fr. Bp.): Ich habe namens meiner Freunde zu erklären, daß wir dem Gesetzentwurf zustimmen werden... (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Graf Posadowsky teilt mit, daß dem Hause unverzüglich eine Anzahl von Erhebungsformularen zugehen werde, womit den Wünschen zahlreicher Abgeordneter entsprochen sein dürfte.

Abg. Stresemann (natl.): Mit dem Kollegen Dröschner bin ich darin einverstanden, daß die Erhebungen möglichst genau und umfangreich gestaltet werden, ohne daß auf die Kosten dabei Rücksicht genommen wird... (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Trimborn (z.): Auch wir bedauern, daß uns die Fragebogen nicht mitgeteilt sind; denn ohne sie ist die ganze Angelegenheit kaum zu diskutieren... (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Hoch (Soz.):

Auch die sozialdemokratische Fraktion möchte eine Kommissionsberatung. In der Kommission möchte zunächst festgestellt werden, innerhalb welcher Zwischensumme die Berufszählung stattfinden soll... (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Bevollmächtigter zum Bundesrat Geheimrat van der Borcht: Es war immer das Bestreben, die Arbeitslosenzählungen im Verein mit den Organisationen der Unternehmer und Arbeiter auszuführen... (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schad (Wirtsch. Bg.): Die beruflichen Organisationen sind zwar nicht nach ihren Wünschen usw. betreffend die Berufszählung offiziell gefragt worden; sie haben aber Gelegenheit gehabt... (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident des Statistischen Amtes van der Borcht (auf der Tribüne fast völlig unverständlich) scheint auf Ausführungen des Vorredners einzugehen.

Abg. v. Saff-Jaworski (Pole) polemisiert gegen Ausführungen des Abg. Dröschner.

Abg. Hoch (Soz.): Die Gewerkschaften haben nicht auf das Beispiel des nationalen Handlungsgehilfenverbandes gewartet, um ihre Wünsche in bezug auf die Berufszählung in Broschüren, Versammlungen usw. ausgiebig zum Ausdruck zu bringen... (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hiermit schließt die Debatte. Die Vorlage wird mit großer Mehrheit — Zentrum, Wirtschaftliche Vereinigung und gesamte Linke — an eine 14gliedrige Kommission verwiesen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Erste Lesung der kolonialen Reichsgesetze.)

Schluß 5 1/2 Uhr.

# Abgeordnetenhaus.

26. Sitzung vom Dienstag, den 5. März 1907, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerische: Frhr. v. Rheinbaben, Dr. v. Studt.  
Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation Winkler (L.), betreffend die Verbesserung der Besoldungs- und Aufgehaltverhältnisse der evangelischen Geistlichen.

Kultusminister Dr. v. Studt erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. Winkler (L.) begründet die Interpellation. Die Pfarren haben stets eine große Bescheidenheit an den Tag gelegt. Das Ruhegehaltswesen muß neben der Besoldung in allen Landeskirchen neu geregelt werden. Eine finanzielle Beihilfe des Staates ist unbedingt nötig.

Kultusminister Dr. v. Studt: Für die Geistlichen sind seit 1898 schon mancherlei Verbesserungen erfolgt. Gleichwohl verheißt sich die Regierung nicht, daß das Einkommen unter den heutigen Verhältnissen nicht ausreichend ist und einer weiteren Aufbesserung bedarf. Der Staat wird nicht umhin können, diese Reform zu fördern. Diese Auffassung wird auch vom Finanzminister geteilt. (Beifall.) Die Aufbesserung ist aber in erster Linie Sache der Gemeinden, deren Besteuerungsrecht zu diesem Zwecke erweitert werden soll. Die Regierung denkt nicht daran, dabei etwa in die Selbständigkeit der Landeskirchen einzugreifen.

Abg. Dr. Porst (Z.) bittet, auch die katholischen Geistlichen besser zu stellen.

Kultusminister Dr. v. Studt sagt dies zu.

Abg. Dippe (natl.): Wir werden die Suppe, die der Herr Kultusminister heute eingedreht hat, gern ausessen. (Beifall.) Gerade angesichts der materiellen Strömung unserer Zeit gewinnt die Besserstellung der für das Geistesleben des Volkes so bedeutsamen Geistlichen

eine erhöhte Bedeutung. (Bravo!)

Abg. Dr. Kowald (L.) unterstützt das Verlangen der Interpellation: Der Klerus der Geistlichen sei ein besonders dringender. Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Graf Wartensleben (L.), Dr. Priebe (natl.) und Graf Cramer (L.) wird ein Antrag auf Schluß der Besprechung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Etats der direkten Steuern.

Abg. Wichmann (natl.) bittet um Schaffung einer neuen Landmesserordnung.

Abg. Defer (Hsp. d. fr. Sp.) fordert Besserstellung der Bureauhilfsarbeiter bei den Einkommensteuerveranlagungs-Kommissionen.

Abg. Werner (Ant.) verlangt bessere Besoldung der Supernumerare bei den Einkommensteuerveranlagungs-Kommissionen.

Der Etat wird bewilligt.

Es folgt der Etat des Finanzministeriums, dessen Titel nach unwesentlicher Debatte bewilligt werden.

Beim Ausgabebetitel „Gehalt des Ministers“ beklagt

Abg. Dr. Nigerski (Pole), daß die widerruflichen Zulagen an die Beamten im Osten ständig erhöht würden, dagegen an Prämien für Beamte, die Polnisch lernen wollten, nur 3000 W. aufgewendet würden.

Abg. Dr. v. Böttlinger (natl.) bittet, die Offenlegung der Einkommensteuerlisten zu befechtigen.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Vielleicht kann man den Mißbräuchen, die sich durch die Offenlegung der Listen ergeben, dadurch entgegen wirken, daß man die Einsichtnahme durch einen Beamten vornehmen läßt.

Abg. Hüveler (Z.) begründet einen Antrag, der verlangt, daß bei Einführung einer Versteuer des Grund und Bodens in den Gemeinden für Grundstücke, welche dauernd land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken zu dienen bestimmt sind, nur der Extragswert zugrunde gelegt wird.

Ein Regierungskommissar empfiehlt statt „nur“ zu setzen „in der Regel“. Bei der Genehmigung künftiger Steuerordnungen könne der Minister den Gemeinden einen Wink im Sinne des Antrages geben.

In dem Antrag Hüveler wird darauf auf Vorschlag des Abg. v. Arnim (L.) das Wort „nur“ durch „in der Regel“ ersetzt und der Antrag mit dieser Änderung angenommen.

Die Dispositionsfonds zur Förderung des Deutschturns im Osten werden bewilligt, nachdem Abg. Dr. Crüger (fr. Sp.) sich namens seiner Partei gegen diese Fonds ausgesprochen hat.

Beim Titel „Erwerb und Erschließung des Univallungsgeländes der Stadt Posen“ erklärt

Abg. Dr. Crüger (fr. Sp.): Der Staat will hier einen Versuch mit dem Erbbaurecht machen, das man in England nach jahrhundertlangen Erfahrungen abgestoßen im Begriffe ist. Jemand, der sich auf dem Terrain ein Haus errichtet, will doch aber dauernd darüber verfügen und nicht nur für einen beschränkten Zeitraum. (Sehr richtig! links.) Meine Freunde müssen diese Position ablehnen. (Beifall links.)

Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben: Die Engländer haben sich des Erbbaurechts mit vollem Vorbedacht und gutem Erfolge bedient. Es haben sich Vereine von jüdischen Besitzern und andere Verbände in Posen zusammengesetzt, um ein Kreditinstitut zu schaffen. Diesem Institut sollte doch Dr. Crüger mit Vertrauen begegnen.

Die Forderung wird bewilligt.  
Die erste Rate für die Verlegung des Oberpräsidiums und des Provinzialhochschulcollegiums von Schleswig nach Kiel wird abgelehnt.  
Der Etat wird bewilligt.  
Damit ist die Tagesordnung erschöpft.  
Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Eisenbahnetat.)  
Schluß 5/4 Uhr.

## Eine Beschwerde.

Uns wird aus Königsberg vom 4. März geschrieben: Es ist noch nicht die schlimmste und verwerflichste Methode, die eine Anzahl Genossen seit langer Zeit anwenden, um die sozialdemokratische Partei — der sie leider immer noch angehören dürfen — zu bekämpfen, indem sie den Gegnern fortgesetzt Material und Waffen gegen die Sozialdemokratie liefern. Das Organ dieser Leute, die „Neue Gesellschaft“, liefert nicht nur den Gegnern die Munition zu der Winterecke, die unausgeseht an der Sozialdemokratie ausgeübt wird, sondern dieses Wochenblatt trachtet nach echt kapitalistischem Brauch, noch recht großen pekuniären Nutzen aus dieser Taktik herauszuschlagen.

Und zwar nimmt der Verlag dieses Organs nicht etwa die Massen unserer Gegner, denen es ja in erster Linie dient, dazu in Anspruch, sondern es werden in neuerer Zeit die mit vieler Mühe gegründeten Organisationen und die kaum gewonnenen Vertrauensleute der zurückgebliebensten Agitationsbezirke der Partei unter Mißbrauch des Namens der letzteren veranlaßt, Propaganda für die „Neue Gesellschaft“ zu machen und ihr zahlende Abonnenten zu verschaffen. Zwar ist der Verlag — was eigentlich zu verwundern ist bei seiner geschäftlichen Verfaßtheit — noch nicht im Besitz der Adressen aller Organisationsleiter und Vertrauensleute der Partei im Reich. Aber während des Wahlkampfes sind ja genug Adressen bekannt geworden, an die sich der Verlag mit Zirkularen und Probenummern wendet. Bis in die entlegensten Kreise Ostpreußens werden sie verschickt. Adressiert werden sie z. B. einfach an „den sozialdemokratischen Kreisverein Königsberg“, oder an „den sozialdemokratischen Verein Insterburg“. Die Post wird schon finden, sagt sich der kundige Geschäftsmann. Und die Post findet, besonders in kleinen Städten und auf großen Dörfern, schon immer den fast einzigen bekannten, öffentlich hervortretenden sozialdemokratischen Vertrauensmann oder Gewerkschaftsführer heraus, den sie für den Adressaten hält. In der als Druckfache versendeten Nummer der „Neuen Gesellschaft“ befindet sich ein Zirkular, in dem auf die vielen berühmten sozialdemokratischen Mitarbeiter hingewiesen und es als Pflicht jedes Genossen bezeichnet wird, zur Aufklärung der indifferenteren Massen beizutragen, indem er

für eifrige Verbreitung der „Neuen Gesellschaft“ sorgt. Auch für den Fall, daß diese Probenummer nicht an die richtige Adresse gelangt, ist gesorgt worden von dem geschäftskundigen Verlag. Es ist eine vorgedruckte, an den Verlag adressierte Postkarte beigefügt, auf der der Empfänger eine andere Person angeben soll, welche die Verbreitung der „Neuen Gesellschaft“ (pro Nummer 10 Pf.) in die Hand nehmen soll. Der Verlag läßt den Vertrauensmann oder Gewerkschaftsleiter an jeder Nummer 4 Pf. ohne jedes Risiko verdienen, denn alle nicht abgesetzten Nummern werden wieder zurückgenommen.

Wer nun unsere ost- und westpreussischen Parteiverhältnisse kennt, der wird erkennen können, welche eine Gefahr unseren jungen Organisationen in den rückständigen ostelbischen Wahlkreisen droht, wenn diese das Parteileben in den vorgeschrittenen Bezirken schon vergiftende revisionistische Literatur hier, zum Teil auch der kleinen pekuniären Vorteile für die Verbreiter wegen, eingeführt wird.

Die vorgeschrittenen, aufgeklärten Genossen werden sich über die Angriffe auf die Taktik der Partei ärgern und werden ihrem Herzen in Wort und Schrift in geeigneter Weise Luft machen, dabei freilich unseren Gegnern die denkbar größte Freude bereiten. Aber sehr viel schlimmer ist es, wenn politisch ungeschulte laum für die Partei gewonnene Genossen, die noch nicht mal für eine ihren Verhältnissen zu teure sozialdemokratische Zeitung zu haben sind, nun dieses mit sozialdemokratischer Tendenz-Zielbild geschnitzte Heft für 10 Pfennig angepriesen erhalten, es kaufen und lesen.

Diese ungeschulten Genossen oder solche, die es erst werden wollen, bekommen die „Neue Gesellschaft“ in die Hand und lesen die Artikel gegen die Taktik der Partei, gegen das sozialdemokratische Zentralorgan und gegen alles, was sie sich erst eben mühsam als Inbegriff der Sozialdemokratie angeeignet haben.

Wir glauben bisher, wir würden vom sogenannten Revisionismus mit all seinen ihn begleitenden unangenehmen Folgen in Ostpreußen verschont bleiben. Wir haben uns leider getäuscht und wir müssen nun Abwehrmittel gebrauchen, die im politischen Kampf ungewöhnlich und nur in äußerster Not angewendet werden, wenn die zuständigen Parteinstanzen nun nicht bald mit dieser Gesellschaft, die sich schon selbst nicht mehr ehrlich zur Partei gehörig rechnen kann, aufräumt. Sind die Verfasser und die Herausgeber der besagten Artikel keine Sozialdemokraten mehr, dann mögen sie kommen, wir werden mit ihnen abrechnen und sie unschädlich machen. So aber müssen wir mit gebundenen Armen zusehen, wie man unserer schwierigen Aufklärungsarbeit hemmend entgegen tritt, wie man uns im Namen der Partei Anspitzel zwischen die Weine wirft, die noch ungeschulten Köpfe verwirrt und Parteidisziplin nicht aufkommen läßt.

Die Genossen Berlins und anderer Gegenden werden uns vielleicht zu großer Kengstlichkeit oder der Uebertreibung ziehen. Aber wer den reinigen Boden kennt, auf dem wir hier adern müssen, der wird mit uns einstimmen müssen in den Ruf: „Hinaus aus der Partei, wem es darin nicht mehr gefällt.“  
Germann Linde.

## Aus der Partei.

### Parteiliteratur.

Die Sozialdemokratie im Lichte der Kulturentwicklung. Eine Fährung durch die sozialdemokratische Bewegung und Literatur von Paul Kampffmeier. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 1,20 M.

In kurzen, übersichtlichen Kapiteln bietet der Verfasser einen Fährer durch die sozialdemokratische Bewegung, dem zugleich eine Anweisung für das Studium der sozialdemokratischen Literatur beigefügt ist. Die sechste herausgegebene dritte vermehrte Auflage schildert die aufsteigende Kulturabewegung der Arbeiterklasse in folgenden Kapiteln:

Die Erweckung des proletarischen Klassenbewußtseins — Die Organisation der proletarischen Klassenbewegung — Die Begründung des Sozialismus durch Marx — Die politische Schulung der Arbeitermassen — Fährung durch die sozialdemokratische Literatur. — Nachwort.

Jedermann, der sich mit dem Studium der sozialdemokratischen Geschichte und Literatur befassen will, findet hier sehr wichtige Fingerzeige, ganz besonders sei die Broschüre jedem Arbeiter empfohlen, der in die Lehren des Sozialismus eindringen will. Die Buchhandlung Vorwärts hat, um die Broschüre weitesten Kreisen zugänglich zu machen, eine Agitationsausgabe zu 0,50 M. herausgegeben, die an Vereine und Gewerkschaften bei Parteiduzug zu noch bedeutend ermäßigtem Preis abgegeben wird.

Die Sozialdemokratie und die Wahlen zum deutschen Reichstage. Unter diesem Titel erscheint in wenigen Tagen im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, eine vergleichende Statistik der Ergebnisse der Reichstagswahlen des Jahres 1903 und 1907. Die Broschüre wird eingeleitet durch einen geschichtlichen Ueberblick über die Entwicklung der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen seit 1871.

Sie enthält ferner:

Ein Verzeichnis aller Wahlkreise, die zurzeit sozialdemokratisch vertreten sind oder schon einmal sozialdemokratisch vertreten waren; die sozialdemokratischen Abgeordneten und ihre Wahlkreise; biographische Notizen über die früheren und jetzigen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten.

Die österreichische Märzschrift 1907 gelangte soeben im Verlage der Wiener Volksbuchhandlung Jganz Brand, Wien VI, Gumpendorferstraße 18, zur Ausgabe. Sie ist auf den Wahlkampf, den ersten, den unsere österreichischen Genossen unter dem gleichen Wahlrecht führen, abgemittelt und spiegelt ihre stolze Freude über den Wahlerfolg und ihre Zuversicht auf den Sieg in der Wahlkampf wieder. Blüh und blüh wie das lorbeerumkränzte Schwert der „Siegesgöttin“ (Titelbild von Karl Jewy) ist auch das Schwert, mit dem das sozialdemokratische Proletariat seine Rättage 1907 feiern wird. „Wir wollen wacker vorwärts geh'n“, das ist das Mahnwort der Festschrift. H. Kessel schrieb eine begeisterte Erzählung: „Ein anderer März“. S. Koff den geschichtlichen Rückblick „Vom Schwinder bis zum Franzensring“, Otto Bauer einen Aufsatz „1848“, J. Bill einen Artikel „Kriegsträfte der Revolutionen“. Ein Vorbild von Karl Jewy feiert „die erste gleiche Wahl“. — Die Festschrift kostet 20 Heller.

Das Parteifekretariat für Westpreußen befindet sich in Danzig. Alle Zuschriften, welche westpreussische Parteiangelegenheiten betreffen, sind zu richten an den Genossen Artur Crispian, Danzig, Langfuhr, Poststr. 11 L.

Der erste sozialdemokratische Gemeinderatswahltag nach der Reichstagswahl. In Zudau, einem Dorfe bei Werdau (Sachsen) mit 5000 Einwohnern, fand am letzten Sonntag eine Ergänzungswahl zum Gemeinderat statt. (Eine Ende Dezember dort getätigte Gemeinderatswahl war wegen eines Formfehlers von der Amtshauptmannschaft Jwidau kassiert worden.) Den Ordnungsparteien war nach dem Ausfall der Reichstagswahlen im Reich auch hier der Rumm sehr geschwollen. Sie glaubten hier einen vollen Sieg erringen zu können, sind aber geschlagen worden in allen Klassen. Die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei siegten nicht nur in der Klasse der Unanständigen, sondern auch in der Klasse der Hausbesitzer. — Ein Bravo den wackeren Leubühner Genossen!

Die Bekämpfung des Genossen Adolf Sabor, so schreibt die „Volksstimme“ zu Frankfurt a. M. am Sonnabend, vollzog sich heute vormittag in schlichter und würdiger Weise. Es waren

nur etwas über hundert Leidtragende zugegen aus dem Verbands- und Bekanntheit des Verstorbenen, darunter auch einige der ältesten Parteigenossen. Ebenso war der Bruder Sabors aus Berlin, Kaufmann dortselbst, erschienen. Der Vorstand der Joseph und Alara Trierschen Stiftung legte einen Kranz mit Blauschleife nieder zu Ehren ihres ehemaligen Vorsitzenden, der Sabor lange Jahre hindurch war. Genosse Wilhelm Schmidt spendete im Auftrag der hiesigen Parteileitung einen Kranz mit roter Schleife und sprach: „Ihrem ersten Vertreter in deutschen Parlament widmet dieses schlichte Zeichen dankbarer Verehrung und Anerkennung die Frankfurter Sozialdemokratie mit der organisierten Arbeiterbewegung und dem Personal der „Volksstimme“ im Rahmen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit! Der eifrige Denker, der treue Kämpfer und Dulder ruht nun in ewigem Frieden; aber sein Andenken wird dauernd leben in der gesamten, nach dem Lichte ringenden Arbeiterklasse!“ Hierauf widmete ein früherer Schüler Sabors, Herr Schriftsteller Dr. Goldschmidt dem Verstorbenen einen tiefempfundenen Nachruf, in welchem er besonders die hervorragende Befähigung und Wirkung Sabors als Lehrer pries. Damit schloß die Trauerfeier.

Adolf Sabor war geboren am 20. September 1841 in Wollstein, Provinz Posen, als Sohn des dortigen jüdischen Kantors. Unter großen Entbehrungen verschaffte sich der höher strebende junge Mann die Möglichkeit zum Besuch des Gymnasiums; er gab, noch ein Kind, Nachhilfunterricht und wirkte, kaum sechzehnjährig, als Lehrer in seinem Geburtsort. Später bezog Sabor das Gymnasium in Breslau und studierte in Berlin Philosophie. Nach einem Aufenthalt in Oesterreich kam er zu Anfang der 1870er Jahre nach Frankfurt, wo er zuerst als Lehrer am Philanthropin tätig war. Aber bereits nach einem Jahr wurde er aus dem Schuldienste gedrängt, wegen seiner Betätigung bei der sozialdemokratischen Partei (Eisenacher Richtung). Er gab dann Privatstunden, trotzdem er schon damals leidend war, bis ihn seine Vermählung mit einer sehr wohlhabenden Erbin, die völlig gleichgültig war und ist, aller materiellen Sorgen enthob.

Von einzelnen bürgerlichen Blättern wird es so bargeföhrt, als sei Sabor seit 1890 auch innerlich unserer Partei entfremdet gewesen. Das ist durchaus unwohr. Von einer Sabor in der letzten Zeit nahelebenden Persönlichkeit erfahren wir ausdrücklich, daß er bis zuletzt von der begeisterten Ueberzeugung der nicht nur materiellen, sondern gewolligen ethischen und kulturellen Bedeutung der sozialdemokratischen Bewegung durchdrungen war, und der gewissen Zuversicht, daß dieselbe durch vorübergehende Niederlagen wohl geläutert, niemals aber dauernd gebremst werden könne. Letzteres um so weniger, je mehr das Bewußtsein dieser hohen ethischen Mission in jeden einzelnen ihrer Glieder lebendig bleibe.

Von den Organisationen. Der Kreisverein für den 1. württembergischen Reichstagswahlkreis (Stuttgart-Stadt und Amt) hielt am Sonntag in Wöhringen seine Generalversammlung ab. Nach dem gebräuchlich vorgelegten Geschäftsbericht zählt er jetzt 6084 Mitglieder, hat also seit Januar 1906 um 990 Mitglieder zugenommen. Von dieser Zunahme entfallen 600 auf die Stadt Stuttgart. Der Bericht giebt eine ausführliche Darstellung der zu den württembergischen Landtagswahlen und zur Reichstagswahl betriebenen Agitation. Der Kasfenbericht giebt ein sehr günstiges Bild. Der Kreisverein begann seine Wirksamkeit im Januar 1906 mit einem Kasfenbestand von 279,83 M. und konnte am 31. Dezember 1906, nach der sehr kostspieligen Landtagswahl-agitation, über einen Bestand von 1948,51 M. verfügen. Am 28. Februar 1907, nach vollzogener Reichstagswahl, hatte er noch einen Bestand von 1466,12 M. Es ist dies ein Beweis für die wachsende Festigung der Organisationsverhältnisse im ganzen Wahlkreis. Die Generalversammlung war von 82 Delegierten besucht und außer dem Kreisvorstand waren noch die Landtags- resp. Reichstagsabgeordneten des Wahlkreises Fischer, Heymann, Gildenbrand anwesend.

Georg Bernhard setzt seinen Feldzug gegen die Taktik der Sozialdemokratie in der „Welt am Montag“ fort. Der Artikel knüpft an das Wort des Genossen Wedel an: „Ich bin der Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft“, bezeichnet es als einen „Verstoß gegen den Geist des Marxismus“, einen Verstoß, der „eine absolut banalste Auffassung der ganzen Kampfstellung der Sozialdemokratie“ fördert, „durch eine Hinterlist die persönliche Beschäftigung wieder in den Kampf“ einführt. (Das Bekenntnis der Todfeindschaft gegen ein System führt nach Bernhard die persönliche Beschäftigung in den Kampf ein! D. R.) Nach Bernhard wird die „erbundene Kampftheorie, die davon ausgeht, daß des Menschen Handeln durch die Verhältnisse bedingt werden, in denen er steht“, von einem Teil unserer Parteipresse erniedrigt“ durch „den Ton, den sie den Gegnern gegenüber anschlagen“. Außerdem hat nach Bernhard „allmählich den Begriff der Internationalität eine Ueberbannung erfahren, die seiner ursprünglichen Bedeutung vollkommen fern liegt... Internationalitätsdusel gehört nicht zum Marxismus... Und wir wollen auch den Anschein vermeiden, als ob wir einer höheren Eingebung zu gehorchen hätten, die in anderen Ländern souffléert wird...“ Diese letztere Stelle richtet sich gegen die Arbeit der Genossin Rosa Luxemburg in der deutschen Sozialdemokratie.

Wir registrieren selbstverständlich diese Äußerungen Bernhards nur und ersparen unseren Lesern jede Kritik.

Genosse Südekum tritt im neuesten Heft der „Neuen Gesellschaft“ für Bernhard und Braun ein. Zum Fall Bernhard sagt er auch von ihm (Bernhard) ist eine Unterredung mit einem bürgerlichen Journalisten veröffentlicht worden, die ich, weil ich besseres zu tun hatte, nicht einmal gelesen habe. Sie mag meinetwegen sehr tadelnswert gewesen sein, ob sie aber den Aufwand von sittlicher Entrüstung verdient, den man nicht nur in Berlin, Leipzig und Dortmund, sondern auch an anderen Orten an sie verschwendet, ist mir mehr als zweifelhaft... Genosse Südekum hat die Äußerungen Bernhards nicht gelesen — ebensowenig wie Genosse Heine, der die Behauptung, die Bernhard im „Vorwärts“ widerlegte, ebenfalls tabelte —, es ist ihm aber trotzdem „sehr zweifelhaft“, ob sie den Aufwand von sittlicher Entrüstung verdient, den man an sie verschwendet. Wir versetzen nicht recht, weshalb Genosse Südekum sich nicht, wenn er absolut zum Falle Bernhard schreiben mußte, wenigstens nachträglich über das Interview informiert hat. Jedenfalls haben wir keine Veranlassung, das vollständig in der Luft schwebende Urteil Südekums in dieser Angelegenheit weiter zu beachten.

Zum Braunschigen Artikel, dessen Verfasser er namentlich gegen die „Premer Bürgerzeitung“ in Schuß nimmt, sagt Genosse Südekum:

Der Braunschige Artikel enthielt, nicht nur nach meiner Ansicht, sondern nach der sehr weiter Kreise von Parteigenossen, tatsächlich sehr viel Sachliches. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß der „Vorwärts“, so wie er heute ist, an schweren journalistischen Mängeln leidet und eine Art der Polemik betreibt, die mir — ich sehe von jeder ethischen Würdigung ab — als ein grober politischer Fehler erscheint. Eine gründliche Verbesserung des Zentralorgans darf nicht lange auf sich warten lassen, wenn die Partei nicht Schaden darunter leiden soll. Das darf nicht nur ausgesprochen werden, sondern das muß sogar gesagt werden. Genau so, wie nach meiner Ansicht ausgesprochen werden mußte, daß auch unsere Provinzpresse ganz anders angebahnt werden muß. Das hat mit den „Richtungen“ in der Partei ganz und gar nichts zu tun, und ich möchte den verständigen Parteigenossen sehen, der nicht lieber ein gutes „tabula rasa“ als ein schlechtes „revisionistisches“ Blatt liest und umgekehrt. Nicht weil der „Vorwärts“ heute eine „radikale“ Redaktion hat, plaudert er für eine Verbesserung, sondern weil er nach meiner Meinung jegliche reaktionelle Fährung vernichten läßt. Ich habe den „Vorwärts“ auch nicht gelobt, als die bekannnten sechs noch an ihm tätig waren, sondern schon damals privatim und öffentlich Verbesserungen angeregt.

Das „Sächsische Volksblatt“ zu Zwickau schreibt zur Rede des Genossen Heine, beziehungsweise zu seinen Äußerungen über den „Vorwärts“:

„Genosse Heine hat hier in mancher Beziehung zu wenig, in anderer zu viel gesagt. So sind wir z. B. nicht blind gegen die Mängel am „Vorwärts“, aber gegenüber der kämpferischen der bürgerlichen Parteien und der Regierungen gegen uns angeführt der hinter uns liegenden hottentottartigen Wahlperiode stimmen wir sichhorn völlig bei, welcher ausführte, daß sich der „Vorwärts“ in der Wahlperiode in der anerkanntwertesten Weise gehalten hat und jede Nummer eine Fundgrube von Material für unsere Agitation war. Wir fügen noch an, daß das auch nach der Wahl ständig der Fall gewesen ist und wir uns diese Haltung des Zentralorgans für jener nur wünschen können. Daß die „endlosen theoretischen Auseinandersetzungen“ im „Vorwärts“ nicht anziehend genug für viele sind, geben wir zu, aber juist diese Auseinandersetzungen gehen zumeist die Grundlagen des Sozialismus an, desselben Sozialismus, von dem Heine behauptet, daß man den Sozialismus noch zu wenig kenne. . . .“

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Der preussische Justizminister und die Verhaftung unterm Weihnachtsbaum.

Bekanntlich verhaftete in Königsberg die Polizei den Genossen Krüger gerade am Weihnachtsabend, als Krüger eben dabei war, seinem jüngeren Bruder den Weihnachtsbaum zu schmücken. Er hatte kein Verbrechen begangen, sondern nur eine Jugendorganisation gegründet und gegen die Polizei, die seine ganze Arbeit zunichte machte, einige scharfe Ausdrücke gebraucht. Auf seinen am 21. Dezember gestellten Antrag um Strafurlaub erhielt Krügers Verteidiger erst am 23. Dezember den Bescheid: das Gesuch sei zurückgewiesen!

Ueber das Vorgehen der Staatsanwaltschaft wurde nun beim Oberstaatsanwalt Beschwerde geführt. Dieser erklärte am 2. Januar, zu Maßnahmen im Aufsichtsweg keine Veranlassung gefunden zu haben. Die Anordnung der Verhaftung sei nach § 489 Str.-P.-O. gerechtfertigt gewesen. Am ging der Verteidiger mit der Beschwerde zum Justizminister und dieser hat unter anderem geantwortet, daß er der Staatsanwaltschaft mitgeteilt habe, daß die Verhaftung Krügers am Vorabend des Weihnachtsfestes durch die Sachlage nicht geboten war und besser hätte vermieden werden sollen!

Demnach hat also der Justizminister der Königsberger Staatsanwaltschaft zu verstehen gegeben, daß sie unfernen Genossen Krüger wenigstens das geringe Maß von Menschlichkeit hätte entgegenbringen müssen, auf das auch ein Sozialdemokrat in einem vor christlicher Liebe übertriebenden Staate Anspruch zu haben glaubt. Die Königsberger Staatsanwaltschaft hat sich übrigens schon öfter Niederlagen geholt, wenn sie gegen Sozialdemokraten operierte. Wie sie den Genossen Krüger im Gefängnis behandelt, geht u. a. daraus hervor, daß sie ihm nicht einmal das Tragen der eigenen Kleidung gestattet.

Im Breslauer Reizprozeß gegen den Genossen Albert ist die Verhandlung vertagt worden. Der Staatsanwalt will erst noch alle diejenigen Polizeifisten zu ermitteln suchen, die den von A. schon vor dem 1. Mai wiederholt gehaltenen Vortrag überwacht haben!

Die Presse vor der Revisionssinstanz. Das Reichsgericht hob das Urteil des Landgerichts Halle vom 12. Oktober v. J. auf, das den Genossen Artur Nollenbuhr vom „Volksblatt für Halle“ wegen unerlaubten Nachdrucks mit 800 Mark Geldstrafe belegte, und wies die Sache an das Landgericht zurück. Am 19. Mai 1906 hatte in einer nichtöffentlichen Versammlung von Arbeitgebern der Vorstände des Hamburger Unternehmerverbandes einen Vortrag gehalten. Er hatte als Unterlage dazu eine Ausarbeitung benutzt, welche den Sekretär des genannten Verbandes zum Verfasser haben soll. Dieses Manuskript wurde der Redaktion des Volksblattes auf den Tisch geweht und vom Angeklagten veröffentlicht. Strafantrag wegen Nachdrucks hat der Vorsteher des erwähnten Verbandes gestellt. Der Angeklagte will das Manuskript für ein Referat über den Vortrag gehalten und sich deshalb berechtigt geglaubt haben, es abdruckend. Das Gericht hat aber angenommen, er habe merken müssen, daß es sich um das Originalmanuskript handele.

Strafsentscheid der Presse. Wegen angeblicher Verleumdung eines Lehrers wurde Genosse Jörn, Redakteur des „Volksblatt“ in Saalfeld, von der Strafkammer in Rudolstadt zu einer Geldstrafe von 20 M. und zur Tragung der Kosten verurteilt. Der Staatsanwalt hatte drei Wochen Gefängnis beantragt.

Freigesprochen wurde am Montag von dem Schöffengericht in Halle der Genosse Redakteur Thiele vom „Volksblatt“, der von dem Grubendirektor Haase in Ripsendorf, Kreis Zeitz, wegen Verleumdung, begangen durch die Presse, beklagt worden war. Der zur Anklage stehende Sachverhalt ergab zuzusetz der Veröffentlichung allgemeines Aufsehen und man wunderte sich darüber, daß der Staatsanwalt nicht gegen den Grubendirektor vorgegangen war. Da die Verhandlung wegen Sittengefährdung hinter verschlossenen Türen stattfand, möge man aus der Urteilsbegründung das entnehmen, was nötig ist, um sich ein Bild machen zu können. Es hieß da: In den Zeugnisaussagen ist kein Widerspruch. Wenn auch manches gegen das junge Mädchen spreche, und diese Aussagen nicht so gewertet werden könnten, wie es wohl notwendig wäre, so habe man doch angenommen, daß die Zeugin nicht die Unwahrheit gesagt hat. Nach der anderen Richtung sei aber nicht alles erwiesen worden. Der Beklagte habe aber berechnigte Interessen wahrgenommen und sich vor der Veröffentlichung der Sache so weit es ging informiert.

## Soziales.

Der Eingriff des Düsseldorf Oberbürgermeisters in das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen vom Oberverwaltungsgericht als gegen das Gesetz verstoßend anerkannt.

Die Ortskrankenkasse für Fabric- und Metallarbeiter in Düsseldorf hat im Statut die Bestimmung, daß die Wahlen der Vertreter zur Generalversammlung durch Proportionalwahl erfolgen. Um eine Verpösterung der Stimmen zu vermeiden, sollen nach dem Statut binnen einer vom Vorstand zu bestimmenden Frist nach Ausschreibung der Wahl Kandidatenlisten eingereicht werden, welche von mindestens 50 Mitgliedern unterzeichnet werden müssen. Bei der letzten Vertreterwahl hatten die freien Gewerkschaften eine solche Liste eingereicht. Am letzten Tage der Frist reichte auch der soziale Ausschuß der christlichen Gewerkschaften eine Liste mit 51 Unterschriften ein. Es ergab sich, daß sieben dieser Unterschriften nicht von den Unterzeichnern selbst geschrieben waren. Zwei davon hatten auch eine unrichtige Namensschreibung. Der Vorstand der Ortskrankenkasse erklärte deshalb diese Liste nicht als gültig an. Darauf reichte der christliche Ausschuß noch mal die Liste ein, wobei die Namen der beiden falsch geschriebenen berichtigt waren. Bei der Wahl berücksichtigte der Vorstand die auf diese Liste gefallenen Stimmen nicht, weil die ganze Liste nicht gültig wäre. Der christliche Ausschuß beanspruchte aber Berücksichtigung der auf die Liste gefallenen Stimmen und forderte demgemäß, daß nach dem Verhältnis der Stimmen 10 Kandidaten dieser Liste als gewählt erklärt würden. Denselben Standpunkt vertrat der Oberbürgermeister von Düsseldorf, und er erließ als Aufsichtsbehörde eine Verfügung, daß der Vorstand die genannten 10 Kandidaten der christlichen Gewerkschaften als gewählt anzusehen habe. — Der Vorstand klagte nun beim Bezirksausschuß auf Aufhebung der Verfügung, wurde aber vom Bezirksausschuß mit der Begründung abgewiesen, daß die irrtümliche Schreibung der beiden Namensunterschriften noch nachträglich habe berichtigt werden können und daß (was die übrigen weiteren 5 angeht) die Namen nicht unbedingt von den Betreffenden selbst geschrieben werden brauchen.

Die vom Klassenverband hiergegen eingelegte Revision vertrat in der mündlichen Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht Reichstagsabgeordneter Wolfgang Heine, während als Vertreter der beklagten 10 christlichen Kandidaten Reichstagsabgeordneter Schiffer auftrat. — Bei den Akten befand sich eine Erklärung der beiden falsch geschriebenen Unterzeichner der christlichen Liste, wonach ihr Name ursprünglich zwar ohne ihr Wissen unter die Liste gesetzt worden wäre, sie sich aber nach Ablauf der Einreichungsfrist damit einverstanden erklärt und die Namen eigenhändig berichtigt hätten. Ob und wann die übrigen 6, deren Namen ebenfalls nicht eigenhändig geschrieben waren, ihr Einverständnis ausgesprochen hätten, war nicht festzustellen. — Rechtsanwält Wolfgang Heine machte zur Rechtfertigung der Revision geltend: Der Ausdruck „Unterschrift“ im Statut lasse die Absicht erkennen, eine eigenhändige Unterzeichnung der Liste zu verlangen. Dies entspräche auch dem Zweck der Statutenbestimmung, die verhindern solle, daß Kandidaten aufgestellt würden, denen nicht von vornherein ein genügender Rückhalt unter den Wählern gesichert wäre. Wollte man aber auch eine Unterzeichnung durch einen Veauftragten zulassen, so müßte der Auftrag dazu mindestens innerhalb der Einreichungsfrist erteilt sein.

Der dritte Senat des Oberverwaltungsgerichts gab am 28. Februar der Revision statt und hob die Vorentscheidung sowie die Verfügung des Oberbürgermeisters auf. Der Senat wollte dahingestellt sein lassen, ob die Unterzeichnung eigenhändig erfolgen müßte, oder auch durch einen Veauftragten geschehen oder nachträglich genehmigt werden könnte. Unter allen Umständen, so wurde ausgeführt, wäre eine Unterschrift ungenügend, zu der der Auftrag oder die Genehmigung nicht mindestens während der statutarischen Frist gegeben wäre. Da diese Voraussetzung mindestens bei zwei von 51 Unterschriften fehlte, hätte die christliche Liste nicht die genügende Zahl von Unterschriften. — Im übrigen aber erklärte der Senat, daß, wie das Oberverwaltungsgericht bereits früher entschieden hätte, eine statutarische Bestimmung dieser Art, welche die Einreichung von Kandidatenlisten mit offenen Unterschriften verlangte, im Widerspruch zu § 87 des Krankenversicherungsgesetzes stünde, der die geheime Wahl der Vertreter verordnet.

Die Notwendigkeit einer Einigung der Befugnisse der Aufsichtsbehörde und einer anderen Zusammenlegung des Bezirksausschusses erhellt, wenn trotz der Klarheit der Rechtslage es erst des Anrufens des höchsten Verwaltungsgerichts bedurft, um die Eingriffe der Aufsichtsbehörde, die zugunsten der „christlichen Gewerkschaften“ gewirkt hätten, zu beseitigen. Aber auch die „christlichen Gewerkschaften“, die diesen behördlichen Eingriff provozierten, haben durch ihre Vorgehen von neuem offenbart, daß bei ihnen das Gefühl für Gerechtigkeit und für eine wahre Selbstverwaltung außerordentlich mangelhaft entwickelt ist.

#### Mängel einer polizeilichen Arbeiterschutz-Anordnung.

Nach § 120 d der Gewerbeordnung sind die zuständigen Polizeibehörden befugt, im Wege der Verfügung für einzelne Anlagen die Ausführung derjenigen Maßnahmen anzuordnen, welche zur Durchführung der in §§ 120 a bis 120 c enthaltenen Grundzüge erforderlich und nach der Beschaffenheit der Anlage ausführbar erscheinen. § 147 Ziffer 4 der Gewerbeordnung bedroht mit Strafe, wer solchen endgültig erlassenen Verfügungen zuwider handelt. Eine solche Verfügung erließ die Polizei an den Berliner Schlächtermeister Carnikow, dessen Arbeitsräume im Keller lagen und so beschaffen waren, daß nach dem Entladen eines Saubereitenden, die Gesundheit der in den Räumen beschäftigten Arbeiter gefährdet war. Die Polizei forderte ihn allgemein auf, den Zustand zu ändern und für Luft und Licht zu sorgen. Hinzugefügt war: Bei der königlichen Gewerbeinspektion wollen Sie erforschen, welche Maßnahmen notwendig sind. Beschwerde erhob C. nicht, die Verfügung wurde also rechtskräftig. — Wegen Nichtachtung der Verfügung durch häusliche Änderungen wurde Carnikow angeklagt. In der bereits einmal vor dem Kammergericht verhandelten Sache sprach das Landgericht auf Grund der nochmaligen Verhandlung den Angeklagten frei und zwar mit folgender Begründung: Angeklagter sei gemäß dem Verlangen der Verfügung zum Gewerbeinspektor gegangen, um zu hören, was zu machen sei. Der habe darauf erklärt, es sei nichts mit dem Keller zu machen, er sei gesundheitsgefährlich und müsse geräumt werden. Da somit der Gewerbeinspektor den Rat für die Änderungen in den Arbeitsräumen, welche die Polizei erforderte, nicht erteilte, so sei Angeklagter zu weiterem nicht verpflichtet gewesen. Insbesondere habe nicht erwartet werden können, daß er den Betrieb einstelle. Denn davon sei in der polizeilichen Verfügung nicht die Rede gewesen. — Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein, welcher auch der Oberstaatsanwalts-Vertreter am Kammergericht beitrug. — Der erste Strafsenat des Kammergerichts verwarf aber die Revision und führte aus: Die Polizei habe zwar vom Angeklagten verlangt, er solle in den fraglichen Räumen „andere Einrichtungen“ treffen, habe ihm aber nicht gesagt, was er machen solle, sondern ihn in der Beziehung an die Gewerbeinspektion verwiesen. Nun habe der Senat damals angenommen, daß bei der engen Verbindung zwischen Gewerbeinspektion und Polizei dagegen nichts zu sagen sei. Wenn aber der Gewerbeinspektor antwortet, er wisse selber nicht, was mit den Räumen zu machen sei, mit dem Keller sei nichts zu machen, so werde die Anordnung des Polizeipräsidenten ganz hinfallen, denn sie verlange, C. solle etwas machen, sage aber nicht, was.

Wird nunmehr die Polizei, was sie von Anfang an hätte tun sollen, den dauernden Aufenthalt von Menschen in dem gesundheitsgefährdenden Keller auf Grund der Baupolizeiverordnung verbieten? Deshalb, weil sie einen unvertretbaren Paragraphen zitierte, wird keineswegs die gesundheitsgefährdende Kellerarbeit zu einer gestatteten.

#### Wie sich Agrarier ihrer Unterstützungspflicht entziehen.

Einen Beweis, wie Agrarier die Unterstützungspflicht umgehen, welsch trauriges Los arme Handwerksburschen haben und welsch besonders tiefe Gemütsnot Agrarier anzeigt, gaben im Dezember 1905 der Bürgermeister Gunkenberger von Teulleben und sechs weitere Einwohner dieses kläglich in der Nähe von Buttstedt gelegenen Dorfs. Ein Handwerksbursche W. aus Apolda, ein Mensch, der durch Krankheit völlig heruntergekommen war, hatte sechs Wochen im Krankenhaus in Buttstedt gelegen und war dann entlassen worden. Gesund war er nicht und Mittel hatte er auch nicht. Er kam gerade bis Teulleben und wurde hier im Straßengraben liegend und vor Kälte stierend — es war November — aufgefunden. Den Dorfleuten blieb nichts anderes übrig, als ihn ins Armenhaus zu bringen und dort zu verpflegen. W. konnte weder sprechen, noch stehen oder gehen; er machte den Eindruck eines Geisteskranken. Am 1. Dezember betreten nun die Dorfgewaltigen, was mit dem kläglichen Fremden zu machen sei. Der Bürgermeister sagte, das beste sei, wenn der Mann ebenso, wie er hier gefunden sei, anderswo gefunden werde. Buttstedt sei ihn ja auch losgeworden. Man könne ihn vielleicht hinausbringen. Ein anderer meinte, das sei doch vielleicht gefährlich, namentlich für die Nachbarschaft. Man einigte sich schließlich dahin, den Kranken in ein anderes Dorf zu schaffen und dort heimlich auf die Straße zu setzen. Zur Nachtzeit wurde nun ein Wagen beschafft, auf dem der Transport erfolgen sollte. Der Bürgermeister, der in der Dorfsneise sah, wollte den Schlüssel zum Armenhause nicht herausgeben und meinte, der Kollege Ehrhardt könne ja die Tür. Die Leute verstanden den Wink, „mauchen“ einfach den Handwerksburschen und fuhren ihn eine halbe Stunde weit nach dem Dorfe S. In einer vor dem Dorfe stehenden Feldscheune legten die Verschwoeren den hilflosen Menschen nieder. Sie bedeckten ihn etwas mit Stroh und fuhren dann, verschämt lächelnd über den gelungenen, gemeinen Streich, wieder nach Teulleben. Sie klopfen an das Fenster der Kneipe, in welcher der Bürgermeister als einziger Gast noch anwesend war, und sagten der Birkin, sie solle dem Bürgermeister mit dem Augen zublinzeln, dann wisse er schon Bescheid. Das geschah denn auch und der Bürgermeister meinte, das hätten sie nun wohl nach dem Handwerksburschen aus dem Armenhause gemauert. Einige Tage später wurde W. tot in der Feldscheune aufgefunden. Daß die Menschenfreunde von Teulleben nicht wegen Aussetzung mit Todeserfolg vor das Schwurgericht kamen, war nur dem Umstande zu danken, daß die Tochter einer Schnapsbubikenshändlerin in S. in dem Toten einen Mann wiedererkannt haben will, der ein oder zwei Tage nach der Aussetzung bei ihr durch Zeichen Schnaps verlangt haben soll. Das Landgericht Weimar hat nun am 10. September v. J. die Einwohner Ehrhardt, Hähnel, Fränker, Ludwig und Müller sowie den Bürgermeister Gunkenberger — letzteren wegen Beihilfe — auf Grund des § 221 I Str.-G.-B. (Aussetzung einer hilflosen Person) zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt. — Die Revision der Angeklagten kam am Montag vor dem Reichsgericht zur Verhandlung. Das Urteil sollte widerspruchsvoll und ungenügend begründet sein. Wenn der Handwerksbursche von der Feldscheune aus noch nach dem Schnaps haben gegeben hätte, so könne er doch nicht hilflos gewesen sein usw. — Das Reichsgericht verwarf die Revision, da alle Tatbestandsmerkmale einwandfrei festgestellt seien.

## Aus Industrie und Handel.

### Hundertfünfzig Mark Reingewinn!

Einen Betriebsergebnis von 5 519 580 M. erzielten im Jahre 1905 die Essener Steinkohlenwerke A.-G. in Essen. Nach Absetzung von 2 191 553 M. für allgemeine Unkosten, Verschäden, Steuern, sozialpolitische Beiträge und Zinsen verbleibt zusätzlich eines Gewinnvortrages von 41 891 M. ein Reingewinn von 3 370 067 M. Davon sind noch abgesetzt für Abschreibungen 1 085 401 M., sodas sich ein Nettoreingewinn von 2 284 666 M. ergibt. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter betrug 4413. Es stellt sich demnach pro Kopf der Beschäftigten Arbeiter

der Betriebsergebnis auf . . . 1250 M.  
der Vortragsgewinn auf . . . 763 „  
der Nettogewinn auf . . . 517 „

Da muß man doch einsehen, daß die Kohlenbarone unter der Last der hohen Löhne zusammenbrechen.

### Protest gegen die Bergnobelle.

Der „Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen“ und die nordwestdeutsche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat gegen die Wahrungsnobelle protestiert. Das ließ sich erwarten. Das Privatkapital betrachtet jede Einschränkung der privatwirtschaftlichen Blumachergelegenheit als einen Eingriff in sein heiligstes Recht. Bewunderung erregt aber folgender Passus in der angenommenen Resolution:

Sie (die Vereine) halten diesen Beschlusseinstellung aber insbesondere vom Standpunkte der Verbraucher aus für gefährlich, da er, zum Gelebe geworden, die bestehenden Bergwerke im Werte steigern und dadurch eine Erhöhung der Kosten- und Kalipreise mit Notwendigkeit nach sich ziehen würde.

Daß die Rohinfabrikanten Befürchtungen wegen Preistreiberie hegen, ist immerhin erwägenswert. Daß jetzt die Preise getrieben werden, daran sind die Herren natürlich ganz unschuldig.

### Getreidepreis und Brotpreis.

Die Argumente unserer Agrarier, denen die Wahrheit ebenso verhaßt ist wie niedrige Lebensmittelpreise, haben sich von jeher durch eine eigenartige Abwechselung ausgezeichnet. Behauptete man hier, daß Böde und Rollerhöhen den Preis überhaupt nicht beeinflussten, da das Ausland den Zoll trage, so hieß es dort, wenn die Unwahrheit dieses Grundes durch die Tabellen der Preise diesseits und jenseits der Grenze unwiderleglich dargetan war, an erhöhten Preisen sei der gesamte Bauernstand, ja der landwirtschaftliche Arbeiter als Verkäufer interessiert. Und wo diese „Beweisführung“ durch die Zahlen der Anbau- und Verbrauchstatistik totgeschlagen war, da behauptete die agrarische Wissenschaft schlanthoeg, daß erhöhte Getreidepreise überhaupt nicht in erhöhten Brotpreisen zum Ausdruck kämen. Vielmehr seien es Mäcker und Wäcker, die durch übermäßigen Gewinn die Preise verteuerten. Diese seien daher sehr wohl in der Lage, eine Steigerung der Preise des Rohmaterials zu tragen und zu beden.

Tatsächlich trifft aber auch diese agrarische Beweisführung in dieser Allgemeinheit keineswegs zu. Vielmehr erweisen die statistischen Feststellungen immer aufs neue den engen Zusammenhang zwischen den drei Erscheinungen: Brotpreis — Weizenpreis — Getreidepreis. So finden wir im letzten Vierteljahrest zur Statistik des Deutschen Reiches eine neue amtliche Bestätigung dieser Tatsache. Danach stellte sich in Berlin im Jahresdurchschnitt der Preis des Doppelzentners in Mark:

Jahr	Wegen (Preis- qualität)	Wegen- meß den Bäckereien	Wegenbrot in den Bäckereien	Wenn Wogenpreis = 100 gesetzt, so beträgt der Preis von Wogenmehl	Wogenbrot
1896	11,88	16,30	20,08	187	176
1897	13,01	17,44	22,80	184	171
1898	14,88	20,12	25,15	188	172
1899	14,60	19,87	24,21	183	168
1900	13,26	19,31	23,96	185	168
1901	14,07	18,86	24,28	184	172
1902	14,42	19,61	24,21	186	168
1903	13,23	17,97	23,83	186	180
1904	13,51	17,55	23,55	180	174
1905	15,19	19,07	24,30	125	160

im Durchschn. 13,88 18,56 23,67 188,8 170,7

Aus diesen Zahlenreihen ist ersichtlich, daß die Preise des Halb- und Viertelfabrikats im selben oder folgenden Jahre mit ziemlichem Genauigkeit den Preisen des Rohmaterials folgen.

Die beiden letzten Kolonnen der Tabelle zeigen uns die Verschiebungen der drei Preise zu einander, den Wogenpreis immer gleichmäßig als 100 gesetzt. Im ganzen ist das Verhältnis, wie man sieht, ziemlich konstant.

Das Jahr 1905 hat die hohen Getreidepreise von 1905 noch hinter sich gelassen, und die kommenden Jahre werden weitere Beflege dafür bringen, wie man die Renten der Großgrundbesitzer auf Kosten der brotesenden Masse in die Höhe getrieben hat. Die deutschen Wähler aber geben dazu ihren Segen.

Wagenmangel. Aus Unternehmertreisen wird berichtet, die Ruhrzechen hätten infolge des außergewöhnlich großen Wagenmangels im Monat Februar einen Ausfall in der Förderung von 288 510 Tonnen erlitten, da die königliche Eisenbahndirektion 26 851 angeforderte Wagen nicht stellen konnte. Der Gesamtabsatz der Ruhrkohlenzechen betrug in diesem Monat, der „Alln. Volks-Zeitung“ zufolge, 4 896 330 Tonnen.

Rohentrost und Eisentrost. Die „Alln. Volksztg.“ läßt sich von einem Radmann schreiben, daß die Auslastungen der Rhein-Westf. Jg.“ über die Verhältnisse in der Großindustrie von falschen Voraussetzungen ausgehen, und auch nicht den Wünschen der leitenden Personen entsprechen. Das Blatt hatte ausgeführt, die Entwicklung dränge auf eine vollständige Verschmelzung der Kohlen- und Eisenindustrie zu einem Trust hin. Demgegenüber vertritt der Mitarbeiter der „Rhein-Westf. Jg.“ darzutun, daß sich zwei selbständige Trusts, ein Kohlen- und ein Eisentrust entwickeln würden. Da bereits ein erheblicher Teil der Kohlenproduktion von Eisenwerken kontrolliert wird, erscheint uns die letztere Kombination doch nicht gerade überzeugend. Es ist höchstens möglich, diejenigen Zechen, die nicht an Hüttenwerke angegliedert werden können, zu einem Trust zusammen zu werfen.

Geschäftsergebnisse. Der Aufsichtsrat der Direktion Metallwerk A.-G. schlägt die Verteilung einer Dividende von 10 Proz. vor.

Der Gewinn der Ludwig Löwe u. Co. A.-G. beträgt 2 048 708,37 M. Derselbe soll mit 672 506,37 M. zu Abschreibungen und mit 1 300 000 M. zur Verteilung einer Dividende von 16 Proz. (im Vorjahre 12 Proz.) verwendet werden. — Die „Gibernia“ bringt bei um 1,4 Mill. Mark erhöhten Abschreibungen 14 Proz. Dividende heraus (gegen 11 Proz. im Vorjahre). — Die Deutsche Zuteilungsgesellschaft und Weberei in Reichen erzielte in Reichen 850 000 M. (im Vorjahre 829 000 M.) und in ihrer Reutendorfer Abteilung 191 000 M. (161 000 M.) Fabrikationsgewinn. Bei 112 000 M. (114 000 M.) Abschreibungen beträgt der Reingewinn 575 000 M. (522 000 M.); die Dividende von 15 Proz. (12) erfordert einen Betrag von circa 845 000 M. — Der Reingewinn der Wolllanfabrik „Merker“ beträgt 250 000 M. (gegen 257 000 M. im Vorjahre). Die Dividende ist auf 15 Proz. festgelegt. — Der Aufsichtsrat der Maschinen- und Armaturenfabrik vorm. L. Strube beschloß, eine Dividende von 8 Proz. auszuschütten, gegen 4 1/2 Proz. im Vorjahre. — Die Generalversammlung der Pelmenhorster Holzleumwerke setzte die Dividende auf 10 Proz. fest. — Eine Dividende von 20 Proz. genehmigten sich die Aktionäre der Bazarmer Papierfabrik. — Einen Bruttogewinn von 5 048 708 M. erzielte die Vereinigten Glasfabrikanten A.-G. in Oberfeld. Von dem mit 2 081 100 M. (1 578 833 M.) verbleibenden Reingewinn sollen 875 000 M. (750 000 M.) = 35 Proz. (30 Proz.) Dividende auf 2 500 000 M. Aktienkapital verteilt werden.

Preisrückgänge. Der Kupferblechverband erhöhte den Grundpreis um 2 M. auf 270 M., der Kupferrohrverband um 8 M. auf 24 M. pro 100 Kilogramm.

## Aus der Frauenbewegung.

### Frauenwahlrecht.

Im Zentralblatt des Bundes deutscher Frauenvereine“ gibt eine Anhängerin der bürgerlichen Frauenbewegung ihren Bedenken gegen das Frauenwahlrecht Ausdruck. Die Dame ist der Meinung, daß die Bestürzung des Frauenstimmrechts das Vaterland schädigen. Die Elemente, die das Frauenstimmrecht fordern, ständen zum großen Teil im Gegensatz zu dem neuen nationalen Aufschwung Deutschlands. Das Frauenstimmrecht für Deutschland, unter den heutigen Wahlrechtsbestimmungen, bedeute soviel wie Auslieferung des Parlaments an Zentrum und Sozialdemokratie. Die Dame hegt weiter die Befürchtung, daß bei Verleihung des Frauenstimmrechts die Menge der zur Wahl Unreifen vergrößert würde. Das unbeschränkte Wahlrecht der Männer bringe schon genugsam Gefahren für das Vaterland, aus diesem Grunde müßte die bürgerliche Frauenbewegung ein Opfer ihrer Gleichheitsbestrebungen bringen und nach der Devise arbeiten: „Erst das Vaterland und dann die Partei.“

Diese Ansicht ist ein neuer Beweis dafür, daß große Teile der bürgerlichen Frauenbewegung dem Kampf um Erlangung der politischen Rechte für die Frauen feindlich gegenüber stehen. Wenn es gilt, Klassenrechte zu erobern oder zu verteidigen, dann kämpfen die Damen mit den bürgerlichen Männern vereint gegen die Proletarier.

Die Sozialdemokratie fordert dagegen grundsätzlich: Ausdehnung des Wahlrechts auch für die Frauen!

### Das Frauenstimmrecht vor der italienischen Kammer.

Die italienische Kammer hat eine Petition für das Frauenstimmrecht dem Ministerium des Innern überwiesen, gegen die Absicht der Gegner der Petition, die sie einfach dem Archiv überweisen wollten, was nichts bedeutet, als ein ehliches Begräbnis.

Zugunsten des Frauenstimmrechts sprachen Mirabelli (Republikaner) und Luzzatti (äußerste Rechte). Der erstere behandelte die Frage vom juristischen, der zweite vom sozialen Standpunkte. Wenn die Frauen bei der Gesetzgebung eine Stimme hätten — sagte Luzzatti — so würden wir nicht die heutigen unheimlichen Schulprogramme, die Indolenz in der Frage der Arbeiterwohnungen und auch nicht den heutigen großen Abstand zwischen den Löhnen der weiblichen und der männlichen Arbeiter zu beklagen haben. Pava (Rechte) befürwortete die Verleihung des kommunalen Wahlrechts als ersten Schritt. Auch der Ministerpräsident Giolitti betonte die Notwendigkeit eines schrittweisen Vorgehens, um etwaige Überraschungen zu verhüten, die bei der Ausdehnung des politischen Wahlrechts auf eine große, bisher dem politischen Leben fernstehende Wählermasse zu befürchten wären. Genosse Costa erklärte, daß seine Fraktion natürlich zugunsten des Frauenwahlrechts stimmen würde, er und seine Freunde seien aber überzeugt, daß die organisierten Proletarierinnen, die Arbeiterinnen und das weibliche Fabrikproletariat das Wahlrecht erobern würden, nicht die Petitionen und das Wohlwollen einzelner. Öffentlich wird Giolitti Wort halten und die Frage wenigstens einer Kommission zum Studium überweisen.

### Fabrikinspektoren in Amerika.

Im Staate Louisiana ist kürzlich ein Gesetz in Kraft getreten, welches bestimmt, daß Frauen als Fabrikinspektoren ernannt werden dürfen. Dieses Gesetz gilt hauptsächlich der Bekämpfung der Kinderarbeit und man kommt damit einer Forderung der verschiedenen Frauenorganisationen nach. Im Staate Louisiana bestehen zwar seit Jahren Kinderzuschüsse, sie bleiben aber von den Unternehmern wie auch von den Behörden fast vollständig unbeachtet. Da die Agitation gegen Kinderarbeit in dem genannten Staate fast ausschließlich von Frauen geführt wird, so hofft man mit der Ernennung von Fabrikinspektoren der Kinderarbeit überall mehr wie bisher begegnen zu können.

## Gerichts-Zeitung.

### Schadenersatzpflicht bei Hauseinsturz.

Die Stadtgemeinde Ulm verpachtete im Sommer 1904 eines ihrer Güter an einen Landwirt. Dieser ließ im nächsten Jahre auf dem Heuboden durch verschiedene Arbeiterinnen Arbeiten vornehmen. Dabei brach der Boden durch und die Arbeiterin Frau Lamher stürzte in das untere Stodwerk, wobei sie ihren Tod fand. Ihr Mann und ihre beiden Kinder erhoben Anspruch auf Schadenersatz gegen die Stadtgemeinde Ulm als Verpächterin auf § 836 B.-G.-B. Das Landgericht Ulm erkannte den Anspruch dem Grunde nach als berechtigt an und verurteilte die Stadt zur Zahlung einer Rente von 500 M. an den Witwer. Gegen das Urteil legten beide Parteien Berufung ein. Das Oberlandesgericht Stuttgart änderte das Urteil dahin ab, daß es dem Witwer eine Rente von 400 M. und den beiden Kindern je eine solche von 100 M. bis zur Vollendung ihres 16. Lebensjahres zusprach. — In ihrer Revision bestritt die Stadtgemeinde Ulm ihre Verantwortlichkeit; sie habe den Stadtpfleger beauftragt gehabt, den Pachtvertrag mit dem Pächter abzuschließen und jener, der Stadtpfleger, habe auch die Pflicht gehabt, sich davon zu überzeugen, daß die Gebäude sich in gutem Zustande befinden. Das Reichsgericht wies am Montag die Revision als unbegründet zurück, indem es mit dem Oberlandesgericht davon ausging, daß der Stadtpfleger der geschwähigste Vertreter der Stadt ist, daß diese also für alles verantwortlich ist, was jener tut oder unterläßt.

### Schutz den Frauen!

Die Belästigung einer anständigen Frau auf der Straße seitige für den Schriftsteller Max Radow eine Anklage wegen der verschiedenen Vergehen. Der Angeklagte hatte eines Tages im Januar d. J. an einer Weibertagsfeier teilgenommen und etwas stark über den Durst getrunken. Als er in etwas angeheitertem Zustande den Heimweg durch die Holzmarktstraße einschlug, bemerkte er eine vor einem dortigen Hause stehende Dame. Es war dies eine Frau G., die auf ihren Gatten wartete. Der Angeklagte näherte sich ihr in zudringlicher Weise und es gelang der Er-

schrockenen nur mit vieler Mühe, sich der Ungezogenheiten des angetrunkenen Mannes zu erwehren. Als schließlich der Schuttmann tönnis in die Nähe kam, wollte sich Frau G. helfend an den Beamten wenden. Der Angeklagte, der nun erkannte, daß es ihm an den Krügen gehen würde, nahm zu einem frivolsten Mittel Zuflucht. Erhe Frau G. zu dem Schuttmann gelangen konnte, war der Angeklagte dazwischengetreten und beschuldigte nun seinerseits die Frau G., diese wäre ein „Frauenzimmer“ und hätte ihn „angequasselt“. Außerdem glaube er, sei dies dieselbe Person, die erst einige Tage vorher einen Diebstahl verübt habe. Auf diese insamen Beschuldigungen des „Kavaliers“ blieb dem Beamten nichts weiter übrig, als Frau G., die vor Scham kein Wort hervorbringen konnte, nach der Polizeiwache zu schieben. Hier erklärte sich natürlich der Sachverhalt bald auf und der Spieß wurde umgedreht. Radow wurde von der Strafkammer wegen Verleumdung, wissentlich falscher Anschuldigung und Freiheitsberaubung gesten zu der milden Strafe von 6 Wochen Gefängnis verurteilt.

### „Intellektuelle“ unter sich.

Der Schriftsteller Leuß hat ein Memoirenwerk über den Freiherrn von Hammerstein geschrieben. Das kritisierte der Schriftsteller Harden in seiner „Zukunft“ vom 18. Mai 1905 abfällig, bezeichnete es aber immerhin als „lesenswert“. Der Tadel der Kritik verschmühte Herrn Leuß. Das tat er in einem Artikel der Reichsblättern inwischen eingegangenen Sammelzeitung für unzufriedene „Intellektuelle“ „Europa“ kund. Diese Kritik der Kritik wurde wieder von Harden in seiner „Zukunft“ behandelt. Dabei meinte Harden von Leuß, er habe ihm für erwiesene Freundlichkeit mit „Lümmeleien“ geantwortet, er brauchte Ausdrücke wie „Rüpelreden“, „Klappfüßlergeschwätz“, „Gentleman“ und sagte, „vielleicht weiß Herr Leuß im Geschäftsbetriebe der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik, für die er mit so schönem Eifer eintritt, besser Bescheid“. Leuß erwiderte in dem letzten Passus den Vorwurf der Korruption und schloß aus dem angewendeten Sauerbrot auf eine Absicht des Harden, ihn zu beleidigen. In der „Europa“ sprach er dann von einem „Puppentanz der Kritik“, einem „Marronettenspiel“ u. dgl. und ließ sich zum „Vor dem Schöffengericht bestritt Harden den dem angeführten Passus unterstellten Sinn und eine Absicht der Verleumdung. Das Schöffengericht nahm Wahrnehmung berechtigter Interessen an und sprach Harden frei. Die Berufungskammer kam zu dem gleichen Ergebnis und wahrte damit die Freiheit der Kritik für den Streit zweier „Intellektueller“ über ihre gegenseitigen Leistungen. Ein weißer und gerechter Richter.

### Um die richterliche Schließung eines für politisch erklärten Frauenvereins

handelte es sich bei einer Revisionsverhandlung vor dem Kammergericht. Das Landgericht zu Ueberfeld hatte sämtliche Vorstandsmitglieder des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins zu Weibert (die Frauen Weber, Lorenz und fünf weitere Genossinnen) auf Grund der §§ 8 und 16 des preussischen Vereinsgesetzes zu je 15 M. Geldstrafe verurteilt, weil sie Frauen als Mitglieder in einen Verein aufgenommen hätten, welcher bezwede, in Versammlungen politische Gegenstände zu erörtern. Das Landgericht sah den Frauen- und Mädchen-Bildungsverein als einen solchen Verein im Sinne des § 8 des Vereinsgesetzes an, wenn er auch nicht ausschließlich einen dezartigen Zweck verfolgte. Die Aufnahme von Frauen in den Verein widerspreche dem § 8 des Gesetzes. Alle Vorstandsmitglieder seien deshalb zu bestrafen. — Das Landgericht lehnte es jedoch ab, auf Schließung des Vereins zu erkennen, und führte für diese Stellungnahme an, daß der Verein nur gelegentlich für politische Zwecke gemäß § 8 mißbraucht worden sei und nur gelegentlich dafür habe mißbraucht werden sollen, sowie daß die Angeklagten bisher noch unbescholten gewesen seien. — § 16 des Vereinsgesetzes bestimmt, daß bei Übertretungen des § 8 auch „nach der Schwere der Umstände auf Schließung des Vereins erkannt werden kann“, und sieht weiter vor, daß darauf erkannt werden muß, wenn Vorkseher, Ordner oder Leiter sich wiederholt strafbar gemacht haben. — Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und verlangte die richterliche Schließung des Vereins.

Das Kammergericht verwarf das Rechtsmittel der Staatsanwaltschaft mit der Begründung: Da § 16 es dem richterlichen Ermessen anheim gebe, ob der Verein geschlossen werden solle oder nicht, so sei dies lediglich Sache der Strafzumessung und könne in der Revisionsinstanz überhaupt nicht nachgeprüft werden.

### Gegen Kurpfuserei.

Wegen fahrlässiger Körperverletzung ist am 24. August v. J. vom Landgericht Dresden der „Heilkundige“ Albrecht Rosa für drei Monate Gefängnis verurteilt worden. Er hat einer Kaufmannsfrau, die an Krebs litt, versichert, sie brauche sich nicht operieren zu lassen und sie dann in Behandlung genommen. Die Frau wurde später in Berlin operiert. Darin, daß der Angeklagte die Operation um ein halbes Jahr verzögert hat, wurde die Körperverletzung erkl. — Die Revision des Angeklagten wurde am Freitag vom Reichsgerichte verworfen.

Die Gewissenlosigkeit von Leuten, die als Befähigung lediglich völlige Unkenntnis der von der medizinischen Wissenschaft erarbeiteten Forschungsergebnisse aufzuweisen haben, sich als „Heilkundige“ anzupreisen, wurde wenig Boden haben, wenn nicht völlige Unkenntnis von der Heilkunde unsere Schulen beherrschte und wenn nicht das Gebaren einer Reihe Klassen- und Berufsgegenschaften-Verzele leider das Zutreten zur Hülfsbereitschaft und Hülfsmöglichkeit durch studierte Ärzte immer mehr untergräbe. Diese sind es, die vom moralischen Standpunkt aus in Fällen wie dem vor dem Reichsgericht verhandelten auf die Anklagebank gehören.

### Verletzung durch ein Kuppelradchen der Lokomotive.

Am 28. September 1903 passierte dem in der Frankfurter Transport- und Unfall-Versicherungsgesellschaft versicherten Geschäftsfreisenden G. auf einer Eisenbahnfahrt in Mecklenburg infolern ein Unfall, als ihm ein Kuppelradchen der Lokomotive des Juges ins Auge kam und ihm schließlich dadurch die Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt wurde. G. hatte sich am 6. Oktober 1903 zum erstenmal in ärztliche Behandlung gegeben, sowie später am 9., 12. und 24. Oktober, ohne daß eine Besserung erzielt worden war; während dieser Zeit machte er auch teilweise seine Reisen weiter. Als er sich dann am 6. November in der Behandlung eines andern Arztes begab, erfuhr er von diesem, daß eine Operation vorgenommen werden müsse und die Verletzung demnach gefährlich sei. Kläger hat dann am 10. November bei der genannten Versicherungsgesellschaft Infallanzzeige erstattet. Die Gesellschaft verweigert jedoch jetzt jede nach Maßgabe der Versicherungsbedingungen verlangte Entschädigung. Sie macht hierzu geltend, daß Kläger nach den Versicherungsbedingungen verpflichtet war, von dem Unfall sobald als möglich, spätestens aber 8 Tage nach dem Unfallereignis, Anzeige zu erstatten. Sodann sei er aber auch verpflichtet gewesen, dauernd einen praktischen Arzt zu ziehen und für geeignete Krankenpflege zu sorgen; so hätte er auch das Reisen nach dem 10. Oktober unterlassen müssen, da es ihm vom Arzt verboten worden sei. Wegen Auserlassung der Bedingungen habe er somit laut den Vorschriften den Versicherungsanspruch verwirkt. Infolgedessen hat der Versicherungsnehmer Klage eingeleitet.

Das Landgericht wie auch das Oberlandesgericht Frankfurt a. M. erkannten auf Verurteilung der Versicherungsgesellschaft. Es führt das Oberlandesgericht in seinen Entscheidungsgründen zu diesem Fall aus, daß unter dem Begriff Unfall im Sinne der Versicherungsbedingungen nicht jede körperliche Verletzung falle, welche das Wohlbefinden des Menschen störe, sondern nur eine körperliche Beschädigung, welche den Tod oder eine teilweise Erwerbsunfähigkeit

berursache. Die Unfallanmeldepflicht habe deshalb erst mit dem Zeitpunkt begonnen, als Kläger damit rechnen mußte, daß er einen dauernden Schaden davontragen werde. Da nun der Sachverständige hervorhebe, daß das Eindringen eines Kohlenstäubchens ins Auge etwas alltägliches sei, so sei dem Kläger kein Vorwurf daraus zu machen, daß er nicht gleich einen Arzt zu Rate gezogen und er erst vom 6. November ab, als ihm die Gefährlichkeit der Verletzung mitgeteilt wurde, mit einem anmeldepflichtigen Unfall rechnete und sich von da ab seines Leidens erst bewußt wurde. Was allerdings das an den Kläger ergangene Reiseverbot seitens des ersten Arztes wegen der Hornhautentzündung betreffe, so komme hier die Verteilung der Versicherungssumme in Betracht, wenn Kläger dieses Verbot übertreten habe. Da Kläger jedoch bestritt, daß ein solches Verbot an ihn ergangen sei, erkannte das Oberlandesgericht in diesem Punkte auf einen Eid des Klägers dahin, daß es nicht wahr sei, daß Dr. L. ihm das Reisen verboten habe. Bei Leistung dieses Eides solle dann der Klage stattgegeben werden, während für den Fall der Verweigerung Kläger mit seinen Ansprüchen abgewiesen werden soll.

Die gegen dieses Urteil seitens der beklagten Versicherungsgesellschaft eingelegte Revision wurde vom VII. Zivilsenat des Reichsgerichts zurückgewiesen.

Die Begriffsbestimmung, die hier das Reichsgericht für Unfälle gibt, befindet sich in erfreulichem Gegensatz zu der Judikatur des Reichsversicherungsamts der letzten Jahre. Sie ist natürlich auch für Betriebsunfälle anwendbar.

### Zum Begriff der Notwehr.

Vom Landgericht Weuthen ist am 1. September v. J. der Fleischer Alois Gaiditz in Weuthen wegen Körperverletzung zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Bei einem Wirtshausstreit wurde er von seinen beiden Gegnern in eine Ecke gedrängt. Er zog sein Messer und drohte jenen. Als der Angeklagte mit seinem Rade wegfahren wollte, holte der Gegner M. eine Wagenturme und schlug damit auf den Angeklagten los. Dieser stieg vom Rade und stach auf M. los, zugleich aber auch auf G., der dem M. in diesem Augenblick zu Hilfe kam. Als Gaiditz auf beide losstach, so heißt es in dem Urteil, war er nicht mehr angegriffen, denn er hatte den M. bereits zu Boden geworfen; er hätte auf dem Rade wegfahren können. M. ist übrigens wegen hinterlistigen Ueberfalls verurteilt worden. — Auf die Revision des Angeklagten hob am Freitag das Reichsgericht das Urteil auf und wies die Sache an das Landgericht zurück, da die Annahme, daß Notwehr nicht vorliege oder überschritten sei, unzureichend begründet sei.

## Vermischtes.

### Das Automobilunglück im Thüringer Walde.

Ein außerordentliches Sitzungslokal hat sich die kürzlich Meißnische Strafkammer in Gera für eine Gerichtsverhandlung erwählt, die heute hier stattfindet und bei der es sich um jenes folgenschwere Automobilunglück handelt, das in den Osterferien des Jahres 1905 weit über die thüringischen Grenzen hinaus Aufsehen und Entrüstung erregte. Das Verdict ist nämlich im hiesigen Chausseehause verammelt, das in unmittelbarer Nähe der damaligen Unfallstelle liegt, um von hier aus eventuell im Laufe der Verhandlungen eine Lokalbesichtigung der Unfallstrecke vornehmen zu können.

Die Angeklagten in diesem aufsehenerregenden Prozesse sind: der Berliner Rechtsanwalt Dr. Willi Abrahamsohn und der 23jährige Chauffeur Karl Nowaczyl, welcher letzterer damals in Diensten des Rechtsanwalts stand. — Rechtsanwalt Abrahamsohn war am Ostermontag, den 23. April 1905, von Berlin aus in Begleitung seiner Frau, seiner Schwägerin und noch eines anderen Herrn, zu einer Osterspazierfahrt nach dem Thüringer Walde abgefahren. Am zweiten Osterfeiertag nachmittags passierte das Automobil die Chaussee zwischen Böhmek und Reustadt a. d. Orla bei sehr regnerischem, trübem Wetter. Kurz vor dem Webersdorf Köstiz im Altenburgischen und hinter dem Chausseehause dieses Ortes besagte das Gefährt zwei kleinen Mädchen, der neunjährigen Klara Schröter und der dreijährigen Anna Schröter, Kindern des Tuchmachers Schröter aus Köstiz, die in Begleitung mehrerer anderer Kinder einen Besuch in einem benachbarten Dorfe ausführen wollten. Die Chaussee soll auch sonst aus Anlaß des Feiertages stark belebt gewesen sein, und die Passagiere des Automobils hätten daher nach Ansicht der Anklagebehörde die Pflicht gehabt, die Chaussee und den Ort mit der niedrigsten Geschwindigkeit zu durchfahren. Dies soll jedoch nicht der Fall gewesen sein. Tatsache ist jedenfalls, daß das dreijährige Mädchen von dem Schnupblech des dahinsrasenden Automobils erfasst und zu Boden geschleudert wurde, sodas es einen Schädelbruch erlitt, der seinen sofortigen Tod herbeiführte. Auch sein neunjähriges Schwesterchen wurde zu Boden gerissen, doch kam es mit einigen leichteren Verletzungen davon.

Der angeklagte Chauffeur Nowaczyl soll darauf den Versuch gemacht haben, das Fahrzeug zum Stillstand zu bringen, in diesem Augenblick hätte jedoch eine der im Automobil befindlichen Damen nach der Kurbel gegriffen und ausgerufen: „Wir fahren durch!“ Der Wagen ist dann auch, ohne zu halten, weitergefahren, und zwar zum Glück seiner Insassen, denn die Erregung unter der Weiberbevölkerung war so groß, daß sie sicher gelähmt worden wären. Der sofort benachrichtigten Gendarmerie gelang es nicht, den Wagen zu ermitteln, doch meldete sich am nächsten Tage Rechtsanwalt Dr. Willi Abrahamsohn von Gera aus als seinen Besizer, nachdem er in der Zeitung eine Schilderung des angerichteten Unheils gefunden hatte. Die seiner Frau bezw. seiner Schwägerin von den Zeugen des Vorfalls in den Mund gelegte tobe Äußerung bestritt er ganz entschieden. Er sowohl wie der Chauffeur und die übrigen Insassen des Wagens wollten durch den niederdrömenden Regen detart geblendet gewesen sein, daß sie überhaupt von dem ganzen Vorfall nichts bemerkt hätten.

In der Folge fanden dann zahlreiche Lokalbesichtigungen der in Betracht kommenden Strecke statt und auf Antrag der Verteidigung sogar eine amtliche Befahrung der Unfallstätte per Automobil. Auf diese Weise sollte die Schnelligkeit festgestellt werden, mit der Rechtsanwalt Abrahamsohn bezw. sein Chauffeur gefahren war. Der gerichtliche Sachverständige für das Automobilwesen, Ingenieur Jochim (Berlin), befandete damals, daß das Fahrtempo des Wagens sich in den richtigen Grenzen gehalten habe, während der von der Staatsanwaltschaft geladene Sachverständige, Chauffeur Bader (Gera), begutachtete, daß der Wagen zu schnell gefahren sei.

Im Verlaufe der letzten zwei Jahre ist dann mehrfach eine gerichtliche Erörterung des Falles versucht worden, die aber daran scheiterte, daß der Hauptangeklagte, der Chauffeur Nowaczyl, bald nach der Tat ins Ausland entflohen war. Er hat sich erst jetzt wieder aus Palmatien hier eingefunden und steht nunmehr im Verein mit Rechtsanwalt Dr. Abrahamsohn heute wegen Vergehens gegen §§ 223 und 230 Absatz 1 des Strafgesetzbuches hier vor Gericht.

Seine Verteidigung hat Rechtsanwalt Reinhardt (Berlin) übernommen, während dem Dr. Abrahamsohn Justizrat Dr. Sello (Berlin) und Rechtsanwalt Dr. Webedind (Gera) als Verteidiger zur Seite stehen.

Es sind wieder mehrere Sachverständige geladen, und unter den 23 Zeugen des Vorfalls befinden sich neben den damaligen Insassen des Wagens, die kleine Schwester des getöteten Kindes, sowie die sonstigen Zeugen des Unfalls.

Nach zweitägiger Verhandlung verurteilte die Strafkammer den Rechtsanwalt Dr. Abrahamsohn zu 14 Tagen Gefängnis. Sein früherer Chauffeur Nowaczyl wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Beide haben außerdem die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Chicago in einer sozialdemokratischen Konsumbäckerei.

Unter dieser appetitanregenden Überschrift steht die „Deutsche Tageszeitung“ ihren Lesern in der Nr. 103 einen Artikel vor, in dem allerlei liebliche Unsauberkeiten aus der Bäckerei des Konsumvereins Magdeburg-Neustadt geschildert werden. Der gleiche Artikel findet sich in einer Reihe anderer Tagesblätter. Die Unterlage zu dem Artikel hat dem bündlerischen Blatte die Broschüre eines ebendam in der Bäckerei des Konsumvereins beschäftigten Bäckers namens Kaiser gegeben. Die Broschüre gelangte kurz vor der Reichstagswahl in Magdeburg zur Verbreitung und hat nach der Ansicht der „vereinigten Nationalen“ nicht unwesentlich dazu beigetragen, den Sozialdemokraten das Magdeburger Mandat zu entreißen. Selbstverständlich ist es niemand anders als der Reichsberufungsverband, dem das „Verdienst“ an der Herausgabe der Broschüre zukommt. Der Kaiser hat sich aus Rache für seine Entlassung den Riechertmännern zur Verfügung gestellt. Was er in seiner Broschüre behauptet, das sind entweder blanke Erfindungen oder grotesk aufgebauschte Harmlosigkeiten, die schon Jahre zurückliegen und sich jetzt nicht mehr nachprüfen lassen. Es ist hier nicht der Platz, die in der Broschüre aufgestellten und von der „Deutschen Tageszeitung“ zum Teil wiedergegebenen Behauptungen zu widerlegen. Es sei nur bemerkt, daß die wenigen Unsauberkeiten, die wirklich vorgekommen sind, auf Unwissenheit zurückzuführen sind. Die Bäckerei des Konsumvereins Neustadt beschäftigt etwa 100 Bäcker, größtenteils ehemalige Kleinmeister. Unter ihnen befanden sich welche, die mit vollem Bewußtsein Unsauberkeiten verübt haben, um die Konsumvereinsbäckerei, die ihnen ihrer Meinung nach ihre Existenz geraubt hatte, in Mißkredit zu bringen. Ein wegen solcher Unsauberkeiten Entlassener war der Bäcker Kaiser, der Verfasser der Broschüre. Niemand anders als dieser selbst war nämlich der Held, von dem in der Broschüre erzählt wird, daß er „sich eines Tages die Fingerringel unmittelbar am Backtisch beschnitt, so daß die abgeschnittenen Teile auf den Backtisch fielen.“ Man mag daran ersehen, wieviel Wert den übrigen Behauptungen beizulegen ist. Die Verwaltung des Vereins hat stets Gewicht auf peinlichste Sauberkeit gelegt und die Einrichtungen des Betriebes lassen eine solche zu. Die Arbeitsordnung verlangt sogar, daß jeder, dem Unsauberkeiten bekannt werden, davon Mitteilung zu machen verpflichtet ist, widrigenfalls er entlassen wird! Es ist denn auch gleich nach dem Erscheinen der Subelbroschüre angeklagt worden, daß dem Kaiser Gelegenheit gegeben werden soll, mit ihm vor Gericht über seine Behauptungen zu reden.

Was über den Terrorismus gesagt wird, der in dem Bäckereibetrieb des Konsumvereins von den sozialdemokratischen Bäckern verübt werden soll, das ist dasselbe, was man jetzt in allen Tonarten in der bürgerlichen Presse tagtäglich liest. Es ist Unsinn, daß die „Angeklagten“ regelmäßig die Leitung des Magdeburger sozialdemokratischen Organs vorlegen müßten. Nichts weiter ist geschehen, als daß Sozialdemokraten unter ihren Arbeitskollegen für ihre Zeitung agitiert haben.

Der Kaiser hat für seine Broschüre, die übrigens nicht mehr Text enthält, als ein Leitartikel mittleren Umfangs, vom Reichsberufungsverband durch die Vermittlung des Obermeisters Reber von der Magdeburger Bäckerringung 600 M. erhalten. Zudem wird er jetzt als Wanderredner beschäftigt. Ueberall trägt er den Inhalt seiner Broschüre vor, mit dem Erfolge, daß beispielsweise in Dessau die Kleinbäckerei, denen er mit seiner Agitation doch nutzen will, von ihm sagten, er werde mehr als er gut mache. Auch in Berlin hat er bereits „geredet“.

Die „Deutsche Tageszeitung“, die die Verhältnisse in der Magdeburger Konsumbäckerei in Gegensatz stellt zu den ihrer Meinung nach vorzüglichen Verhältnissen in den Kleinbäckereien, wird damit nicht viel Glück haben. Was in diesen in bezug auf Sauberkeit auf sanitäre Einrichtungen zu wünschen übrig bleibt, das ist, und zwar nicht nur in sozialdemokratischen Kreisen, bekannt genug. Die Bäckerei des Konsumvereins Magdeburg-Neustadt ist eine der größten Deutschlands; sie ist so vorzüglich eingerichtet und bietet so große Gewähr für Sauberkeit in jeder Beziehung, daß man ohne Uebertreibung sagen kann, es gibt keine Kleinbäckerei in Deutschland, die mit ihr den Vergleich aushalten kann.

Wäre aber auch alles, was die Gegner über Mißstände und Unregelmäßigkeiten in Konsumvereinen verbreiten so wahr, wie es unwahr ist, so würde das nicht das geringste gegen die sozialdemokratische Partei oder Parteibestrebungen beweisen. Das wäre nur dann der Fall, wenn etwa die sozialdemokratische Presse derartige Mißstände verteidigte oder wenn Mißstände deshalb in Konsumvereinen existierten, weil die Leitung sich in sozialdemokratischen Händen befindet. Das Gegenteil trifft zu. Insbesondere der „Vorwärts“ hat an vorhandenen Mißständen in Konsumvereinen mit derselben Offenheit Kritik geübt wie an solchen anderer Betriebe. Soweit die Konsumvereine wesentlich aus sozialdemokratisch gesinnten Mitgliedern bestehen und ihre Leitung sich in sozialdemokratischen Händen befindet, sind die in diesen Vereinen herrschenden Zustände nach jeder Richtung erheblich bessere als die in anderen Betrieben bestehenden. Am schlechtesten schneiden nach dieser Richtung die unter konservativer Leitung stehenden Wirtschaftsgenossenschaften ab, wie z. B. das Lieblingkind der „Deutschen Tageszeitung“, die durch schlechte, strafbar schlechte Geschäftsleitung, durch auffallende Geschehenkenntnis ihrer Leiter sowie durch schwere Schädigung des Mittelstandes, insbesondere des Kleinbauernstandes, ausgezeichnete „Milchzentrale“. Der den objektiven Tatbestand strafbaren Bankrott dieser Wirtschaftsgenossenschaft darstellende Zusammenbruch dieses konservativen Erzeugnisses ist bekanntlich lediglich deshalb nicht strafrechtlich verfolgt, weil die Staatsanwaltschaft annahm, bei der horrenden Geschehenkenntnis der Leiter dieser Zentrale lasse sich das Bewußtsein der Tragweite der Handlungen dieser verachteten konservativen Gründung nicht nachweisen. Vielleicht verwendet die „Deutsche Tageszeitung“ ihren Einfluß zur Anstellung des Herrn Kaiser als Sanierungsrat der „Milchzentrale“.

Partei-Angelegenheiten.

Ein Wahlstab für die Intensität der verflochtenen Wahlkampagne dürfte bis zu einem gewissen Grade ein Ueberblick über die zur Verbreitung gelangten Druckerzeugnisse bieten. Wohl keine Wahl hat eine solche Fülle von Flugblättern und Wahlbrudersachen gezeigt, als die letzte Februarwahl. Der Reichsverband, der Flottenverein, das „nationale Kartell“ haben eine Sündflut von bedrudtem Papier über das ganze Land ergossen — wieviel davon aus den geheimen Fonds der Regierungen gezahlt worden ist, darüber werden die Regierungen wohl nichts verraten: die Spenden der Deutscher Börse und die Kasse der Scharfmacher bieten einen sicheren Anhaltspunkt. Die Reichsregierung der 12000 Mark-Spende aber hat nach den Versicherungen Wilsons keinen Groschen aus den „amtlichen“ Fonds dazu gegeben, sie hat nur die Rolle des ehelichen und reinlichen Mäkkers gespielt. Wir glauben's natürlich!

Unsere Partei braucht sich indes auch nicht zu schämen, sie hat ihr redlich Teil von Flugblättern zur Auffklärung der Wähler verbreitet, wenn auch noch lange nicht genug. Die Magdeburger „Vollstimme“ hat zum Beispiel kürzlich mitgeteilt, daß ihre Druckerei allein 1071000 Flugblätter und insgesamt an Wahlbrudersachen 2034255 Stück hergestellt hat. In ähnlichem Maße haben die anderen Parteidruckereien Wahlbrudersachen anfertigen müssen.

Die „Vorwärts“-Druckerei in Berlin hat für die Hauptwahl 120 Flugblätter in einer Auflage von 7467700 Exemplaren und für die Stichwahl 19 Flugblätter in 2615000 Exemplaren hergestellt. Davon entfielen auf Berlin I . . . 4 Flugblätter in 127500 Exemplaren Berlin II . . . 5 . . . 457000 . . . Berlin III . . . 6 . . . 280000 . . . Berlin IV . . . 4 . . . 880000 . . . Berlin V . . . 8 . . . 866000 . . . Berlin VI . . . 3 . . . 805000 . . .

Für Telem-Weeslo kamen zur Verbreitung: Eine Wahlbroschüre in einer Auflage von 76000 Exemplaren und acht einheitliche Flugblätter in 1130000 Exemplaren; für Nieder-Varnim zwei solche Flugblätter in 321000 Exemplaren; daneben natürlich noch eine ganze Anzahl von Spezialflugblättern an einzelnen Orten. Das gleiche gilt für die ganze Provinz Brandenburg, für welche außer 736000 Einzelkreisflugblättern die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg ein einheitliches Flugblatt in 356000 Exemplaren zur Verbreitung brachte. Der Parteivorstand ließ für die Hauptwahl 968000, für die Stichwahl die illustrierten Flugblätter in 2199000 Exemplaren versenden; daneben wurden noch 800000 Frauen-Flugblätter hergestellt und versandt. Im Stimmzettel druckte die „Vorwärts“-Druckerei 4387500, an Plakaten 28700, an Handzetteln, Wahlaufforderungen, Schlepptzetteln u. dgl. 3095400, insgesamt an Wahlbrudersachen überhaupt 18532600 Stück. Dazu kommt noch das sozialdemokratische Wahlhandbuch, 12 Bogen stark, in 60000 Auflage, und weiter lieferte die „Vorwärts“-Druckerei an die verschiedenen Wahlkreise 1330800 Briefstücker für die verschiedenen Wahlarbeiten.

Wenn man bedenkt, daß die „Vorwärts“-Druckerei während der Wahlkampagne auch ihre laufenden Druckaufträge erledigen mußte, so liefert dieser Ueberblick auch einen kleinen Beitrag für die Leistungsfähigkeit der Druckerei, der Schöpfung der Berliner Genossen.

Dritter Wahlkreis. Sonntag, den 10. März, abends 6 Uhr, findet in den Arminkallen, Kommandantenstr. 20, eine Versammlung mit Frauen statt. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein. Entree inkl. Garderobe 20 Pf. Tanz frei.

Lichtenberg. Die Parteigenossen werden dringend ersucht, den wegen der Wahlarbeit notwendigen Extrazahlabend am heutigen Mittwoch in den Abteilungslokalen zu besuchen. Aus gleicher Ursache muß am Donnerstag, den 7. März, eine Generalversammlung stattfinden. Hier sollen die Kandidaten aufgestellt und die örtlichen Kommissionen gewählt werden. Versammlungsort: Gärlich, Frankfurter Chaussee 128. Ehrenpflicht eines jeden Genossen muß es sein, sich in diesen Tagen an der Parteiarbeit und an den Veranstaltungen zu beteiligen. Der Vorstand.

Weißensee. Heute Mittwoch, den 6. März, findet in allen Abteilungen abends 8 1/2 Uhr ein Extrazahlabend statt. Regere Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Das Unterrichtswesen im Stadthaushaltsetat.

Den Stadtverordneten wurde in der ersten Lesung des neuen Stadthaushalts vom Herrn Stadtkämmerer auseinandergesetzt, daß die Belastung auch der stärksten Schultern schließlich ihre Grenzen habe, und daß daher „weisse Sparbarkeit“ geübt werden müsse. Die Freisinnigen nickten ihm Beifall. Was sie da aus den Worten des Kämmerers heraushörten, das ist ja von jeher das „kommunale Programm“ des Berliner Freisinnigen gewesen: in der Ausgestaltung und Vervollkommnung aller der Einrichtungen, die den minderbemittelten Einwohnern Berlins zugute kommen, soll die Gemeinde nicht „zu weit“ gehen, auf daß nicht dem Häuslein der Bessersituierten eine „zu hohe“ Steuerleistung zugemutet zu werden brauche.

Im Unterrichtswesen hat die aus Freisinnigen bestehende Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung diesen Grundgedanken durchzuführen so unentwegt befolgt, daß unsere Gemeindeschulen, die ja den Kindern der Minderbemittelten als einzige Quelle der Bildung zugänglich sind, schließlich in nur zu vielen Punkten hinter den Schulen sehr viel kleinerer Orte sehr weit zurückstanden. In neuerer Zeit ist hierin manches bei uns anders geworden, dank der Mitarbeit der Sozialdemokraten in der Gemeindeverwaltung — der Sozialdemokraten, über die der Berliner Stadtfreisinn, so oft wir Kommunalwahlen haben, die Schwindelmär zu verbreiten liebt, daß sie nur kritisieren können, nur nörgeln wollen und keine positive Leistung aufzuweisen haben. Aber der Fortschritt, der auf diesem Gebiete durch unsere im Stadtparlament sitzenden Genossen angebahnt wurde, ist den Freisinnigen schon wieder zuviel, und schon schreien sie Wortführer wieder über die Kosten, die dem Stadtsäckel daraus erwachsen.

Von den 147 1/2 Millionen Mark Ausgabe, mit denen der Stadthaushaltsetat für das Jahr 1907 abschließt, werden allein 27 1/2 Millionen durch die Unterrichtsverwaltung beansprucht. Die Einnahmen der Unterrichtsverwaltung stellen sich auf 3 1/2 Millionen, mithin sind hier 24 1/2 Millionen aus dem Stadtsäckel zuzuschießen. Das Unterrichtswesen ist die „kostspieligste“ aller Verwaltungen, die Zuschuß erfordern. Den Stadtfreisinn erfüllt das mit gemischten Gefühlen: er prahlt mit den Summen, die die Stadt Berlin für ihre Schulen ausgibt, und — ärgert sich, daß sie so hoch sein müssen.

Für die höheren Schulen wäre den Geldsackvertretern in unserem Stadtparlament keine Ausgabe zu groß. Aber es verdrieht sie, daß etwa zwei Drittel der Gesamtausgabe der Unterrichtsverwaltung auf die Gemeindeschulen verwendet werden müssen — auf die Schulen für den Nachwuchs derjenigen Einwohner, die nach der allgemeinen Behauptung des Freisinn's größtenteils „überhaupt keine Steuern zahlen“. Die Gemeindeschulen stehen im neuen Etat mit 18 818 377 M. Ausgabe, mit 499 596 M. Einnahme, fast genau soviel wie im Vorjahr, erwartet werden, so sind 18 709 610 M. aus dem Stadtsäckel zuzuschießen. Die Ausgaben, die noch durch die allgemeine Aufbesserung der Lehrergehälter verursacht werden und auch für das Vorjahr nachgezahlt werden müssen, sind hier nicht miteinbegriffen. Für sie stehen im Stadthaushaltsetat an besonderer Stelle noch 240 000 M., im vorigen Jahr waren zu demselben Zweck 440 000 M. bereit gehalten worden, die noch nicht verbraucht sind. Die Gehälter fallen übrigens bei den Schulen mehr als in irgend einem anderen Zweige der Gemeindeverwaltung ins Gewicht. Im Gemeindeschulsetat

bilden die Gehaltsaufwendungen (für Lehrpersonen einschließlich Schuldienere und Schularzte) etwa sechs Siebentel der Gesamtausgabe.

Die Vermehrung der Schulen und Klassen, die der Etat anzukündigen pflegt, ist leider zum Teil nur eine Maßregel „auf dem Papier“. Diesmal werden 7 neue Schulen und 140 neue Klassen versprochen. Im Etatjahr 1906 sollten gleichfalls 140 neue Klassen hinzukommen, tatsächlich stieg aber die Zahl der Klassen nur um 120. Für 1905 waren 150 Klassen versprochen worden, es kamen aber nur 105 hinzu. Wieviel wird man in 1907 „weisse eriparen“? Ob übrigens im Jahre 1907 die Zahl der Schulen, wie versprochen, um 7 steigen wird, das steht auch noch nicht fest. Der Etat verrät nämlich nicht, wieviel Säulen man dafür an anderen Stellen der Stadt als „überflüssig“ ansehe und auflösen wird. Neue Schulhäuser gibts diesmal überhaupt nicht. Dafür werden wieder noch mehr Schulen in Mietskasernen hineingesteckt.

Das mittlere und höhere Schulwesen steht im neuen Etat mit folgenden Beträgen, die von denen des Vorjahres nicht erheblich abweichen: Realschulen mit 1 509 222 M. Ausgabe, 505 906 M. Einnahme, 1 003 316 M. Zuschuß; Oberrealschulen, Realgymnasien, Gymnasien mit 3 682 112 M. Ausgabe, 1 615 327 M. Einnahme, 2 066 785 M. Zuschuß; höhere Mädchenschulen mit 842 902 M. Ausgabe, 631 625 M. Einnahme, 211 277 M. Zuschuß. Für die geringe Zahl von Schülern und Schülerinnen, die in diesen Schulen sitzen — sie ist etwa ein Zehntel der Zahl der Gemeindeschulkinder — sind das ganz anständige Zuschüsse. Bei den höheren Schulen für Knaben ist trotz Schulgeldzahlung der Zuschuß pro Schüler so bedeutend, daß er sich auf das Doppelte des Zuschusses pro Gemeindeschüler stellt.

Aus den übrigen Abteilungen der Unterrichtsverwaltung sei hier nur noch das Fortbildungs- und Fachschulwesen erwähnt, das diesmal mit 2 263 860 M. Ausgabe, 397 140 M. Einnahme, 1 866 720 M. Zuschuß im Etat steht. Die Pflicht-Fortbildungsschule allein ist hieran beteiligt mit 808 190 M. Ausgabe, nur 1 146 M. Einnahme, 807 044 M. Zuschuß. Der Zuschuß ist gegenüber dem Vorjahr wieder um 280 444 M. höher eingesetzt, weil jetzt der dritte Jahrgang der Schüler aufgenommen wird, womit dann der Ausbau der Pflicht-Fortbildungsschule fertig ist.

Im städtischen Etatausschuß wurde bei der Beratung des Kammereletats beschlossen, dem Plenum der Versammlung vorzuschlagen, den Magistrat zu ersuchen, sämtliche auf öffentlichen Straßen und Plätzen zu errichtenden Bauarbeiten (Kioske usw.) in Zukunft vor der Genehmigung bzw. vor Abschluß eines Vertrages der Stadtverordneten-Versammlung zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Dieser Beschluß ist ergangen, nachdem die Aufstellung von Zeitungskiosken auf verschiedenen Plätzen erfolgt ist, wovon die Versammlung erst nachträglich Kenntnis erlangt hat. Die Tiefbaudeputation hatte bisher das Recht, die Erlaubnis für derartige Bauten mit Zustimmung des Magistrats auf eine bestimmte Zeit zu erteilen. Der Ausschuß wünscht, daß nunmehr in allen Fällen auch die Stadtverordneten mit beschließen. Ferner wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, die Genehmigung zum Bau des Schloßbogens zur Verbindung der Grundstücke der Deutschen Bank mit der Französischenstraße erst nach der Beschlußfassung der Stadtverordnetenversammlung zu erteilen bzw. von dieser abhängig zu machen.

Die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 7. März, ist eine äußerst umfangreiche und es ist gar nicht abzusehen, wann die vielen Vorlagen ihre Erledigung finden sollen, wenn man bedenkt, daß auch die Beratungen der Einzelkammern, die im Augenblick den Etatausschuß beschäftigen, bis Ende März ihre Erledigung finden müssen. Die diesmalige Tagesordnung umfaßt u. a. folgende Punkte: Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betreffend schnellere Verrückung der Sämnemassen bei größeren Sämnerefällen. — Vorlagen, betreffend: die Enteignung eines Teils des Inselfischergrundstücks, — den freihändigen Erwerb des Grundstücks Gartenstr. 92, — Pflanzung von Kalksteinberechtigungen, — die Errichtung von Kalksteinwerken auf den städtischen Kalksteinwerken, — die in den Etat für 1907 aufzunehmenden neuen oder abgeänderten Gehaltskassen, — die Auswahl der Neu- und Umplazierungen für das Rechnungsjahr 1907, — die Verlegung eines Rohrstranges durch das Gelände im Nordosten des Reichsbildes zur Verbesserung der Wasserreinigung der nördlichen Hochstadt — und die Vermehrung der etatmäßigen Stellen im Etatjahre 1907. — Berichterstaltung über die Vorlagen, betreffend: die Verwendung eines Teiles des städtischen Geländes an der Pan- und Wiesenstraße für Gemeindeschulzwecke — und die bei dem Untersuchungsamt der Stadt Berlin für Nahrungsmittel, Genussmittel und Gebrauchsgegenstände zunächst einzurichtenden Stellen. — Vorlagen, betreffend: Die Bewilligung von 10 000 M. Unterstützung für die auf der Grube Neben-Saarbrüden beruhenden Bergarbeiter und deren Witwen und Waisen, — die Errichtung eines Vierfamilienwohnhauses bei der Anstalt für Epileptische, Wuhlgarten, — die Neuwahl eines Stadtschuldisks, — die Ueberweisung zweier Grundstücke an die Verwaltung der städtischen Straheneinigung, zur Errichtung von Fahrzeugdepots, — den Umbau von 278 Sprengwagen der Straßenreinigung — und den Abschluß eines Vertrages zwischen der Stadtgemeinde Berlin und der Gemeinde Blankenburg über die Gasversorgung dieser Gemeinde durch die städtischen Gaswerke und die Einbeziehung der Blankenburger Gemarkung in das städtische Gasnetz. — Berichterstaltung über die Vorlage, betreffend den Entwurf einer Grundsteuerordnung nach dem Maßstabe des gemeinen Werts und einer revidierten Umsatzsteuerordnung unter Einführung einer Wertzuwachssteuer. — Vorlagen, betreffend: den speziellen Entwurf zum Neubau der Gemeindedoppelschule in der Brombergerstraße, — die Festsetzung von Fluchtlinien für die Invalidenstrasse von der Chausseestraße bis 24,8 Meter über die westliche Grundstücksgrenze der Bergakademie und bis zur Heffischenstraße, — die Bewährung eines Kostenzuschusses anlässlich der Bürgersteigerstellung des Schleswiger Ufers an die Eigentümer der Grundstücke 18 bis 25 für die Neuberlegung von Vordächern, — den Erwerb von Straßenland in der Neuen Wilhelmstraße, — die Anlage einer gesonderten Durchfahrt nach der Pumpstation IV des Kanalisationswerkes durch das Schulgrundstück Scharnhorststr. 9/10, — die Genehmigung der speziellen Projekte und Kostenanschläge für die auf dem neuen Vorwerk bei Buch zu errichtenden Bauten, — die Petition der Stadt Berlin auf Abänderung des Kommunalabgabengesetzes und Aufhebung des Steuerprivilegs der Beamten, Geistlichen und Lehrer.

Was die so außerordentlich wichtige Vorlage betreffend Einführung einer Wertzuwachssteuer betrifft, welche bald dreiviertel Jahr in einem Ausschuß gewesen ist, so dürfte ihre Erledigung noch etwas auf sich warten lassen.

Eine Armenleiche gehört zu den Dingen, mit denen nicht viele Umstände gemacht werden. Wieder einmal wird uns ein Fall bekannt, der aufs neue zeigt, mit welchem Gleichmut man auf dem Berliner Gemeindefriedhof Armenleichen einscharrt, ohne lange zu fragen, ob die etwa vorhandenen Angehörigen Kenntnis davon erhalten haben, wann die Beerdigung stattfindet.

Ein Arbeiter L., der in der Tuchstraße wohnte, war im Januar von seiner Familie bei der Polizei als vermisst gemeldet worden. Der seit langem lungenleidende und nicht mehr erwerbsfähige Mann hatte seine Wohnung verlassen, um sich in ein Krankenhaus zu begeben, war aber dort nicht eingetroffen. Die Vermutung seiner Angehörigen, daß er es vorgezogen habe, selber seinem Leben ein Ziel zu setzen, war leider richtig. Nachdem er längere Zeit vergeblich gesucht worden war, wurde in der letzten Woche des Februar seine Leiche im Landwehrkanal aufgefunden. Die von der Polizei benachrichtigte Witwe ging nach dem Leichenhaus und stellte dort fest, daß der Tote in der Tat ihr Mann war. Sie wurde nun im Bureau des Schauhauses gefragt, ob sie die Beerdigung auf eigene Kosten ausführen lassen wolle. Da Frau L. in dürftigen Verhältnissen lebt, so erwiderte sie, es sei ihr nicht möglich, die erforderliche Summe sofort aufzubringen. Als man ihr sagte, daß dann die Leiche auf Kosten der Stadt beerdigt werden müsse, gab sie sich hiermit zufrieden. Sie fragte nur, ob sie an der Beerdigung teilnehmen dürfe, worauf man ihr sagte, selbstverständlich dürfe sie das. Als sie weiter fragte, wann denn die Beerdigung sein werde, schienen die etwas kurz angebundenen Beamten ungeduldig geworden zu sein und in bekannter Manier ihr keine ganz klare Antwort gegeben zu haben. Frau L. verstand, darüber werde sie Nachricht erhalten, und sie beruhigte sich bei diesem Bescheid. Am anderen Tage ging sie noch einmal nach dem Schauhaus, aber sie wagte nicht, die Frage nach dem Zeitpunkt der Beerdigung zu wiederholen. Sie fürchtete, unfreundlich behandelt zu werden, und im übrigen meinte sie ja, man werde sie benachrichtigen. Daß die Schauhausverwaltung nicht selber die Beerdigung von Armenleichen ausführt, das war der schlichten Frau begreiflicher Weise nicht bekannt — und im Bureau des Schauhauses hat man sich nicht diese Mühe gegeben, ihr das klarzumachen. Auskunft hätte sie erhalten können bei der Leichensammelstelle (Dietrichsstraße) oder auf dem Gemeindefriedhof (Friedrichsstraße), aber Frau L. wußte das nicht. Sie wartete nur immer auf Nachricht. Inzwischen wurde die Witwe von anderer Seite darüber belehrt, daß sie von der Klasse noch Sterbegeld zu kriegen habe. Daher entschloß sie sich, den Verstorbenen auf eigene Kosten beerdigen zu lassen, und bestellte einen Sarg. Der Sargträger aber begab sich zunächst mal nach dem Schauhaus, um dort anzufragen, ob denn die Leiche jetzt, vier Tage nach der Auffindung, noch über der Erde sei. Man sagte ihm, sie sei natürlich längst nach der Leichensammelstelle gebracht worden. In der Leichensammelstelle aber bekam er die Auskunft, der Verstorbene sei nach dem Gemeindefriedhof übergeführt und dort bereits bestattet worden. Die Witwe war nicht wenig betroffen, als sie nunmehr erfuhr, daß man die Beerdigung vorgenommen hatte, ohne sie zu benachrichtigen.

Solche Vorkommnisse wären nicht möglich, wenn bei der Verwaltung des Beerdigungswesens unserer Stadt etwas mehr Verständnis für die Pflichten vorhanden wäre, die sie gegenüber den Hinterbliebenen auch eines Armen hat. Es ist wirklich kein allzu großes Stück Arbeit, von der Leichensammelstelle oder vom Gemeindefriedhof aus die Hinterbliebenen zu benachrichtigen: Die Beerdigung findet dann und dann statt. „Ach, was denn noch!“ wird wahrlich nicht der Herr Friedhofsinspektor sagen. Ja, wir sind allerdings der Meinung, daß das sehr wohl angängig wäre. Das Bestattungsamt sollte Anweisung geben, daß bei jeder aus einer öffentlichen Anstalt oder gar aus dem Schauhaus eingelieferten Leiche durch Rückfrage festgestellt wird, ob die etwa vorhandenen nächsten Angehörigen Kenntnis erhalten haben. Es kostet dann nicht mehr als eine Scheffelarte, der Familie den Zeitpunkt der Beerdigung mitzuteilen.

Die Sonnensäden, welche am 9. Februar das große Nordlicht verursacht haben, sind wieder am Ostende der Sonne erschienen und gestern bereits auf der Kreppow-Sternwarte den Beobachtern gezeigt worden. Es ist zu erwarten, daß in den nächsten Abenden vielleicht wieder Nordlichter sichtbar werden. Die Kreppow-Sternwarte wird am Mittwoch und Donnerstag statt nachmittags um 9 Uhr bereits vormittags um 10 Uhr zwecks Beobachtung dieser Ziele geöffnet werden.

Die Aufhebung des Steuerprivilegs der Beamten, Geistlichen und Lehrer befürwortet der Magistrat der Stadt Berlin in einer Petition an den Landtag. In der Begründung weist der Magistrat auf die Notwendigkeit der Erschließung von Einnahmequellen für die Kommune angesichts der immer steigenden Anforderungen hin. Er verlangt eine Änderung der §§ 33 und 35 des Kommunalabgabengesetzes.

Die Parteipetition des „Vorwärts“ in der Rügenstr. 24 wird am 10. März nach der Stettinerstr. 10 verlegt.

### Wer bezahlt die Vandalensteuer?

Dieses Schmerzenskind, welches der verflozene Reichstag im letzten Jahre seiner Existenz zur Welt brachte, wurde sofort von sachverständiger Seite als eine erneute Last auf die Schultern der schon so sehr gelagerten Tabakarbeiter bezeichnet. Wie sehr diese Sachverständigen das richtige getroffen, zeigen die Verhältnisse in den Zigarettenfabriken Berlins und anderer großer Städte.

Eine am Donnerstag, den 7. März, abends 8 1/2 Uhr, in Doekers Festsaal, Weberstr. 17, stattfindende große öffentliche Versammlung der Tabakarbeiter Berlins und Umgegend wird sich mit den Zuständen in den Zigarettenfabriken zu beschäftigen haben. Punkt 1 der Tagesordnung lautet: „Die Lage der Berliner Zigarettenarbeiter nach Einführung der Vandalensteuer, mit besonderer Berücksichtigung der Vorkommnisse in der Zigarettenfabrik Garbaty“. (Siehe auch Inferat in heutiger Nummer.) Regte Beteiligung ist dringend notwendig.

### Die Vertrauensleute.

Die Schädlichkeit des Koff- und Logiszwanges wird durch folgenden Vorfall wieder grell beleuchtet, der am 12. Februar dieses Jahres vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I Berlin seine Sühne gefunden hat. Der Wäcker Gustav Soloff war seit dem 2. Juli vorigen Jahres bei dem Wäckermeister Dentschel in Berlin, Strelitzerstr. 4, gegen einen Wochenlohn von 6 M. und Koff und Logis beschäftigt. Von diesem äußerst geringen Lohn erparte sich der Geselle doch die verhältnismäßig hohe Summe von 17 M., die er in der Wäckerie, in der Gesellenkassette, in einem Koffer aufbewahrte. Der Sohn des Wäckermeisters, der in dem Geschäft seines Vaters als Hausbursche beschäftigt war, erhielt von dem geparteten Gelde des Gesellen Kenntnis. Er benutzte eine passende Gelegenheit, aus dem unverschlossenen Koffer des Gesellen das ganze mühsam erparte Geld zu hehlen. Dieser hoffnungsvolle Wäckermeistererbschling hatte schon früher einmal demselben Gesellen Gelder eine Summe von 31 M. aus dem Koffer entwendet, und aus Mitleid auf diesen wiederholten Fall verurteilte ihn die 4. Strafkammer des Landgerichts I zu 4 Monaten Gefängnis. Der hoffnungsvolle Erbschling (er ist erst 18 Jahre alt) ist zwar bestraft, aber dem Gesellen gibt niemand das gestohlene Geld zurück. Der Wäckermeister, als Vater des Diebes, denkt gar nicht daran, dem Gesellen das durch seinen Sohn gestohlene Geld zurückzugeben. Vielmehr muß der Geselle nach wie vor im Hause schlafen und essen, und wenn er sich dann wieder einen Rotzgroßen zurückgelegt hat, kann er noch recht dankbar sein, wenn es ihm nicht wieder durch einen Wäckermeistererbschling gestohlen wird. Das sind die Früchte des schönen, alten patriarchalischen Verhältnisses. Erst braucht man dem Gesellen nur alle Woche anstatt des Lohnes ein Teinzelg zu geben, und dann wird dieses noch von dem eigenen Sohn gestohlen. Die Gelegenheit ist ja bei dem Koff- und Logis-system auch zu günstig. Hoffentlich verstehen es die Berliner Wäcker in diesem Jahre, diesem ganzen vorhinflutlichen System mit allen seinen gemeingefährlichen Begleitererscheinungen ein- und für allemal ein Ende zu machen.

Der Bau der Untergrundbahn am Spittelmarkt hat für die Bewohner der Niederwallstraße keine Reihe von Mißständen im Ge-

folge, über die in einer Versammlung des Friedrich Werderschen Bezirksvereins lebhaft Klage geführt wurde. Besonders mißlich sei es, daß die Hausbesitzer erst im letzten Moment erfahren, wann auf dem Bürgersteig Sperrungen und dergleichen vorgenommen werden, so daß sie keine Vorkehrungen treffen könnten, um die bei der Enge der Straße entstehenden Belästigungen der Mieter und Ladeninhaber rechtzeitig zu verhindern. Die Versammlung beschloß nach längerer Debatte, den Magistrat in einer Eingabe zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß der Bezirksverein über die weiteren Fortschritte der Bauarbeiten der Untergrundbahn in der Niederwallstraße immer auf dem Laufenden erhalten werde.

Zwei schwere Automobilunfälle wurden und gestern wieder gemeldet. In der vorgeschriebenen Nacht wurde vor dem Hause Linstr. 18 ein unbekannter etwa 33jähriger, anscheinend dem Arbeiterstande angehörender Mann von einem Privatautomobil überfahren und in bestimmungslosem Zustande in die Charte eingeklettert. Die Verletzungen, die der Verunglückte bei dem Unfall erlitten, sind so schwerer Natur, daß er wohl kaum mit dem Leben davonkommen wird. Der Unbekannte ist etwa 1,70 Meter groß, trug dunklen Jacketanzug und hat eine verkrüppelte Hand. — An der Ecke der Kaiserallee und Präussstraße stieß ein Automobil, dessen Steuerung versagt hatte, mit solcher Gewalt gegen einen Mauersteinstapel, daß der Chauffeur und einer der Insassen kopfüber auf den Fahrdamm geschleudert und nicht unerheblich verletzt wurden.

Die Kindesleiche auf dem Grabe. Ein seltsamer Reichenfund wurde gestern auf dem Begräbnisplatz der Neuen zwölf Apostel-gemeinde gemacht. Auf einem Grabhügel erwiderte ein Friedhofsbeamter einen weißen Karton mit der Firmenzeichnung eines hiesigen Warenhauses (A. Wertheim). Er enthielt den Leichnam eines neugeborenen Knaben, der in einen rotgebläuten Kopfkissenbezug eingehüllt war. Zur Feststellung der Todesursache wurde die Leiche in das Schauhaus gebracht.

Verführt? Das Verschwinden eines jungen Mädchens beschäftigt die hiesige Polizeibehörde. Seit dem 8. Februar wird die 13jährige Elfriede Hartwig vermisst. Das junge Mädchen entfernte sich an dem erwähnten Tage aus der elterlichen Wohnung in der Gneisenaustr. 83 und ist bis zum heutigen Tage noch nicht wieder zurückgekehrt. Vermutlich ist die G. verführt worden. Bei ihrem Fortgehen trug sie einen schwarzen Hut mit weißer Feder, blauen Rock, blaue Bluse und ein Pelzjacket mit weißem Kragen.

Unter einen Straßenbahnwagen geriet gestern mittag in der Leipzigerstraße der Kaufmann Gajah, als er in der Nähe der Mauerstraße den Fahrdamm überschreiten wollte. Am einem Omnibus auszuweichen, betrat Gajah unmittelbar vor einem heran-nahenden Motorwagen das Straßenbahngleis, wurde niedergerissen und geriet unter den Schuttrahmen des Wagens. Gajah erlitt eine schwere innere Schädelverletzung. Der Kaufmann wurde zunächst nach der Unfallstation gebracht und von dort nach dem Krankenhaus Moabit übergeführt.

Einem entsetzlichen Unglücksfall ist gestern nachmittag ein Herr Wendel, Bornstr. 9 wohnhaft, zum Opfer gefallen. Er wollte an der Ecke der Hühnerstraße und des Hühnerplatzes einen dort haltenden Straßenbahnwagen besteigen und befand sich bereits an der Hinter-plattform, als plötzlich ein Kohlenwagen der Firma Witz, Charlottenburg, so dicht an dem Straßenbahnwagen vorbeifuhr, daß W. von dem Lastwagen mitgerissen und zwischen diesen und den Motor-wagen gequetscht wurde. Wendel, der schwere innere Verletzungen erlitten hatte, wurde in bestimmungslosem Zustande nach seiner Wohnung gebracht.

Feuerwehrbericht. Wegen eines gefährlichen Brandes wurde in der letzten Nacht der 7. Zug nach dem Ostbahnhof gerufen, wo Reichstrosch brannte. Durch kräftiges Wassergeben gelang es, den Brand auf einen Waggon zu beschränken. Der 16. Zug hatte einen größeren Tischlerei-Brand in der Wiesenstr. 17 zu löschen, und der 17. Zug einen Brand in der Ritterstr. 82, wo im Quergebäude eine Zellulosefabrik um 7 Uhr brannte. Hier gelang es mit zwei Rohren die Flammen auf ihren Herd zu beschränken. Von einem „Großfeuer“, wie eine Zeitung schreibt, kann keine Rede sein; nicht einmal „Mittelfeuer“ wurde den Wachen gemeldet. Ferner hatte die Feuerwehr in der Bankstr. 5 und Reue Hofstr. 17 zu tun, wo Gardinen, Wäsche, Möbel usw. brannten. Vor dem Hause Leipzigerstr. 123 wurde ein Mann von der elektrischen Straßenbahn überfahren. Der Verletzte wurde nach der nächsten Unfallstation gebracht und dort verbanden.

Arbeiter-Samariterkolonne. Donnerstagabend 9 Uhr, 3. Ab-teilung für Schöneberg und Umgegend bei Obst, Reiningersstr. 8. Vortrag über „Transport Erkrankter und Verunglückter“. Vortragender: Herr Dr. Schwab. Daran anschließend Transportübungen. Neue Mitglieder können jederzeit eintreten. Gäste haben einmaligen freien Zutritt.

Im Zoologischen Garten ist dieser Tage ein Wiesel geboren worden, und zwar erblickte das zottige Kätzchen mitten im Schnee das Licht der Welt, wie das bei dem noch vor wenigen Jahrhunderten in deutschen Wäldern hausendem Wildbrunde häufig vorkommt. Unangefochten durch die Unbillen des Wetters folgte das Neugeborene bald darauf der Mutter, die für die Sicherheit des Sprößlings äußerst besorgt, gefesteten Hauptes jede menschliche Annäherung an letzteren auf das energischste zurückweist. Bekanntlich lebt der Wiesel nur noch in dem russischen Gouvernement Wjelowisch in gehobtem Zustande und wird nur noch in wenigen Stücken im Kaukasus. Er ist nicht identisch mit dem gegenwärtig gänzlich ausgestorbenen Auerwisch, der neben dem Wiesel früher auch in Deutschland lebte, und dessen Knochenreste häufig in unseren Museen anzutreffen sind.

Im Berliner Aquarium kann der Besucher unter den Meerest-fischen, mit denen eines der oberen Kleinen und eines der unteren großen Becken besetzt wurden, zwei Arten finden, die ob gewisser biologischen Eigenheiten und ob ihres besonderen Verhältnisses zum Menschen ganz besonders Interesse erregen. Die eine, die zur Familie der Drachen- oder Raperfische zählende Drachenqueise (Trachinus), hat die Eigentümlichkeit, sich im Sandgrunde so zu vergraben, daß nur die Nase beieinander stehenden Augen hervor-gucken, und die Fähigkeit, mittels der in eine Furche niederge-legenden und aufrichtbaren Stacheln der ersten Rückenlosse dem Menschen heftig schmerzende Verwundungen beizubringen, welche am so gefährlicher sind, als wie man neuerdings erst festgestellt hat, in die durch die Stacheln gerissenen Wunden die Absonderung aus dem Fisch eigenen Giftstoffen eintritt, so daß Schwellungen der Glieder und andere schlimme Erscheinungen und Zustände herbeigeführt werden. Die zweite der hier zu vermerkenen Fisch-arten, der sogenannte Stachdrach (Trygon), bringt hingegen mittels des peitschenartig langen, mit widerhaftem Stachel aus-gewürzten Schwanzes dem nahenden Menschen (beim Waden usw.) fürchterliche Wunden bei, welche schredliche Schmerzen, heftige Krämpfe, selbst Starrkrampf und Tod zur Folge haben.

## Vorort-Nachrichten.

**Schöneberg.**  
Stadtverordnetenversammlung. Nach der zu Beginn der Sitzung erfolgten Einführung des Stadtverordneten Dr. Wete-lamp erfolgte die Fortsetzung der weiteren Beratung des Etats. Beim Etat der städtischen Krankenhäuser richtet sich der Stadtverordnete Hoffmann (Soz.) die Anfrage an den Magistrat, wann denn nun eigentlich mit dem weiteren Ausbau des Krankenhauses der Anfang gemacht werde. Bald 6 Monate sind seit der Eröffnung des Krankenhauses ins Land gegangen, und noch immer sind nicht die nötigen Anstalten zum Beginn der zweiten Bauperiode getroffen. Die in der letzten Zeit erfolgten zahlreichen Abweisungen machen den weiteren Ausbau zu einer dringenden Notwendigkeit. Stadtrat Leonhard erklärt, daß es mit den Abweisungen nicht so schlimm steht. Von den zur Ver-

fügung stehenden 325 Betten sind im Dezember durchschnittlich 195—207 und jetzt 226 belegt gewesen. Die Klagen des Stadtverordneten Hoffmann sind seiner Meinung nach unbegründet. Stadtverordneter Kuhnigk, Mitglied der Krankenhausver-waltungs-Deputation, tritt den Ausführungen des Stadtverord-neten Hoffmann bei. Einzelne Stationen sind eben überfüllt. Im Januar wurden 63 und im Februar 29 Kranke abgewiesen. Der weitere Ausbau muß sofort vorgenommen werden. Stadtrat Nordhausen, Vorsitzender der Krankenhausbau-Deputation, erklärt, daß auch diese Deputation sich mit der Frage beschäftigt und zu dem Zweck vor vier Monaten an die Verwaltungsdeputation geschrieben habe, aber bis heute ist noch nicht geantwortet worden. Stadtrat Leonhard erklärt, daß er auf die Ausführungen des Vorredners hier nicht eingehen werde. Die vom Stadtverordneten Kuhnigk gemachten Angaben erklärte er für die richtigen. Stadtverordneter Obst (Soz.) hält die Ausführungen des Stadtrats Nordhausen für falsch. An einer anderen Stelle werde darauf zurückgekommen werden. Da die Beratungen für die Regelung des weiteren Ausbaues längere Zeit in Anspruch nehmen wird, ohnein schon die Inangriffnahme des Baus ein Jahr hinaus-geschoben. Es ist deshalb erforderlich, daß beide Deputationen so-fort gemeinsam ans Werk gehen. Baurat Eggeling meint, daß erst eine Revision des Bauprogramms vorgenommen werden muß. Auch wenn das Krankenhaus voll ausgebaut ist, habe man mit Ab-weisungen zu rechnen. Der Oberbürgermeister hält es für einen Fehler, gleich mit der zweiten Bauperiode zu beginnen, man müsse erst Erfahrungen sammeln. Stadtverordneter Schneider erklärt, daß die „unabhängige Vereinigung“ in dieser Angelegenheit sich ganz auf den Standpunkt der Redner der Linken stelle. Stadtverordneter Dr. Freund glaubt sich auch bei dieser Gelegenheit als Beschützer des Magistrats aufspielen zu müssen. Nach seiner Meinung ist die härtere Weisung des Krankenhauses auf die große Zahl von Erhaltungskosten zurückzuführen. Die vielen Abweisungen sind dadurch erklärlich, daß man bei der zurzeit herrschenden Arbeitslosigkeit mit einer ganzen Anzahl von Simu-lanten und Faulenzern zu rechnen habe. Stadtverordneter Käter (Soz.) hält den Anspruch des Vorredners, der selbst Arzt ist, für unerhört. Mit diesem Ausspruch stelle er seinen Kollegen ein schlechtes Zeugnis aus. Denn im Krankenhaus kommen doch nur diejenigen, die von einem Arzt dazu empfohlen werden. — Nach einer weiteren persönlichen Auseinandersetzung zwischen den beiden letzten Rednern wird die Debatte geschlossen und dem Etat des Krankenhauses zugestimmt.

Beim Wohlfahrtsrat wird von den Sozialdemokraten beantragt, die geforderten 300 M. für die Vobelschwingische Kolonne „Hoffnungstal“ zu streichen. Die Mehrheit stimmte jedoch der Ein-setzung dieser Summe zu. Der Etatsauschuss beantragt neu ein-zusehen: der freiwilligen Sanitätskolonne in Schöneberg und dem Arbeiter-Samariterverein je 100 Mark zu bewilligen. Der ersten Forderung stimmte die Versamm-lung debattelos zu, während die Bewilligung der gleichen Summe für den Arbeiter-Samariterverein den „geistigen Führer“ des Hausbesitzervereins und der Unabhängigen Vereinigung, Stadt-verordneten Schneider, in Harnisch versetzte. Er beantragt, die Summe zu streichen. Der Arbeiter-Samariterverein ist ein sozialistischer Verein, der auch agitatorisch für die Sozialdemokratie wirke. Es liege kein Grund vor, diese Bestrebungen auch noch durch Mittel der Stadt zu unterstützen. Er sei für pure Ab-lehnung.

Stadtverordneter Käter (Soz.) empfiehlt, dem Bunsche des Stadtverordneten Schneider nicht Rechnung zu tragen. Aus den Ausführungen desselben spreche nur die Angst vor der Sozial-demokratie. Redner gibt ein ausführliches Bild von der Tätigkeit des Arbeiter-Samaritervereins, der es sich zur Aufgabe gemacht habe, Arbeitern und Arbeiterinnen Unterricht in der ersten Hilfe-leistung bei Unglücksfällen und Entlassungen zu erteilen. Im Jahre 1905 sind von diesem Verein 157 und 1906 137 Personen ausgebildet worden. Aus dem Statut gehe hervor, daß sich dieser Verein in keiner Weise politisch betätigt.

Stadtverordneter Dr. Vohberg (Lib.) tritt den Ausführun-gen des Stadtverordneten Schneider ebenfalls entgegen, der auch nicht den Schatten eines Beweises dafür erbracht habe, daß sich der Arbeiter-Samariterverein politisch betätige. Viel eher könne man das von der freiwilligen Sanitätskolonne sagen, die sich für eine konservative Politik ins Zeug lege. Man habe immer Wert darauf gelegt, die Wohlfahrtspflege ohne Rücksicht auf die politische Ge-sinnung auszubauen, deshalb sei es zu verurteilen, wenn hier vom Stadtverordneten Schneider politische Gegenätze hineingetragen werden.

Stadtverordneter Ragnan (Soz.) ersucht, den Arbeitern hier nicht etwas vorzuenthalten, was man anderen gebe, das sei ein Wesseln mit zweierlei Maß. Man solle hier nicht Motive unter-schieben, die nicht vorhanden sind. Die Bestrebungen des Arbeiter-Samaritervereins müßten allseitig anerkannt werden. Auch in den Arbeitsstätten betätigen sich die Mitglieder in dankenswerter Weise.

Stadtverordneter Schneider erklärt, daß man ihm eine andere Uebersetzung nicht beibringen könne. Es sei nicht be-wiesen, daß der Arbeiter-Samariterverein sich nicht agitatorisch betätigt. Er halte sich für verpflichtet, den Forderungen der Sozial-demokraten entgegenzutreten. Mit ähnlichen Worten können sie jede Forderung ihres Programms begründen. Redner bedauert, daß der Etatsauschuss diesem Antrag der Sozialdemokraten fast einstimmig zugestimmt habe. Wenn von den Sozialdemokraten ein Antrag gestellt werde, solle man vorsichtig sein und der Sache auf den Grund gehen. Die Sozialdemokratie gehe überall terro-ristisch vor, wenn sie härter vertreten wäre, würde man noch ganz andere Dinge erleben. Von den Freisinnigen sei Redner gewöhnt, daß sie stets mit den Sozialdemokraten Hand in Hand gehen.

Stadtv. Obst (Soz.) erinnert den Stadtv. Schneider daran, daß gerade er es ist, der in terroristischer Weise vorgehe. Bei den Wahlen sind oft genug Beweise in dieser Hinsicht, besonders den Postbeamten gegenüber, erbracht. Dem Stadtv. Schneider eine andere Uebersetzung beizubringen, sei aussschließlich.

Stadtv. Käter (Soz.) empfiehlt dem Stadtv. Schneider, im öffentlichen Leben erst mehr Umschau zu halten. Die Sozial-demokratie hat im Stadtparlamente niemals Sonderinteressen ver-folgt, sondern ist stets für das Allgemeinwohl eingetreten. Wer das nicht eingesehen hat, dem ist eben nicht mehr zu helfen. Inter-essenpolitik werde von ganz anderen Leuten getrieben, die bestragt sind von hinten herum im Trüben zu fischen. Die Sozialdemo-kraten sind für Bewilligung der Summe an die freiwillige Sanitäts-kolonne eingetreten, deshalb sei es gerechtfertigt, diese Summe auch dem Arbeiter-Samariterverein zuzubilligen.

Stadtv. Dr. Vohberg hält die Vorwürfe gegen die Sozial-demokratie nicht für gerechtfertigt. Die Sozialdemokratie sei nie-mals bestrebt gewesen, terroristische oder utopistische Zwecke in der Kommune zu verfolgen. Will man die Sozialdemokratie bekämpfen, so ziehe man sie zu positiver Mitarbeit heran.

Die weitere Debatte wird darauf abgebrochen, da der Stadtv. Schneider seinen Antrag auf Streichung der Summe zurückgezogen hat, angeblich, wie der Herr erklärt, weil sein Zweck erreicht ist.

Angenommen werden sodann noch ohne wesentliche Debatte, zum Teil ein Bloc, die Etats der Desinfektionsanstalt, des Feuer-schwefelens, der Verschönerungsetat, Armenetat, die Baurats und die Etats der höheren Schulen.

Am Mittwochabend erreichte die Sitzung ihr Ende.

**Rixdorf.**  
Berglitt hat sich in Abwesenheit ihres Mannes die 37jährige Ehefrau Helene Hanke aus der Cammerstr. 10. Als H. gestern von der Arbeit heimkehrte, fand er seine Frau tot in der Wohnung auf. Die Ursache zu dem Selbstmord können sich die Angehörigen nicht erklären.

**Friedenan.**  
Für 10 000 Mark Gold- und Werksachen gestohlen. Reiche Beute machten Einbrecher bei einem Diebstahl in der Wohnung des Kauf-



# Buggenhagen!!

Immer noch die beliebtesten

## Bockbier-Feste.

Freitag, den 8. März:  
**Benefiz**  
 für den  
**Zirkusdirektor Barnum**  
**Otto Pritzkow, Münzstr. 16,**  
 Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)  
 Theater lebender Photographien.  
 Der Untergang des Dampfers „Berlin“.  
 168 Tote, 12 Gerechtete.  
 Den ganzen Tag Vorstellung.

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer**  
 (E. S. 2 Hamburg.)  
 Vertikale Verwaltung Berlin.  
 Freitag, den 8. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 8:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Abrechnung vom 4. Quartal.  
 2. Wahl der Revisoren.  
 Der Vorstand: 250/3  
 H. A. Richard Schröder,  
 Mittelstraße 82.

**Frauen-Begräbniskasse**  
 der Schriftgießergehilfen Berlins.  
**Bekanntmachung.**  
 Vom 7. März 1907 ab, befindet sich das Kassentotal beim Kolleg Max Gatschke, Berlin N., Chausseest. 76, Quergeb. IV, 90/3  
 Der Vorstand.

## Große Berliner Straßenbahn.

### Bilanz am 31. Dezember 1906.

Aktiva.	Passiva.
Konto Bau des Gesamt-Bahnkörpers . . . 57 004 565,17 R.	Rüfenkapital-Konto . . . 100 062 400,—
Bau f. d. f. d. Bahnkörper u. Werkstätten . . . 21 061 400,30	3/2 % Obligationen-Kapital-Konto . . . 5 710 200,—
Wagen-Konto . . . 33 569 243,76	4 % Obligationen-Konto . . . 1 168 000,—
111 635 209,23 R.	Spezial-Konto . . . 1 726 000,—
Abgrenzung . . . 1 300 000,—	Dividenden-Konto, noch unbesohlene Dividenden . . . 16 215,—
(Zusätzlich sind noch abgeschrieben für 1906 auf Bahnkörper, Bahnkörper, Werkstätten und Wagen 200 000,— R., welche dem Bahnkörper-Amortisationsfonds überwiesen sind.)	3/2 % Obligationen-Auslosungs-Konto, unbesohlene Obligationen und Zinsen . . . 37 539,50
Maschinen-Konto nach Abgrenzung von . . . 21 985,52 R.	3/2 % Zinsen-Konto, Zinsen per 1. Oktober bis 31. Dezember 1906 . . . 47 225,50
Mobilien-Konto . . . 9 671,34	Reservefonds-Konto . . . 8 594 374,52
Umsätze-Konto . . . 1,—	Bahnkörper-Amortisationsfonds-Konto . . . 24 163 141,70
Spende-Konto nach Abgrenzung von . . . 10 380,90 R.	Beamtenrenten-Konto . . . 229 834,50
Geschäft-Konto . . . 1,—	Kontokorrent-Konto, verschiedene Gläubiger u. Bar-Konten . . . 1 599 433,—
Bekleidungs-Konto nach Abgrenzung von . . . 276 780,37 R.	Erneuerungsfonds-Konto I . . . 3 063 130,37
Investuren-Konto, Bestände von Materialien und Futter . . . 2 104 078,93	II . . . 1 014 430,57
Kontoführer-Konto, verschiedene Aufwände . . . 13 441 492,27	Gewinn- und Verlust-Konto . . . 9 902 124,06
Kassa-Konto, zur am 31. Dezember 1906 . . . 19 954,83	151 288 048,72
Konto Rücklagen bei Behörden, bei diesen hinterlegt . . . 602 019,12	
Effekten- u. Dokumente-Konto, Effekten u. Hypothekensicherheiten als Anlage des Reservefonds und des Bahnkörper-Amortisationsfonds . . . 6 079 006,—	
Effekten des Beamten-Rücklagenfonds . . . 17 587 749,97	
Effekten des Beamten-Rücklagenfonds . . . 227 663,67	
Nicht begebene 3/2 % Obligationen . . . 313 000,—	
4 % . . . 880 500,—	
151 288 048,72	

**Gewinn- und Verlust-Konto am 31. Dezember 1906.**

Soll.	Haben.
Abzuschreiben-Zinsen-Konto . . . 68 941,75	Gewinn- und Verlust-Konto, Gewinnvortrag aus 1905 . . . 12 855,53
3/2 % Obligationen-Zinsen-Konto . . . 215 008,—	Interessen-Konto, eingenommene Zinsen . . . 562 265,00
4 % . . . 36 760,—	Vertriebs-Konto sämtlicher Linien . . .
Werkstoffabrechnungen . . . 1 818 518,13	Die Einnahmen betragen . . . 35 174 338,57 R.
Abgaben an die Gemeinden . . . 2 478 000,19	Ausgaben . . . 18 968 847,57
Erneuerungsfonds-Konto I, Zuweisung aus den Betriebs-Einnahmen u. § 39 des Statuts . . . 1 900 000,—	Reicht Ueberschuss . . . 16 205 490,70
II, Zuweisung aus 1905 . . . 360 000,—	16 780 612,13
Saldo Reingewinn . . . 9 902 124,06	
	16 780 612,13

Berlin, den 9. Februar 1907.  
 Die Direktion.  
 gez. Dr. Mico, gez. von Köhlewien, gez. Koehler, gez. Moyer.  
 Nach vorgenommener Prüfung der Beläge und Bücher der Gesellschaft bescheinige ich hiermit die ordnungsmäßige Führung der Bücher und die Uebereinstimmung der vorstehenden Bilanz, sowie des Gewinn- und Verlust-Kontos mit denselben.  
 Berlin, den 9. Februar 1907.  
 gez. C. F. W. Adolph, gerichtlich vereidigter Bücherrevisor.  
 Verantwortlicher Redakteur: Hans Deber, Berlin. Für den

# Volks-Versammlung!

Am Mittwoch, den 6. März, abends 8 Uhr, im **Koffäger-Palast**,  
 Gajenheide 52/53.  
 Tages-Ordnung: **Die Lehren des jüngsten Wahlkampfes.**  
 Referentin: Genossin Frau **Rosa Luxemburg.**  
 Genossinnen und Genossen! Torgt für zahlreichen Besuch dieser Versammlung.  
**Die Vertrauensperson.**

## Verband der Tapezierer.

Filiale Berlin.

Freitag, den 8. März, abends 8 Uhr, in den **Sophiensälen**, Sophienstr. 17/18:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 Situationsbericht und unsere weiteren Maßnahmen. 177/12\*  
 Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

## Lichtenberg. Sozialdemokratischer Wahlverein

Donnerstag, den 7. März, abends 8 Uhr:  
**General-Versammlung**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht des Gemeinde-Wahlkomitees. 2. Aufstellung der Gemeindevorsteher-Kandidaten. 14/8  
 3. Fortsetzung der Tagesordnung vom 19. Februar.  
**Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen.**  
 Das Erscheinen aller Mitglieder erwartet.  
 NB. Am Mittwochabend: **Extra-Zahlabend** in den Abteilungslokalen. D. O.

**Kasino-Theater**  
 Lotzingerstr. 37. Täglich 8 Uhr.  
**Das neue März-Programm.**  
 Nur noch bis Mittwoch:  
**Ledige Leute.**  
 Donnerstag 3. erstmalig: Nick Carter.  
 Sonntag 4 Uhr: Ledige Leute.

**Achtung!**  
 Heute Mittwoch, den 6. März, abends 8 Uhr, in „**Haberichts Festsälen**“,  
 Große Frankfurterstraße 30:  
**Volks-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Kirche und Gewissensfreiheit. Referent: Gen. Ad. Storn. 1851b  
 2. Diskussion.  
 Agitationsausschuss der Freireligiösen Gemeinde.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr:  
**Vertrauensmänner-Versammlungen**  
**Süd-Westen:** bei **Habel**, Bergmannstr. 5-7.  
 Bericht der Kontrollkommission. Bericht der Vertrauensleute. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.  
**Wedding, Gesundbrunnen u. Moabit:** bei **Bergemann**, Gerichtstraße 74.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Vertrauensleute. 3. Verschiedenes.  
 Jede Werkstatt muß vertreten sein, auch die Ausgesperrten. — Die Adresse des Obmannes ist **E. Weiland**, Bremerstr. 46.

## Branche der Vergolder

in **Dierrichs Festsälen**, **Dresdenerstr. 116.**  
 Gleichzeitig ist das Erscheinen der Branchenkommissionsmitglieder erwünscht.

**Achtung! Bautischler. Achtung!**  
 Donnerstag, den 7. März, abends 8 1/2 Uhr, im **Gewerkschaftshaus**, Engel-Ufer 15 (Saal IV):  
**Versammlung**  
 der **Bautischler** Berlins und Umgegend.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die weitere Stellungnahme der Bautischler zur Aussperrung.  
 2. Diskussion. 3. Bericht der Kommission.  
 Die in Arbeit stehenden, wie die ausgesperrten Kollegen sind verpflichtet, an dieser Versammlung teilzunehmen.  
 Da die für Sonntag anberaumte Versammlung von der Polizei verboten und daher nicht stattfinden konnte, werden die Kollegen ersucht, zu dieser Versammlung zahlreich zu erscheinen.  
 H. A.: **Karl Reiche.**

**Achtung! Ausgesperrte!**  
 Die Versammlung findet am **Donnerstag** bei **Keller**, **Koppenstraße 29**, statt.  
**Bodenleger und Bohner.**  
 Freitag, den 8. März, abends 8 Uhr, bei **Walter**,  
 Adalbertstraße 62:  
**Kommissionsführung mit Vertrauensleuten.**  
 Sämtliche Vertrauensleute müssen anwesend sein. Das Komitee ist behufs Abrechnung der Bilanz auch zugegen.  
 Der Obmann.

**Schwarzer Adler**  
 Friedrichsberg. Frankfurter Chaussee 5.  
 Fernsprecher Nr. 8.  
**Jeden Sonntag im Königssaal:**  
**Großer Ball**  
 unter Leitung des Herrn **O. Bürger.**  
**Jeden Mittwoch:** 38202\*  
**Willy Walde-Sänger.**  
 Gebr. Arnhold.

Soeben erschien:  
**Charles Fourier**  
 Sein Leben und seine Theorien von **August Bebel.**  
 Mit einem Vorwort von **Jourdain** und einer Abbildung des Phalanstères.  
 Preis brosch. 2 R., geb. **2.50 R.**

Ferner empfehlen wir folgende Schriften von  
**August Bebel:**  
**Die wahre Gestalt des Christentums**  
 von **Yves Guyot** und **Sig. Lacroix.**  
 Uebersetzt von einem deutschen Sozialisten.  
 5. Aufl. Preis **50 Pf.**

**Glossen**  
 zu **Yves Guyot** u. **Sig. Lacroix:**  
**Die wahre Gestalt des Christentums.**  
 Besitzt einen Anhang:  
**Ueber die gegenwärtige und künftige Stellung der Frau.**  
 3. durchgelesene Auflage.  
 Preis **30 Pf.**  
**Unsere Ziele.**  
 Eine Streitschrift gegen die „**Demokratische Korrespondenz**“.  
 11. Aufl. Preis **30 Pf.**

**Attentate und Sozialdemokratie.**  
 Nach einer Rede, gehalten am 2. November 1898.  
 2. Auflage mit einem Nachwort.  
 Preis **20 Pf.**

**Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie.**  
 Preis **20 Pf.**

**Die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts im Königreich Sachsen.**  
 Preis **1 R.**

**Christentum und Sozialismus.**  
 Eine religiöse Polemik zwischen **Herrn Kaplan Hohoff** in **Hülse** und **Bebel.**  
 9. Auflage mit einem neuen Vorwort.  
 Preis **10 Pf.**

**Die Frau und der Sozialismus.**  
 Preis geb. **2.50 R.**

**Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien.**  
 Preis **1 R.**

**Expedition des „Vorwärts“**  
 Berlin SW. 68,  
**Lindenstr. 69, Laden.**

**Nordstift**  
 feinsten 40422\*  
**Nordhäuser Kautabak**  
 liefern an Großhändler zu den billigsten Preisen  
**Athenstift & Bachrodt**, Tabakfabrik, Nordhausen  
 Filiale: **Berlin NO., Georgenkirchplatz 26.**  
**Piano-Orchestrien** zu kaufen  
 Angebote mit Preis an **Karl Schmidt**,  
 Stettin, Gr. Bollweberstr. 13. 19375

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.

Donnerstag, den 7. März 1907, abends 8 1/2 Uhr, im **Volkshaus**,  
 Rosinenstraße Nr. 3:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht von der Aussperrung.  
 2. Verhandlungsangelegenheiten.  
 3. Gewerkschaftliches und Verschiedenes. 82/6  
 Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.  
 Die Ortsverwaltung.

## Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrs-Arbeiter Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin II.

**Achtung!**  
**Fräseerei-, Hobelwerks-, Schneidemühl- und Tischlerei- u. Fuhrer sowie Hilfsarbeiter**  
 Berlins und Umgegend!  
 Donnerstag, 7. März, abends 8 1/2 Uhr, im „**Englischen Garten**“  
 Alexanderstraße 27c:

**Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Kollegen **Herrn Schulz** über: „Die Mißstände im Fuhrerberuf und auf welchem Wege können wir dieselben beseitigen?“  
 2. Die Aussperrung in der Holzindustrie. Referent: **Koll. Uthoff.**  
 3. Bericht der Sektionsleitung und Neuwahl derselben.  
 4. Geschäftliches.  
 Kollegen! In Anbetracht der sehr wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht, daß für alle Mann für Mann in dieser Versammlung erscheint.  
 Kein Kollege darf fehlen!  
 Kollegen, die dem Verbande noch nicht angehören, sind als Gäste willkommen und können sich in der Versammlung als Mitglieder in den Verband einschreiben lassen.  
 Die Sektionsleitung: **Karl Reiche.**  
 Druckerei u. Verlagsanstalt **Paul Singer & Co., Berlin SW.**

**Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.**  
**Zweigverein Berlin.**  
 Am Sonntag, den 3. d. Mts., verstarb unser Mitglied  
**Johann Streeck**  
 an der Judenkrankenheil.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Heilands-Kirchhofes in Pöppelstr., Dohnastraße, aus statt.  
 Zahlreiche Beteiligung erwartet  
 137/3 **Der Vorstand.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, **Stodarbeiter August Salzmann**  
 am 3. März verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. März, nachmittags 1/2 2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf aus statt. 82/7  
 Um rege Beteiligung ersucht  
**Die Ortsverwaltung.**

**Dankfagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Beteiligten, besonders den Herren **Prinzpalen** und dem Personal der Firma **H. S. Hermann**, sowie dem Verein **Berliner Buchdruckmaschinenmeister** und dem sozialdemokratischen Wahlverein des vierten Kreises meinen herzlichsten Dank.  
 41202  
**Witwe Emma Schulz.**

**Dankfagung.**  
 Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes spreche ich allen Kollegen, Freunden und Verwandten meinen herzlichsten Dank aus.  
 19255  
**Die trauernde Witwe Rosa Grash**  
 nebst Kindern.

**Dankfagung.**  
 Für die überaus große und allseitige Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer herzensguten Mutter  
**Minna Heider**  
 geb. **Grothe**  
 sagen wir allen denen, deren Anteilnahme an unserem Leid uns tröstete, sowie auch für die zahlreichen Kranzspenden unseren tiefgefühlten Dank. Insbesondere danken wir allen unseren Stammesgenossen, dem **Stattklub „Hoffnung“**, den Angestellten der 10. Revisions-Inspektion der städtischen Gaswerke, sowie dem Gesangsverein „**Vorbereitung**“ für den schönen Gesang am Grabe der für uns so früh Verstorbenen.  
 19245  
 Berlin, den 5. März 1907.  
**Julius Heider** nebst Kindern.  
 Pantenstraße 29.

**Dr. Simmel**, Prinsenzstr. 41,  
 Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.  
 10-2, 5-7 Sonntags 10-12, 2-4.

Verfammlungen.

Arbeiter-Sängerbund. In der letzten Ausschussung wurden folgende Vereine in den Sängerbund aufgenommen: „Jugend“ (Berlin), „Gleiche Brüder“ (Treptow), „Lebenslust“ (Berlin), „Pyramide“ (Berlin), „Waldebrausen“ (Wilhelmsruh), „Rännerchor 1905“ (Berlin), „Gutenberg“ (Potsdam-Neubabelsberg), „Vorwärts“ (Rauen). — Bei Besprechung der Sängerverse wurde beschlossen, das Provinzial-Sängerverse am 9. Juni in Brandenburg a. S. abzuhalten. Die Besprechung und Festsetzung des Sängerverse für Groß-Berlin soll in nächster Ausschussung

geschehen. — Eine längere Debatte entspann sich über die vom Vorstand veröffentlichte Kritik unfreies am 8. Dezember v. J. abgehaltenen Stiftungsfestes. Von fast allen Rednern wurde die Ansicht vertreten, daß es nur zu begrüßen sei, wenn durch diese Kritik es dahin gebracht würde, daß die einzelnen Vereine und Dirigenten mit mehr Ernst und Eifer sich ihrer Aufgabe hingeben und erkennen würden, daß auch die Arbeiter-Sängervereine bei richtiger und sachverständiger Leitung wohl in der Lage wären, dem Arbeiterpublikum auf dem Gebiete des Gesanges Vollendetes und Musterhaftes zu bieten. Hierbei wurde auch von einem Vertreter hingewiesen auf die Kritik des „Vorwärts“ über unser Stiftungsfest und selbige in Gegenstand gebracht zu der vom Vorstand veröffentlichten. Dem wurde von Vorstandsseite entgegengehalten, daß die

Kritiken des „Vorwärts“ sich in für die Arbeiterschaft wenig nützlichen Bahnen halten. Es wäre besser, statt die Leistungen bürgerlicher Vereine und Künstler und Künstlerinnen, welche für die Arbeiterschaft niemals in Frage kämen, im „Vorwärts“ so ausführlich zu besprechen, den Arbeiter-Sängervereinen mit Rat zur Seite zu stehen und ihnen Fingerzeige und Lehren darüber zu geben, in welcher Weise die Vereine in gefanglicher Beziehung vorwärts gebracht werden könnten. Die Kritik ohne Belehrung ist wertlos, und wäre es erwünscht gewesen, die einzelnen Redner hätten dies mehr zum Ausdruck gebracht. — Infolge des angekauften noch zu erledigenden geschäftlichen Materials wird vom Ausschuss beschlossen, am 10. März eine außerordentliche Ausschussung abzuhalten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 6. März. Anfang 7 1/2 Uhr. Kgl. Oberhaus. Die Verlobung bei der Laterne. Coppola. Kgl. Schauspielhaus. Wallenstein Lager. Die Piccolomini. Deutsches. Das Wintermärchen. Vortrag. Der Mikado. Anfang 8 Uhr. Schiller O. (Wallner-Theater.) Narrenglanz. Schiller-Theater Charlottenburg. Im bunten Rock. Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Der Familientag. Leistung. Wiege und Maria. Westen. Die lustige Witwe. Berliner. Der Hund von Baskerville. Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen. Central. Der Millardär. Neues Schauspielhaus. Faust. I. Teil. Kleines. Die Kralle. Neues. Wiener Porzellan. Residenz. Haben Sie nichts zu verzollen? Lustspielhaus. Zuharsenieber. Deutsch-Amerikanisches. Martha. Thalia. Eine lustige Doppeldecker. Luise. Der Erbe von Baskerville. Trionon. Die Jollette — meine Frau. Bernhard Rose. Sherlock Holmes. Metropol. Der Teufel lacht dazu. Gebr. Herrfeld. Ein verrücktes Hotel. Wintergarten. Charlotte Wiehe. Apollo. Die 3 goldenen Jungfrauen. Bernhard Rose. Spezialitäten. Kasino. Lebige Leute. Spezialität. Folies Caprice. 100 000 Gulden Mühsal. Am Inspektionszimmer. Palais. Danke, Herr Franke. Spezialität. Prater-Theater. Kabale und Liebe. Figaro. Seelenretter. Gisterauto. Paris. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Walhalla. Die goldene Eva. Spezialitäten. Karl Haverland. Spezialitäten. Antimes. Eine vom Ballett. Saphenstreich. Bunter Teil. Kranz. Fandenstraße 48/49. 4 Uhr: Sühnen. 8 Uhr: Die Feuertgewalten der Erde. Sternwarte. Annalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonn's Berliner Theater. Anfang 8 Uhr. Der Hund von Baskerville. Donnerstag: Sherlock Holmes. Freitag: Der Hund von Baskerville.

Neues Schauspielhaus. Mittwoch, den 6. März 1907: Gastspiel Josef Kalnz: Faust. I. Teil. Anfang 7 Uhr. Donnerstag: Der Mikado. Anfang 8 Uhr.

Neues Theater. Anfang 8 Uhr.

Meißner Porzellan. Donnerstag: Meißner Porzellan. Freitag: Meißner Porzellan. Sonnabend: Meißner Porzellan.

Kleines Theater. Abends 8 Uhr: Die Kralle. Donnerstag: Die Kralle. Freitag: Die Kralle. Sonnabend: Die Kralle.

Lovizing-Theater. Ballhausstr. 7/8. Mittwoch, den 6. März, 7 1/2 Uhr: Der Mikado. Abonnements gültig! Donnerstag: Die lustigen Weiber von Windsor.

Residenz-Theater. Dichtung Richard Alexander. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Haben Sie nichts zu verzollen? Schwank in 3 Akten v. H. Henselmann und Pierre Weber. Robert de L'Ardeur: Richard Alexander. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Pringemahl.

Passage-Theater. 2. Monat. Täglich ausverkauft! Der größte Lacherfolg der Saison: „Mal was Anderes“. Die Theims-Troupe und die 10 glänzenden März-Spezialitäten.

Trianon-Theater. Anfang 8 Uhr. Fräulein Josette — meine Frau. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Die Liebeshauteil.

Urania. Wissenschaftliches Theater. 4 Uhr: Sizilien. 8 Uhr: Die Feuertgewalten der Erde. Im Hörsaal 8 Uhr: Metalllegierungen.

Lustspielhaus. Täglich abends 8 Uhr: Zuharsenieber.

Zentral-Theater. (Operette.) Abends 8 Uhr: Der Millardär. Donnerstag: Der Jägerbaron.

Schiller-Theater N. Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Abends 8 Uhr: Der Familientag.

Luisen-Theater. Reichensbergerstr. 34. Anfang 8 Uhr. Der Erbe von Baskerville.

DERNHARD ROSE THEATER. Gr. Frankfurterstr. 132. Sherlock Holmes. Morgen: Sherlock Holmes. Sonnabend nachm.: Das tapfere Schneiderlein. Sonntag nachm.: Die Verlobung der Frauen.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Gesamtgesellschaft Theater des Westens. Heute abends 8 Uhr: Martha. Donnerstag: Der Troubadour. Freitag: Die Fledermaus. Sonnabend: Rigoletto. Sophie Heymann-Engels & Co. Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise: Rigoletto.

Apollo Theater. 8 Uhr: All den Mosen, Burleske. 9 1/2 Uhr: Cole de Lasso-Dro, komischer Drahtfilm. 10 1/2 Uhr: Die drei goldenen Jungfrauen. 10 Uhr: Bernhard Wörbisch mit neuen Akten. 10 1/2 Uhr: Am Zoo, große Pantomime von Gebr. Donaldson und Ardel. Weshalb das Abtrige große Programm.

Metropol-Theater. Abends 8 Uhr: Der Teufel lacht dazu. Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollander. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz. Massary. Wolff. Bender. Giampietro. Josephl. Rauchen überall gestattet. Sonntag, 10. März, nachm. 3 Uhr: Auf in's Metropol.

W. Noacks Theater. Dichtung: Rob. Dill. Baumstr. 16. Die mit großem Beifall aufgenommene Carmen. Schausp. m. d. besamt. Opernrollen. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ehren- und Vorzugskarten gültig. Donnerstag: Benefiz Hans Adolff.

Palast-Theater. Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börs. Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf. Der sensationelle März-Spielplan. Unter andern: Kioday Godayou, japanische Equilibristen. Selfman and Punch, mystische Exzentriks. Danke, Herr Franke Schwan. Familienakt, nachmittags zum halben Kassenspreis gültig. In Barbier, Refeur u. Zigarrengeschäften gratis.

Intimes Theater. Dredenerstr. 97. Gastspiel des Budapest. Burlesken-Ensembles. Linée-Wolf. „Eine vom Ballett.“ „Sapfenstreich.“ Bunter Teil.

Passage-Theater. 2. Monat. Täglich ausverkauft! Der größte Lacherfolg der Saison: „Mal was Anderes“. Die Theims-Troupe und die 10 glänzenden März-Spezialitäten.

Trianon-Theater. Anfang 8 Uhr. Fräulein Josette — meine Frau. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Die Liebeshauteil.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Mittwoch, abends 8 Uhr: Narrenglanz. Ein Spielmannsdrama in 4 Akten von Rudolf Kitzner. Donnerstag abends 8 Uhr: Die rote Robe. Freitag, abends 8 Uhr: Narrenglanz.

Schiller-Theater Charlottenburg. Mittwoch, abends 8 Uhr: Im bunten Rock. Lustspiel in 3 Akten von Franz v. Schönthan u. Freiherrn v. Schlicht. Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Kaiserjäger. Freitag, abends 8 Uhr: Jugend.

Zirkus Busch. 7 1/2 Uhr. Heute Mittwoch, den 6. März, um 8 1/2 Uhr: Fortsetzung der Gr. Internationalen Ringkampf-Sonder-Konkurrenz. Prämien 10 000 M. Ferner dem Sieger als Ehrenpreis eine Ringer-Bronze-Statue, modelliert und gestiftet von Professor Reinhold Begas und der große Gold-Pokal, gestiftet von der Sportredaktion der Tageszeitung „Das Deutsche Blatt“. Ehrenprofessor: Professor Reinhold Begas. Heute Mittwoch, den 6. März, ringen: Paul Albano (Schweiz) geg. Fritz Müller (Sachsen-Anhalt). Eigemann jun. (Preußen) geg. Pengal (Türkei). Siegfried (Deutschland) geg. Jaroslaw (Polen). Padoubny (Ungarn) geg. Kara Sari (Australien). Ferner: Die Perez-Truppe und das große Galaprogramm. Mit Martha Dohale, Schulmeisterin. Herrn Ernst Schumanns Redressuren sowie 9 1/2 Uhr „Rom“, großes Original-Manege-Schauspiel in 7 Bildern.

Zirkus Schumann. Heute Mittwoch, den 6. März: Fortsetzung der großen internationalen Ringkampf-Konkurrenz um den Goldenen Kranz von Berlin u. den 10 000 Mark in bar. Heute ringen: Pietro le Basque, Spanien, gegen Charles d'Anvers, Belgien. Axel Krusol, Schweden, gegen Hansen, Dänemark. Kitzler, Württemberg, gegen Milo, Italien. Paul Pons, Paris, gegen Boudioni, Italien. Großer Galaprogramm, Led 4 Magnonid und um 9 1/2 Uhr: St. Hubertus, größtes und lebenswichtiges Manège-Schauspiel. Achtung! Sonntag, den 10. März, ausnahmsweise in beiden Vorstellungen: St. Hubertus.

Gebr. Herrfeld-Theater. Aufg. Theater Vorderstr. 8 Uhr. 11-2 Uhr. 57 Kommandantenstr. 57. Die stürmisch bejubelte Novität Ein verrücktes Hotel. Komödie in 3 Akten mit den Autoren H. und D. Herrfeld in den Hauptrollen. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr bei halben Kassenspreisen: Hausierer Jockele und Die letzte Ehre mit H. und D. Herrfeld.

Palast-Theater. Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börs. Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf. Der sensationelle März-Spielplan. Unter andern: Kioday Godayou, japanische Equilibristen. Selfman and Punch, mystische Exzentriks. Danke, Herr Franke Schwan. Familienakt, nachmittags zum halben Kassenspreis gültig. In Barbier, Refeur u. Zigarrengeschäften gratis.

Intimes Theater. Dredenerstr. 97. Gastspiel des Budapest. Burlesken-Ensembles. Linée-Wolf. „Eine vom Ballett.“ „Sapfenstreich.“ Bunter Teil.

Passage-Theater. 2. Monat. Täglich ausverkauft! Der größte Lacherfolg der Saison: „Mal was Anderes“. Die Theims-Troupe und die 10 glänzenden März-Spezialitäten.

Trianon-Theater. Anfang 8 Uhr. Fräulein Josette — meine Frau. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Die Liebeshauteil.

Zirkus Busch. 7 1/2 Uhr. Heute Mittwoch, den 6. März, um 8 1/2 Uhr: Fortsetzung der Gr. Internationalen Ringkampf-Sonder-Konkurrenz. Prämien 10 000 M. Ferner dem Sieger als Ehrenpreis eine Ringer-Bronze-Statue, modelliert und gestiftet von Professor Reinhold Begas und der große Gold-Pokal, gestiftet von der Sportredaktion der Tageszeitung „Das Deutsche Blatt“. Ehrenprofessor: Professor Reinhold Begas. Heute Mittwoch, den 6. März, ringen: Paul Albano (Schweiz) geg. Fritz Müller (Sachsen-Anhalt). Eigemann jun. (Preußen) geg. Pengal (Türkei). Siegfried (Deutschland) geg. Jaroslaw (Polen). Padoubny (Ungarn) geg. Kara Sari (Australien). Ferner: Die Perez-Truppe und das große Galaprogramm. Mit Martha Dohale, Schulmeisterin. Herrn Ernst Schumanns Redressuren sowie 9 1/2 Uhr „Rom“, großes Original-Manege-Schauspiel in 7 Bildern.

Zirkus Schumann. Heute Mittwoch, den 6. März: Fortsetzung der großen internationalen Ringkampf-Konkurrenz um den Goldenen Kranz von Berlin u. den 10 000 Mark in bar. Heute ringen: Pietro le Basque, Spanien, gegen Charles d'Anvers, Belgien. Axel Krusol, Schweden, gegen Hansen, Dänemark. Kitzler, Württemberg, gegen Milo, Italien. Paul Pons, Paris, gegen Boudioni, Italien. Großer Galaprogramm, Led 4 Magnonid und um 9 1/2 Uhr: St. Hubertus, größtes und lebenswichtiges Manège-Schauspiel. Achtung! Sonntag, den 10. März, ausnahmsweise in beiden Vorstellungen: St. Hubertus.

Gebr. Herrfeld-Theater. Aufg. Theater Vorderstr. 8 Uhr. 11-2 Uhr. 57 Kommandantenstr. 57. Die stürmisch bejubelte Novität Ein verrücktes Hotel. Komödie in 3 Akten mit den Autoren H. und D. Herrfeld in den Hauptrollen. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr bei halben Kassenspreisen: Hausierer Jockele und Die letzte Ehre mit H. und D. Herrfeld.

Palast-Theater. Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börs. Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf. Der sensationelle März-Spielplan. Unter andern: Kioday Godayou, japanische Equilibristen. Selfman and Punch, mystische Exzentriks. Danke, Herr Franke Schwan. Familienakt, nachmittags zum halben Kassenspreis gültig. In Barbier, Refeur u. Zigarrengeschäften gratis.

Intimes Theater. Dredenerstr. 97. Gastspiel des Budapest. Burlesken-Ensembles. Linée-Wolf. „Eine vom Ballett.“ „Sapfenstreich.“ Bunter Teil.

Passage-Theater. 2. Monat. Täglich ausverkauft! Der größte Lacherfolg der Saison: „Mal was Anderes“. Die Theims-Troupe und die 10 glänzenden März-Spezialitäten.

Trianon-Theater. Anfang 8 Uhr. Fräulein Josette — meine Frau. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Die Liebeshauteil.

Wintergarten. Charlotte Wiehe und das neue glänzende März-Programm. Gustav Behrens-Theater. Schöneberg, Golzstr. 9. Kolossaler Erfolg der Ausstattungsposse: Husarenfieber in Potsdam. Mora? Größte Sensation!! sowie 10 erstklassige Spezialitäten. Anfang 8 Uhr, Sonntags 6 1/2 Uhr.

Zentralverband d. Schuhmacher Deutschlands. (Zahlstelle Berlin). Berlin NO. 18. Bahmannstr. 32 a, Hof part. Telephon: Amt VII, Nr. 6020. Mittwoch, den 6. März, abends 8 1/2 Uhr, in Voekers Festhallen, Weberstraße 17: Außerordentliche General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Max Grunwald über: Das Ergebnis der Reichstagswahlen und die Gewerkschaften. 2. Neuwahl der drei Ortsbeamten. 3. Verschidenes. Zahlreichen Besuch erwartet. NB. Die Vertrauensmänner und Kassierer werden ersucht, die Abrechnungen abzugeben. Achtung! Achtung! Tabakarbeiter! Donnerstag, den 7. März, abends 8 1/2 Uhr: Oeffentl. Versammlung in Anton Voekers Festhallen, Weberstraße 17. Tages-Ordnung: 1. Die Lage der Berliner Zigarettenarbeiter nach Einführung der Vanderslootsteuer, mit besonderer Berücksichtigung der letzten Vorkommnisse in der Zigarettenfabrik Garbaty. Referent: Kollege Max Müller. 2. Diskussion. 3. Verschidenes. Kollegen und Kolleginnen! Im Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht, daß alle zu dieser Versammlung erscheinen. Die Vertrauensleute. J. U.: Wilhelm Börner, Karl Duitz.

Polologlow - Zigaretten sind in Geschmack und Qualität unerreicht! Das Stück 3 bis 10 Pfennige. Überall käuflich! Fabrik „Epirus“, Dresden.

Folies Caprice. Lindenstr. 132, an der Friedrichstr. Heute abends 8 Uhr: 10 000 Gulden Mitgift. Glänzend neuer Solist! Im Inspektionszimmer. Vorverkauf an der Theaterkasse und bei Berthelm.

Etablissement Neue Welt. Hasenheide 108/114. Gastspiel Bernhard Rose-Theater. Die Jungfrau von Orleans. Tragödie in 5 Akten (9 Bildern). Kasseneröffnung 7 Uhr. Auf. 8 Uhr. Billetvorverkauf im Etablissement.

Walhalla-Variété-Theater. Weinbergsweg 19/20, Koenigs-Lor. Heute abends 8 Uhr: 14 großartige März-Spezialitäten. 5 Geschwister Pérez (Gummisticker auf 3 freilich. Zeilen. Frosso, der Geheimnisvolle. 3 Soubretten. — 2 Komiker usw.)

Sanssouci, Kottbusser Str. 44. Dichtung Wilhelm Reimer. Sonntag, Montag, Donnerstag: Hoffmanns Norddeutscher Sänger und Tanztruppen. Sie sind neues ettelles Soirée-Programm. Sonntag, 5. und Montag, 8. U. Jeden Dienstag: Theater-Abend.

Prater-Theater. Kastanien - Allee 7-9. Abends 8 Uhr: Kabale und Liebe. Bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller. Morgen: Flotte Weiber.

Prater-Theater. Kastanien - Allee 7-9. Abends 8 Uhr: Kabale und Liebe. Bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller. Morgen: Flotte Weiber.

Prater-Theater. Kastanien - Allee 7-9. Abends 8 Uhr: Kabale und Liebe. Bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller. Morgen: Flotte Weiber.

Prater-Theater. Kastanien - Allee 7-9. Abends 8 Uhr: Kabale und Liebe. Bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller. Morgen: Flotte Weiber.

Prater-Theater. Kastanien - Allee 7-9. Abends 8 Uhr: Kabale und Liebe. Bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller. Morgen: Flotte Weiber.

Prater-Theater. Kastanien - Allee 7-9. Abends 8 Uhr: Kabale und Liebe. Bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller. Morgen: Flotte Weiber.

Prater-Theater. Kastanien - Allee 7-9. Abends 8 Uhr: Kabale und Liebe. Bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller. Morgen: Flotte Weiber.

Prater-Theater. Kastanien - Allee 7-9. Abends 8 Uhr: Kabale und Liebe. Bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller. Morgen: Flotte Weiber.

Prater-Theater. Kastanien - Allee 7-9. Abends 8 Uhr: Kabale und Liebe. Bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller. Morgen: Flotte Weiber.

Prater-Theater. Kastanien - Allee 7-9. Abends 8 Uhr: Kabale und Liebe. Bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller. Morgen: Flotte Weiber.

Prater-Theater. Kastanien - Allee 7-9. Abends 8 Uhr: Kabale und Liebe. Bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller. Morgen: Flotte Weiber.

Prater-Theater. Kastanien - Allee 7-9. Abends 8 Uhr: Kabale und Liebe. Bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller. Morgen: Flotte Weiber.

Prater-Theater. Kastanien - Allee 7-9. Abends 8 Uhr: Kabale und Liebe. Bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller. Morgen: Flotte Weiber.

Prater-Theater. Kastanien - Allee 7-9. Abends 8 Uhr: Kabale und Liebe. Bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller. Morgen: Flotte Weiber.

Prater-Theater. Kastanien - Allee 7-9. Abends 8 Uhr: Kabale und Liebe. Bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller. Morgen: Flotte Weiber.

Prater-Theater. Kastanien - Allee 7-9. Abends 8 Uhr: Kabale und Liebe. Bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller. Morgen: Flotte Weiber.

Prater-Theater. Kastanien - Allee 7-9. Abends 8 Uhr: Kabale und Liebe. Bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller. Morgen: Flotte Weiber.

Prater-Theater. Kastanien - Allee 7-9. Abends 8 Uhr: Kabale und Liebe. Bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller. Morgen: Flotte Weiber.

Prater-Theater. Kastanien - Allee 7-9. Abends 8 Uhr: Kabale und Liebe. Bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller. Morgen: Flotte Weiber.

Prater-Theater. Kastanien - Allee 7-9. Abends 8 Uhr: Kabale und Liebe. Bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller. Morgen: Flotte Weiber.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. stufung Hochentags 8, Sonntags 7 Uhr. Ren! „Volkstümliche Klappermusik“.

Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde. Von Paul Göhre. Preis 10 Pf. Porto 3 Pf. Buchhandlung Vorwärts Berlin SW., Lindenstr. 69.

Inventur-Ausverkauf. Nur solange Vorrat: Ein Posten Wollatlas-Steppdecken. Gr. ca. 135/195, Wert 4,65, jetzt 3,25. Gr. ca. 145/200, Wert 5,35, jetzt 3,90. Gr. ca. 160/200, Wert 6,35, jetzt 4,45 zum vollständigen Ausverkauf. (Sim.-Handarb. 160/200 jetzt 6,35 Seide) \* doppelt jetzt 7,35

Einzelne Steppdecken bedeutend unter Preis. Tüll-Bettdecken, weiß, creme, Bettgröße, 1,95, 2,15, 2,25, 3,35, 3,55, 4,35 etc.

Gardinen-Reste, 1-6 Fenster, ca. 25 %, ermäßigt. Fenster (2 Schals) 0,95, 1,15, 1,35, 1,85, 2,45, 3,35, 4,25, 5,50 etc.

Vorzieh-Gardinen, 1,48, 1,63, 2,15, 2,65 usw. gold und rot 1,63, 1,98, 2,45, 2,65, 2,95, 3,95 usw.

Ca. 300 Fenster Portieren in Tuch, Plüsch u. Velvetin (2 Schals u. 1 Quardoh.) 3,35, 4,25, 4,85, 5,65, 6,25, 7,50, 8,25 etc.

Fehlerhafte Plüsch-Teppiche in allen Größen zu billigeren Preisen, zu 10 Proz. extra Rabatt.

Plüschdecken in allen Farben, solange Vorrat. Stck. 5,75, 6,25, 7,35, 8,25, 9,35.

Tuch-Tischdecken 1,58, 2,15, 2,75, 3,50 etc.

E. Weissenbergs Teppich-Haus Gr. Frankfurterstr. 125, 2. Haus v. d. Koppenstraße. Nach auswärts per Nachnahme.

